Nr. 35 — Halle (Saale), Mittwoch den 11. Februar 1914 — 25. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis monatl. 60 Pf. frei ins Haus, durch die Post vierteljährlich 1,65 Mark ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung: Harz 42/43. Fernsprecher 888. Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene Kolonelzeile od. deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 Pf., Anzeigen unter dem Textteil die Zeile 75 Pf.

Anzeigen für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 9½ Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/43. Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Republik.

Ein Redner unserer Fraktion hat bereits bei der letzten Reichstagsdebatte über den Fall Zabern unter lebhafter Zustimmung unserer Abgeordneten laut und deutlich darauf hingewiesen, daß die jüngsten Vorgänge unserer Stellung zur Monarchie einen noch stärkeren Nachdruck verleihen, als das bisher der Fall war.

Es ist mit unserem grundsätzlichen Bekenntnis zur republikanischen Staatsform wie mit allen unseren Programmforderungen. Ihre jeweilige Aktualität, das größere oder geringere Gewicht, das wir jeder einzelnen von ihnen in unserem praktischen Kampfe und in der Agitation beimessen, hängt ganz von den Zeitumständen, von den konkreten Bedingungen ab, die sich nicht durch eine Schablone für alle Zeiten und Länder festlegen lassen. In Frankreich hat die Trennung der Kirche vom Staat, in Holland die Weltlichkeit der Schule, in der Schweiz und in Frankreich das Proportionalwahlrecht eine ganz andere Bedeutung erlangt, als in Deutschland, obgleich wir jene Losungen gleichfalls im Programm haben. Andererseits zeigt der Kampf um das preußische Wahlrecht handgreiflich, wie eine Forderung, die jahrzehntelang im Programm geruht hat, erst mit Zeitumständen, gleichsam vom zündenden Funken der Aktualität berührt, in wenigen Jahren zum Mittelpunkt einer großen Volksbewegung werden kann.

In etwas ähnlicher Weise gewinnt jetzt die Losung der Republik allmählich an Aktualität in Deutschland. Nicht in dem Sinne freilich, als ob ihre Verwirklichung mitten in den heutigen Orgien der imperialistischen Reaktion immer wahrscheinlicher wäre, sondern in dem tieferen historischen Sinn, daß sie gerade in unserem Kampfe gegen jene Reaktion als echte Parole der proletarischen Klassenposition immer mehr Leben gewinnt, im Bewußtsein der Massen einen immer wichtigeren Platz beansprucht.

Es war stets der Stolz unserer Partei, daß sie, ein echtes Kind des Marxschen Geistes, nicht an der Oberfläche der Erscheinungen haften blieb, sondern mit ihrer Aufklärungsarbeit in die tiefsten Wurzeln der gesellschaftlichen Zusammenhänge griff. Wir haben nie die Illusion genährt, als ob in der Republik das Heil der Arbeiterklasse wäre, als ob die republikanische Staatsform heute nur um ein Jota weniger kapitalistische Klassenherrschaft bedeutete, als die Monarchie.

Aber ebenso, wie wir im allgemeinen Wahlrecht für Preußen kein Heil erblicken, es dennoch als ein unumgängliches Mittel zum Kampfe gegen den Kapitalismus brauchen; ebenso wie wir erkennen, daß der Militarismus in der Klassenherrschaft wurzelt und nur mit ihr zusammen ausgerottet werden kann, was uns nicht hindert, den Militarismus ganz besonders als unseren schlimmsten Feind zu bekämpfen, — ebenso rückt heute die Monarchie als besondere Vertreterin der Klassenherrschaft in den Vordergrund des politischen Lebens.

Es gehört schon zu den alten Erkenntnissen unserer materialistischen Geschichtsauffassung, daß die soziale Grundlage wie die Bedeutung der monarchischen Form durchaus nicht immer die gleiche ist. Wenn die Portugiesen bei ihrem ersten Vordringen in das Lunda-Reich in Afrika den Negerfürsten Muata Kazembe kennen lernten, der sie barfuß, in einen Weiberrock gekleidet und ein schmutziges Tuch um den Kopf, mit seinen zwei Töchtern durch einen hüpfenden Tanz begrüßte und darauf zur Feier des Tages mehreren seiner Untertanen Nasen und Ohren abhauen ließ, so mag dies dem „gesitteten Europäer" als die abscheulichsten Barbarei vorkommen. Immerhin berichten dieselben Portugiesen, daß die Untertanen des gestrengen Muata ihren Herrscher für den mächtigsten Zauberer hielten, so gut wie er sich selbst für einen solchen hielt. Und dieser naive Glaube der Volksmasse war die ausreichende historische Legitimation für den naturwüchsigen Charakter jener tyrannischen Herrschaft.

Heute im Lande Goethes, Kants und Marxens, im Lande der 4½ Millionen sozialdemokratischer Wähler ist die aktive Rolle der Monarchie durch keinen Glauben an die übersinnlichen Mächte legitimiert. Sie ist nicht zwar ein Instrument des Himmels, aber ein Instrument der junkerlich-kapitalistischen Klassenherrschaft, im offenen und klaffenden Widerspruch mit dem Denken und Fühlen der Masse des arbeitenden Volkes.

Die feindliche Stellung der Monarchie zur Sozialdemokratie ist freilich nicht neu. Die vielen Reden und Aussprüche des derzeitigen Trägers der Krone sind ja dafür Zeugnis genug. Ueber diese Aeußerungen brauchten wir uns indes bis jetzt um so weniger aufzuregen, als sie uns seit jeher von größtem Nutzen waren. Anders seit dem immer aktiveren Eingreifen der Monarchie in die Tageskämpfe der allgemeinen Politik. Unter Bismarck war die Hohenzollernmonarchie selbst mehr eine Dekoration der kapitalistischen Klassenherrschaft, die sich mit aller Brutalität in der neudeutschen Reichsherrlichkeit zurechtsetzte. Seit dem imperialistischen Kurs wird sie immer mehr, als persönliches Regiment, ein selbständiger aktiver Faktor des öffentlichen Lebens. Schon die berühmte Oeynhausener Rede, als erster Vorläufer der jetzigen Anschläge gegen das Koalitionsrecht; die Dekoration des Reichskanzlers nach jener denkwürdigen Adventnacht des Jahres 1902, in der der Hungerzolltarif durchgedrückt wurde; das Hunnenevangelium vor der Chinaexpedition, mit der unsere weltpolitischen Abenteuer begannen; die Algecirospolitik, die uns in die Marokkoaffäre hineintrieb und uns zuletzt eine Kongokolonie aufhalste; jetzt die Ermunterung und Auszeichnung der Zabernhelden, — alles das fügt sich zu einer geschlossenen Kette tiefgreifender politischer Vorstöße von aktueller Bedeutung für die Schicksale der Arbeiterklasse. Die schlimmsten Feinde des aufstrebenden Proletariats, des geistigen Fortschritts und des Rechtsstaates, die Nutznießer des Brotwuchers, des Scharfmachertums und des imperialistischen Länderschachers erblicken heute in der Monarchie ihre Hochburg und ihren Herold. Die jüngste Jubiläumsfeier war in dieser Beziehung ein Zeitbild von hoher symptomatischer Bedeutung. Sie hat unter prasselndem Feuerwerk, in bengalischer Beleuchtung das gesamte besitzende Deutschland gezeigt, an den Stufen des Thrones zu einem kompakten hurrapatriotischen Lager gegen das klassenbewußte, um Brot und Freiheit ringende Proletariat gruppiert. Je mehr aber das Bürgertum in seinem politischen Verfall, um der Fleischtöpfe der kapitalistischen Bereicherung willen, vor dem Throne erstirbt, um so lockender erscheint die Republik den proletarischen Massen.

Im Mittelalter lag das deutsche Spießbürgertum mit großem Eifer Komödienaufführungen meist geistlichen Inhalts ob. Namentlich führten die biederen Waiblinger des Jüngste Gericht so naturgetreu, mit solchem Lob und Zier auf, daß der junge Herzog Ludwig von Württemberg sie auf den Ostermontag des Jahre 1571 nach Stuttgart berief, dort auf dem Markte ihre Vorstellung zu wiederholen. Da wäre es aber, wie der Chronist berichtet, durch einen Zufall beinahe gar zu natürlich zugegangen: die Bühne fiel zusammen, die Hölle geriet in wirklichen Brand, die Teufel liefen davon und „Gott Vater" sprang fluchend von seinem Thron.

Auch die heutigen Aufführungen der junkerlich-militaristischen Reaktion können bei dem gegenwärtigen rasenden Tempo der imperialistischen Entwicklung über Nacht eine unerwartete Wendung nehmen. Wenn es durch den Gang der Geschichte zu der unvermeidlichen Abrechnung der Arbeiterklasse mit dem Regime von Zabern kommt, kann es leicht passieren, daß die Bühne der triumphierenden Reaktion zusammenfällt, wie einst die Bühne in Stuttgart.

Zehn Jahre russischer Politik.

Am 8. Februar 1904 eröffnete die japanische Flotte, noch bevor der Krieg an Rußland offiziell erklärt war, unerwartet einen Angriff auf Port Arthur, wobei es ihr gelang, zwei russische Panzerschiffe und einen Kreuzer kampfunfähig zu machen und das Auslaufen der Port-Arthur-Flotte für längere Zeit zu verhindern. Am selben Tage gab Zar Nikolaus II. — wie aus den Geheimakten des russischen Auswärtigen Amtes hervorgeht — dem Statthalter Alexejew die telegraphische Weisung, „mit Gottes Hilfe" die Japaner anzugreifen, „ohne ihren ersten Schuß abzuwarten". Indes entschied der Handstreich Japans, das an Skrupellosigkeit seinem Gegner nicht nachstand, aber militärisch besser gerüstet war, die erste Phase des gewaltigen militärischen Ringens, das, an diesem Tage einsetzend, für das nachfolgende Jahrzehnt — und darüber hinaus — die einschneidendste Bedeutung erlangt hat.

Die Kanonenschüsse im fernen Osten zerschlugen nicht nur den festgewurzelten Glauben an die militärische Unbiegsamkeit des zarischen Rußlands, sie ließen auch die revolutionären Kräfte im Lande schneller heranreifen und beschleunigten den Eintritt der russischen Revolution, die, aus dem Gegensatz der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zu dem halbfeudalen autokratischen Staat entstanden, wenn auch späterhin niedergeworfen, einen Wendepunkt in der neuesten Geschichte Europas bedeutet. Aber auch darüber hinaus spielt der russisch-japanische Krieg — wie die ihm auf dem Fuße folgende russische Revolution — für die Entwicklung Asiens die Rolle eines vulkanischen Naturereignisses, das gewaltige, bisher gebundene Kräfte auslöst und der Geschichte neue Richtlinien weist. Die nächste Folge des Krieges war das Erwachen Asiens. Der militärisch-politische Zusammenbruch Rußlands führte nicht nur zu einer enormen Verstärkung Japans, dieser Vormacht des Ostens, er bewirkte auch einen intensiven Gärungsprozeß in China, Indochina, Britisch-Indien und Persien, der neben der schärferen Hervorkehrung des nationalen Interesses gegenüber den europäischen Eroberern auf die Europäisierung der wirtschaftlichen und politischen Verfassung der asiatischen Staaten und Kolonialländer abzielte.

Im engen Zusammenhange damit stehen die um dieselbe Zeit eintretenden Verschiebungen in dem Aufbau der europäischen Politik. England und Rußland, bisher die stärksten Konkurrenten auf dem asiatischen Festlande, kamen im August 1907 zu einem Ausgleich über ihre mittelasiatischen „Einflußsphären". Nachdem Japan, der Bundesgenosse Englands, dem russischen Vorwärtsdringen in Ostasien das Rückgrat gebrochen, und nachdem England sich zur Zeit des japanischen Krieges in Tibet festgesetzt, sah die englische Diplomatie den Zeitpunkt für gekommen, sich mit dem geschwächten Rußland über Persien, Afghanistan und Tibet zu verständigen. Mitbestimmend für sie war neben der Sorge um die immer gefährlicher werdende panislamitische Bewegung in Indien die Verschärfung der deutsch-englischen Beziehungen als Folge der Marokko-Affäre. Der Sorge um die indische Grenze für einige Zeit enthoben, vermochte die englische Diplomatie sich mit verdoppelter Energie der europäischen Politik zu widmen, die von nun ab von dem Gegensatz zwischen Dreibund und Dreiverband beherrscht wurde.

Dieser Gegensatz, in dem der deutsch-englische Gegensatz die wichtigste Triebkraft bildet, und der namentlich in der zweiten Hälfte des geschilderten Jahrzehnts zu fortwährenden Reibungen und Kriegskrisen führte, gestattete dem zarischen Rußland, dem Nutznießer dieses Gegensatzes, nach zwei Richtungen hin vorzugehen. Einmal gab er ihm im „Konzern der Mächte" ein weit größeres Gewicht, als er beanspruchen durfte, und dann gestattete er ihm, nicht nur im eigenen Lande, sondern auch in den erwachenden Ländern des Ostens als Träger einer blutigen Gegenrevolution aufzutreten. In Nordpersien hat der russische Henker ebenso gehaust wie im eigentlichen Rußland, und heute ist Persien, das noch vor kurzem Ansätze einer freiheitlichen Entwicklung zeigte, nicht viel mehr als eine russische Provinz. Und im fernen Osten spielt Rußland — namentlich nach seinem Abkommen mit Japan vom Jahre 1910 — zurzeit die Rolle einer Macht, die die politische und soziale Wiedergeburt Chinas durch Anzettelung äußerer Schwierigkeiten und Förderung der Konterrevolution im Innern am stärksten hemmt.

Faßt man die Ergebnisse der internationalen Politik speziell in bezug auf Rußland zusammen, so könnte es scheinen, daß die russische Politik, dank einer günstigen Konstellation, sich in dem verflossenen Jahrzehnt von dem Zusammenbruch im japanischen Krieg erholt hat. Indessen ist eine solche Folgerung ebenso trügerisch wie die Voraussetzung, daß die Gegenrevolution in Rußland die Revolution überwunden hat. Man braucht nur auf das Fehlschlagen der russischen Hoffnungen auf „Kompensationen" bei der Liquidation des Balkankrieges (Dardanellenfrage, armenische Frage) hinzuweisen, um die Schwäche der russischen Position zu erkennen. Es genügte, daß der deutsch-englische Gegensatz in Vorderasien eine Abschwächung erfuhr, damit der latente Gegensatz zwischen England und Rußland in einer Form zum Vorschein kam, die der russischen Ausbreitung im nahen Osten einen starken Riegel vorschiebt. Wie vor einem Jahrzehnt strebt deshalb die russische Expansion immer stürmischer nach dem fernen Osten. Hier aber drohen ihr selbst bei einem Zusammengehen mit Japan gegen China um so mehr Gefahren, als nach der Eröffnung des Panamakanals der Schwerpunkt der internationalen Politik nach den Küsten des Stillen Ozeans übergehen wird.

Hierbei kommt als ausschlaggebender Faktor noch in Betracht, daß die russische imperialistische Expansion jetzt wie vor einem Jahrzehnt vor allem diktiert wird von dem Bestreben der herrschenden Cliquen, eine äußere Ablenkung für die inneren Komplikationen zu finden. Je stärker diese werden, desto intensiver wird das Bestreben, die Massen bald durch panslawistische Schlagwörter, bald durch den Hinweis auf die „Befreierrolle" Rußlands in Armenien oder in der Mongolei aufzupeitschen. Aber zog diese Abenteurerpolitik schon vor einem Jahrzehnt den militärischen und politischen Zusammenbruch nach sich, so treibt sie jetzt, bei der größeren Kompliziertheit der inneren und äußeren Fragen, und dem Wiederaufleben der revolutionären Bewegung den russischen Zarismus dem unrettbaren Verderben entgegen.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), 10. Februar 1914.

Wie die Regierung den Reichstag behandelt.

Reichstagsbrief. C. B. „Erwägungen schweben . . ." Das ist die geläufige Ausrede der Regierung, überall wo sie Rechenschaft schuldig ist: es schweben Erwägungen, die noch nicht abgeschlossen sind. Diese stereotype Antwort findet man auf jeder Seite der Zusammenstellung der Beschlüsse des Bundesrats, und nahezu jedesmal, wenn die Regierung im Reichstag über die Ausführung ihrer eigenen Zusagen oder über Forderungen des Reichstags Auskunft geben soll, gibt sie diesen bequemen Bescheid. Daß eine Mehrheit sich findet, die immer und immer wieder mit solcher Vertröstung sich zufrieden gibt, kennzeichnet ihre politische Bescheidenheit und Entsagung. Im Geltungsbereich des Reichsamts des Innern, dem die gesamte Sozialpolitik unterstehl, bekommt man die Antwort am leichtesten zu hören. In der heutigen Sitzung des Reichstags, in der einige Kapitel dieses Etats zur Debatte standen, kam das wiederum zum Ausdruck. Aber die Redner der Sozialdemokratie zeigten auch, daß ihnen solche Ausflucht nicht genügt.

Schon der erste Redner unserer Partei, der zum Kapitel „Statistisches Amt" das Wort nahm, Genosse Rühle, erkundigte sich in einer sehr entschiedenen Anfrage nach dem Schicksal der Enquete über die Tätigkeit der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Kinder. Er erwähnte die empörende Tatsache, daß die Ergebnisse dieser vor zehn Jahren abgeschlossenen Untersuchung noch immer nicht veröffentlicht sind, so daß unter dem Schutz dieser Lässigkeit die himmelschreiende Ausbeutung der Jugend fortgeführt werden kann. Der Vertreter der Regierung begründete das Versagen seines Ressorts mit der Redensart, daß in zwei Staaten das Material nach anderen Grundsätzen aufgenommen sei, als in den übrigen Staaten. Genosse Thiele stellte sofort fest, daß ein wirklich ausreichender Grund nicht habe angegeben werden können und er beklagte sich mit Recht darüber, daß die Statistik überhaupt öfter den Eindruck mache, als ob sie nicht tendenzlos bearbeitet werde. Ein anderer Fall ewig schwebender Erwägungen wurde vom Genossen Legien angeführt, der sich erkundigte, wieviel Jahre der Bundesrat noch brauchen werde, um die vor nunmehr vier Jahren geforderte Aenderung der Streikstatistik vorzunehmen. Ganz offen bekannte Herr Dr. Delbrück, daß er einen Termin noch immer nicht mitteilen kann,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140211-17/fragment/page=0001

Beim Kapitel „Gesundheitsamt" nahm Genosse Antrick wiederum Veranlassung, die trostlosen Verhältnisse des Kranken- und Pflegepersonals zu schildern, deren Abstellung die sozialdemokratische Fraktion in einer sehr eingehenden Resolution fordert. Unser Redner begründete diese Resolution im einzelnen mit schlagendem Beweismaterial, das er der Lage dieser Arbeiterkategorie entnahm. Die Sozialdemokratie verlangt vor allem die Unterstellung des gesamten Pflegepersonals unter die Reichsversicherungsordnung, während eine nationalliberale Resolution sich damit begnügt, ganz allgemein die Regelung der Rechts- und Arbeitsverhältnisse zu verlangen. Dieses Verlangen hat der Reichstag übrigens schon vor zwei Jahren ausgesprochen, aber die Nationalliberalen lassen sich dadurch nicht abschrecken, daß auch über diese wirklich bescheidene Forderung die berühmten Erwägungen nicht abgeschlossen sind. Auch der Zentrumsredner Herr Dr. Gerlach — der seinerzeit als Nachfolger des Herrn v. Hertwig in den Reichstag gewählt worden ist — ist mit dieser Harmlosigkeit zufrieden, und der Staatssekretär strengte sich sehr an, um zu beweisen, daß die sozialdemokratischen Forderungen entweder unmöglich oder übertrieben seien. Er betonte ausdrücklich, daß er gegen die nationalliberale Resolution nichts einzuwenden hat. Das sagt nach alledem genug!

Nach Befürwortung der nationalliberalen Resolution durch den Konservativen v. Kardorff und den Volksparteiler Dr. Blunck wurde die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

Der Schrei nach dem Zuchthausgesetze im Dreiklassenhause.

Im preußischen Junkerparlament begann am Montag die Generaldebatte zum Etat des Ministeriums des Innern in einer langen Lesung mit einer langen Rede des reichsparteilichen Scharfmachers v. Kardorff, der sich zunächst bemühte, die immer noch schwankenden Gestalten der Nationalliberalen zu sich heranzuziehen, ihnen ein reaktionäres Rückgrat zu empfehlen und die dem Abgeordneten Schiffer ob seiner linksliberalen Entgleisung einen wenig geschmackvollen Verweis erteilte. Die Nationalliberalen im Dreiklassenhause hatten wahrhaftig derartige Ermahnungen nicht verdient. Sie haben einen Antrag zum Schutze der Arbeitswilligen eingebracht, der an reaktionärer Begründung den entsprechenden Antrag der nationalliberalen Reichstagsfraktion noch übertrifft. Scharf und entschieden wies der Abg. Kardorff auch die kleinste Erweiterung politischer Freiheiten und Rechte zurück. Als Vertreter des Ostmarkenvereins suchte er dessen Treiben gegen die Polen zu verteidigen und die gleichgerichtete Politik der preußischen Regierung zu rechtfertigen. Aber seine Waffen waren stumpf gegenüber den Enthüllungen der Polen, durch welche die Politik des Ostmarkenvereins vor der Oeffentlichkeit kompromittiert worden ist. Selbstverständlich fehlte es dem freikonservativen Redner auch nicht an scharfmacherischen Angriffen auf die Sozialdemokratie und auf deren Wahlrechtsforderungen, und er offenbarte sich monarchischer als der Monarch selbst, als er sich zu dem Ausspruch verstieg, daß seine Partei die Interessen der Monarchie, eventuell auch gegen den Wunsch des Königs, vertreten werde. Nachdem der Zentrumsabgeordnete Ling auf den Kölner Polizeiprozeß eingegangen war, blieb dem preußischen Polizeiminister nichts anderes übrig, als die schweren Verfehlungen der Kölner Polizeibeamten zuzugeben. Aber dieses Geständnis wurde ihm nicht leicht. Desto beredter war er, als es galt, dem Berliner Polizeipräsidenten von Jagow gegen den Vorwurf, das Reichsvereinsgesetz zu ungunsten der Berliner Schutzmannschaft verletzt zu haben, in Schutz zu nehmen. Aber er wurde von dem fortschrittlichen Abg. Dr. Pachnicke in diesem Versuche zurückgewiesen. Mit Entschiedenheit erklärte sich der Fortschrittler auch gegen den Antrag der Nationalliberalen mit der Begründung, daß die bestehenden Gesetze und Verordnungen vollkommen zu einem wirksamen Schutz der Arbeitswilligen ausreichten. Er forderte vom Ministerium des Innern eine neue Auflage einer Vorlage des preußischen Wahlrechts. Aber diese Forderung klang doch nicht energisch genug und das preußische Bürgertum, das hinter den Liberalen steht, besitzt kaum Temperament genug, um dieser Forderung wirksame Geltung zu verschaffen. Der Abg. Lohmann von den Nationalliberalen beklagte tiefraurig die letzten Vorgänge und Streitigkeiten in den christlichen Gewerkschaften und vor allem die Aeußerungen des Kardinal Kopp, die den Kampf der nationalgesinnten Arbeiter gegen die Sozialdemokratie wesentlich erschwerten. Zuguterletzt entrollte der Pole Dr. Seyda in einer geschickten Rede die etwas dunklen Verbindungen der Regierung mit dem Ostmarkenverein zur Bekämpfung der Polen. Auf den Bänken der Rechten und in der Mitte konnte man erstaunt-erschrockene Gesichter ersehen, als er aus der Korrespondenz des Ostmarkenvereins mitteilte, daß der Kaiser darin mit Nr. 58 und der Reichskanzler mit Nr. 61 bezeichnet wurde, so daß es in einem Briefe z. B. hieß, man müsse von Nr. 61 zu Nr. 58 gehen. Nach diesen für die Rechte peinlichen Enthüllungen schloß die Debatte. Am Dienstag Fortsetzung der Generaldebatte des Etats des Ministeriums des Innern.

Der Krach im Zentrum.

Am Sonntag tagte in Berlin der Reichsausschuß der Zentrumspartei unter dem Vorsitz des Abgeordneten Spahn. Zweck der Sitzung war: Stellung zu den Mißrissen zu nehmen, die infolge des Koppschen Briefes erneut in der Frage der christlichen Gewerkschaften ausgebrochen sind. Der Reichsausschuß beschloß, einen Aufruf an die Zentrumswähler zu erlassen, in dem es u. a. heißt:

Vom politischen Standpunkt aus muß die Partei dauernd Wert darauf legen, daß ihre Anhänger in den sozialen und wirtschaftlichen Organisationen tatkräftig mitarbeiten, um auch an ihrem Teil den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg von Land und Volk zu fördern. Das gelte auch für die zahlreichen Kreise der gewerblichen Arbeiter, die in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung das wirtschaftliche und geistige Wohl ihres Standes auf der Grundlage der bestehenden Gesellschaftsordnung und des vaterländischen Gedankens erstrebe. Alle Mitglieder der Partei müssen von der Ueberzeugung durchdrungen sein, daß gegenüber der stetig wachsenden Macht der staats- und religionsfeindlichen Sozialdemokratie die christlich-nationale Arbeiterbewegung nur dann voll zur Geltung kommen kann, wenn alles hintangehalten wird, was ihre Einigkeit und ruhige Entwicklung gefährdet. Das Vertrauen der Zentrumswähler wird seit längerer Zeit von einzelnen Personen und Preßorganen zu untergraben versucht, selbst die kirchliche Gesinnung altverdienter Mitglieder des Zentrums wird verdächtigt. Diese grundlosen Angriffe weisen wir mit Entrüstung zurück, sie führen zur Verwirrung der Geister und erschweren dem Zentrum die Erfüllung seiner großen Aufgaben, besonders auch den Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit der katholischen Kirche und die Gleichberechtigung des katholischen Volksteils. Die Träger dieser Verdächtigungen haben sich selbst außerhalb der Partei gestellt. Sie sind als Feinde des Zentrums zu betrachten und zu behandeln.

In Bochum fand in der gleichen Angelegenheit eine Kundgebung von Vertretern der christlichen Gewerkschaften Westdeutschlands statt. Es war versucht worden, diese Kundgebung zu verhindern. Die Bischöfe fürchteten, daß dabei nur Oel ins Feuer gegossen und die Situation noch mehr verschärft werde. Die Gewerkschafter ließen sich aber von ihrem Vorhaben nicht abhalten. Zirka 1000 Vertreter der christlichen Gewerkschaften aus dem Rheinland und aus Westfalen hatten sich in Bochum zusammengefunden. Die Verhandlungen wurden geheim geführt; der Presse wurde ein offiziöser Bericht über die Ausführungen des Hauptredners, Arbeitersekretärs Gilsing-Bochum übermittelt. Der Leiter der Versammlung, Arbeitersekretär Kloft-Essen, erklärte, die Versammlung werde sich nicht mit den Differenzen unter den Bischöfen, auch nicht mit der Gewerkschafts-Enzyklika beschäftigen, es gelte nur die Arbeiterorganisations-Frage an sich gegenüber den Angriffen auf die christliche Organisation zu besprechen. Der Referent Gilsing ließ es an scharfen Worten nicht fehlen.

Eine ganz im Sinne des Referats gehaltene Resolution fand Annahme. Es heißt darin zum Schlusse:

Gegen diese Treiberei erhebt die Versammlung als die Vertreterin der katholischen Arbeiter aus ganz Westdeutschland lauten und schärfsten Protest. Sie hat es gründlich satt, neben ihrer harten und beschwerlichen Organisationsarbeit sich unausgesetzt von der Sozialdemokratie mit Waffen bekämpft zu sehen, die aus dem integralen Lager fort und fort geliefert werden. Die Treiberei erschöpfen sich nicht mehr in der Arbeiterorganisations-Frage, sie haben sich zu einem Skandal für das gesamte katholische Deutschland ausgewachsen. Die Versammelten erwarten, daß das gesamte katholische Deutschland sich nunmehr erhebt und klar und deutlich ausspricht, daß es diese Treiberei verabscheut, und daß damit endlich Schluß gemacht werden muß. Die Anklager und Keperrichter sind die Totengräber der Einigkeit. Ein gemeinsames Arbeiten mit ihnen ist unmöglich. Es gibt mit ihnen so lange keine Gemeinschaft, so lange dieses Treiben anhält.

Bekämpfung der Sozialdemokratie ist „Beamtenpflicht"

Ein Beamter soll die Sozialdemokratie auf alle Art bekämpfen; diesen Grundsatz hat der Disziplinarsenat des preußischen Oberverwaltungsgerichts von neuem aufgestellt. In einer Landgemeinde war infolge der Stimmenthaltung des Gemeindevorstehers ein Sozialdemokrat in die Schulkommission gekommen. Eine Anzeige gegen den Gemeindevorsteher hatte die Einleitung des Disziplinarverfahrens zur Folge. Der Disziplinarsenat des Oberverwaltungsgerichts sah von einer Dienstentlassung des Gemeindevorstehers ab, verurteilte ihn jedoch zu einer Disziplinarordnungsstrafe in Höhe von 30 Mk.

Der Senat ging nach einer Mitteilung des Berl. Lokalanzeigers von folgenden Erwägungen aus: „Der Gemeindevorsteher mußte sich von vornherein bei einer Wahl von Schulorganen, die zugleich als solche Staatsorgane seien, sagen, daß eine Stimmenthaltung den Eintritt sozialdemokratischer Mitglieder in das Kollegium ermöglichen könnte. Wenn er dies zu verhindern unterlassen habe, indem er sich der Stimme enthielt, lasse dies einen bedauerlichen Mangel an politischem Scharfblick erkennen, denn als Beamter hätte er auf jeden Fall durch seine Stimme verhindern müssen, daß „Feinde der heutigen Gesellschaftsordnung" und des Staates auf die Schule, die die Kinder nicht nur für den Lebensweg vorbereiten, sondern sie auch zu monarchisch gesinnten Menschen erziehen solle, bestimmenden Einfluß gewinnen. Seine Pflicht wäre es gewesen, selbst wenn der bürgerliche Kandidat ihm persönlich ungeeignet erschien, diesen zu wählen. Es wäre nach der Wahl immer noch Zeit genug gewesen, seine etwaigen Bedenken an die Aufsichtsbehörde weiter zu geben. Es könne ihm auch nicht als Entschuldigung angerechnet werden, daß er bei seiner Stimmenthaltung von dem Gedanken ausging, eine etwaige Wahl sozialdemokratischer Mitglieder würde durch die Aufsichtsbehörde doch nicht bestätigt werden."

So wird die Selbstverwaltung der Gemeinden Stück um Stück zunichte gemacht und die Gemeindebeamten sind nach dem vorstehenden Urteil nicht mehr die Konsuln der Gemeinden, sondern die willenlosen Werkzeuge der Reaktion.

Unterm neuesten Kurs im Elsaß.

Eine „gerechte, aber feste" Regierung sollte nach der Versicherung Bethmann Hollwegs im Reichstage mit dem Regierungswechsel in Elsaß-Lothringen eintreten. Die Probe aufs Exempel ist sofort nach dem Amtsantritt des neuen Staatssekretärs und Ministers des Innern gemacht worden mit zwei französischen Vorträgen, die der Auslandsredakteur des Pariser Temps, André Tardieu, letzte Woche in Mülhausen i. E. und in Straßburg vor Eingeladenen halten sollte über zwei verwandte Themata: in Mülhausen i. Els. am Donnerstag über: Die Balkankrise und ihre Folgen für Europa, in Straßburg am Freitag über: Die Triple-Entente, ihre Vergangenheit und ihre Zukunft. Das „gerechte, aber feste" neue Regiment dokumentierte sich alsbald darin, daß in Mülhausen der Vortrag stattfinden durfte, wo er im Saale die Industriellen Gesellschaft vor etwa 700 Personen aus der einheimischen, französisch sprechenden Bourgeoisie ohne Zwischenfall ruhig vor sich ging, während er in Straßburg, wo der Vortragende doch ebenfalls in geschlossener Gesellschaft sprechen sollte, vom Bezirkspräsidenten auf Grund der Bestimmungen über die Fremdenpolizei verhindert wurde; verhindert nicht etwa, weil es für die Reichssicherheit gefährlicher erschien, den Pariser Redakteur über die Triple-Entente reden zu lassen, als über die Balkankrise, wobei sich im Vortrag, ohne vom Thema abzuweichen, genau dasselbe sagen läßt, sondern weil der in Mülhausen harmlose französische Plauderer in Straßburg als „lästiger Ausländer" galt, der mittels eines anonymen (!) Briefes bei dem Stadtbesitzer und der Polizei als „einer der schlimmsten Feinde des Deutschtums" denunziert wurde, gegen den man mit einer „öffentlichen wirkungsvollen Stellungnahme reichstreuer Kreise" vorgehen werde, um der Wiederholung von Fällen vorzubeugen, „in welchen die Hand des westlichen Friedensstörers und Verratsstifters im Bunde mit den hier ansässigen Welfschlingen im Spiele gewesen ist". Der Saalbesitzer übergab diesen Brief dem Journal d'Alsace-Lorraine, und dieses sieht darin nicht mit Unrecht einen Beweis, daß, ein Spatzvogel — denn um den Streich eines solchen handelt es sich offenbar — jeden Augenblick mit einem anonymen Brief die Polizei in Elsaß-Lothringen gegen einen harmlosen politisch-wissenschaftlichen Vortrag vor einer Privatgesellschaft mobilmachen kann, wie der Zahlmeister Wolter in Straßburg vor einem Jahre zur Krönung des Karnevals die Straßburger Garnison mit einem gefälschten Telegramm alarmieren konnte. Ja, die „gerechte, aber feste" Regierung!

Deutsches Reich.

— **Schrecken der Militärjustiz.** Am 6. Februar verurteilte das Kriegsgericht der 16. Division in Trier einen Soldaten, den Musketier Pistor aus Frankfurt a. M., zu fünf Jahren Zuchthaus. Pistor ist verheiratet und Vater von sechs Kindern. (!) Im Jahre 1902 wurde er als sogenannter Unsicherer eingestellt, desertierte aus Furcht vor Strafe, weil er eines Tages eine halbe Stunde zu spät in die Kaserne gekommen war und fiel auf seiner Flucht Werbern der Fremdenlegion in die Hände. Dort mußte er fünf Jahre abdienen. Dann kehrte er freiwillig zurück und erhielt 7 Monate Gefängnis. Kaum von der Festung zurück, desertierte er zum zweiten Mal. Er hatte vor seiner Einstellung 1902 schon geheiratet und mehrere Kinder zu ernähren und erklärt nun, er habe nicht ertragen können, daß seine Frau und Kinder in Not und Elend dahin lebten. Er sei fahnenflüchtig geworden, um für seine Familie zu sorgen, und daß das keine Ausrede war, geht daraus hervor, daß er selbst von seiner kargen Löhnung seine Familie noch unterstützte. Er wurde nach der zweiten Desertion wieder festgenommen und erhielt 1 Jahr Gefängnis, welche Strafe er auch verbüßt hat. Er wollte jetzt seine Dienstzeit regulär beenden und bemühte sich, von der Stadt Frankfurt eine angemessene Unterstützung für seine Frau und Kinder zu erlangen. Das gelang ihm nicht und deshalb desertierte er zum dritten Male und ging ins Ausland. Freiwillig kehrte er schließlich zurück, da es ihm nicht gelang, die Frau mit den Kindern ins Ausland zu bringen, und wurde nun zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Gericht mußte selbst anerkennen, daß der Angeklagte aus edlen und durchaus anständigen Motiven gehandelt habe, aber dennoch — fünf Jahre Zuchthaus! Militärjustiz!

— **Zahern in Karlsruhe.** Am Freitag wurde in Karlsruhe in Baden ein Arbeiter, der mit seinem Rade zwischen zwei marschierenden Truppenteilen durchfuhr, weil er nicht Zeit hatte, den Vorbeimarsch des langen Zuges abzuwarten, von einem Unteroffizier mit dem Gewehrkolben vom Rade gestoßen. Am gleichen Tage wurde ein Arbeiter, der dasselbe Verbrechen begangen hatte, auf Veranlassung eines Leutnants von zwei Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr arretiert und in Haft gebracht. Auch am Tage vorher fand zwei ältere Arbeiter, die es eilig hatten und die Aufhebung der Straßensperre nicht abwarten wollten, bewacht von je zwei Soldaten und einem Unteroffizier zur Polizeiwache gebracht worden. — Wenn es so weiter geht, wird die Beliebtheit des Militarismus sicherlich reißende Fortschritte machen.

— **Bürgerliche Geschäftspolitik.** In der Hamburger Bürgerschaft wurde eine Veränderung des Laufes der Elbe in dem bekannten, zum Hamburger Landgebiet gehörigen Gemüsedistrikt „Vierlande" beschlossen, deren Kosten sich auf zirka 10 Millionen Mark belaufen werden. Bei der Besprechung dieses Projekts, das eine Reihe von Enteignungen nötig macht, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, die ein interessantes Schlaglicht auf die Machinationen einiger Bürgerschafts-Mitglieder warfen. Der Finanzdeputierte Herr Rodatz machte die unerhörte Mitteilung, daß das Bürgerschaftsmitglied Rechtsanwalt Dr. Eddelbüttel dem Hamburger Staat rund eine Million Mark mehr für ein Grundstück abknöpfen wolle, als dieses Grundstück wert war. 400 000 Mark sind nachträglich, als die Finanzdeputation selbst mit dem Eigentümer verhandelte, gezahlt worden, während der Herr Rechtsanwalt 1 400 000 Mark gefordert hatte.

Sie sind eben überall aus demselben Holze geschnitzt, diese Land- und Grundstücksspekulanten. Ehrfurcht vor dem Staatssäckel kennen sie nicht.

Balkan.

Frankreich und die türkische Anleihe. Nach Informationen von jungtürkischer Seite, die von gewissen diplomatischen Kreisen bestätigt werden, stellte Frankreich für die große türkische Anleihe Bedingungen politischer Natur, darunter als erste die bedingungslose Annahme der Note der Großmächte bezüglich der Inseln. Die finanziellen Bedingungen betreffen, nach einer aus Finanzkreisen stammenden Information, insbesondere die finanzielle Ueberwachung, die von der Banque Ottomane durchgeführt werden soll. Diese Bank soll, abgesehen von der Inkraftsetzung ihres statutarischen Rechts, den Kassendienst für die ganze Türkei zu versehen, berechtigt sein, alle Zahlungen des Staatsschatzes anzuweisen. Außerdem soll Frankreich, das die Einkünfte aus der Erhöhung der Zölle, aus den Monopolen und aus der zu schaffenden Gewerbesteuer für Fremde, für ungenügend erachtet, verlangen, daß auch die Einkünfte aus den noch frei bleibenden Zöllen für den Anleihedienst bestimmt werden.

Japan.

Das Flotten-Panama. Der Marineminister erklärte am Montage in der Sitzung der Budgetkommission des Landtages, er werde sich der beschlossenen Budget-Herabsetzung nicht widersetzen. Die Untersuchung in dem Flottenskandal schreite fort. Er „hoffe", bald in der Lage zu sein, die gegenwärtige Ungewißheit aufzuklären.

Protest des Volkes. Eine von ungefähr 25 000 Personen besuchte Versammlung im Amphitheater in Tokio nahm mehrere Anträge an, in der gegen die Regierung wegen des Flottenskandals Anklage erhoben und jedermann dringend aufgefordert wird, eine noch größere Versammlung, die im Hibaya-Park abgehalten werden soll, zu besuchen. Dieser Versammlung sieht die Regierung „mit einiger Sorge" entgegen. — Es besteht Grund zu der Annahme, daß die Volksabstimmung gegen die Regierung und die Flotte nicht allein durch den Flottenskandal veranlaßt ist, sondern durch die fortgesetzten hohen Flottenausgaben und die drückenden Steuerlasten aufrechterhalten wird.

Aus der Partei.

Für die sozialistische Einigkeit.

Aus London wird uns geschrieben: js. Der Vorstand der B. S. P. (British Socialist Party) hat soeben ein entschieden und würdevoll gehaltenes Manifest an die Mitgliedschaft dieser Partei gerichtet, worin er sie auffordert, dem Rufe der Internationale zu folgen und dem Anschluß der B. S. P. an die Arbeiterpartei zum Zwecke der Herstellung der sozialistischen Einigkeit in Großbritannien zuzustimmen. Die Frage wird auf der zu Ostern in London stattfindenden Jahreskonferenz der B. S. P. eingehend diskutiert und unmittelbar darauf durch eine Urabstimmung der Gesamtmitgliedschaft endgültig entschieden worden. Es gibt ohne Zweifel noch viele Mitglieder in der B. S. P., die sich mit dem Gedanken des Anschlusses an die Arbeiterpartei nicht befreunden können, und diese Mitglieder werden wohl weder in ihren Lokalorganisationen, noch auch auf der Jahreskonferenz mit ihren Ansichten hinter dem Berge halten. Aber es ist Tatsache, daß nicht nur der gesamte Vorstand sich einmütig für die Einigkeitsvorschläge einsetzt, sondern daß es auch im Lande kaum ein einziges namhaftes Mitglied der B. S. P. gibt, das diese Vorschläge nicht unterstützte. Es ist demnach mit Zuversicht zu erwarten, daß die sozialistische Einigkeit in England schon in kürzester Zeit vollendete Tatsache sein und daß namentlich auf dem Wiener Internationalen Kongreß der britische

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140211-17/fragment/page=0002

Sozialismus bereits als vereinigte Körperschaft erscheinen wird.

In dem Manifest der B. S. P. heißt es unter anderm:

„Wenn die B. S. P. gemäß dem Wunsche der ganzen internationalen sozialistischen Bewegung diesen Schritt unternimmt (d. h. die Einigungsvorschläge annimmt), so wird sie das nur als eine ausgesprochene revolutionäre sozialistische Partei tun, die den Klassenkampf anerkennt und den kapitalistischen System allzeit unversöhnliche Feindschaft entgegenbringt. Wir haben die Versicherung des Internationalen Sozialistischen Bureaus und der Einigungskonferenz vom 13. Dezember, daß über diesen Punkt kein Zweifel besteht. Die Arbeiterpartei selber ist der Internationale angeschlossen . . . Sie hat ihre Statuten angenommen und hat sich ihnen vor der sozialistischen Bewegung der Welt verpflichtet — eine Verpflichtung, die die Glasgower Konferenz der Arbeiterpartei durch die Annahme einer Resolution bekräftigt hat, die den Sozialismus als Ziel der Arbeiterbewegung proklamiert. Die Unverletztheit unserer Stellung als einer revolutionären sozialistischen Organisation innerhalb der Arbeiterpartei ist demnach gesichert."

Dies wurde auf der Einigungskonferenz vom 13. Dezember auch ausdrücklich anerkannt. Die B. S. P. „wird sich aber als Partei den Reihen der organisierten Arbeiterschaft einfügen, um sie in der einzig möglichen Weise zu beeinflussen, nämlich dadurch, daß sie an ihren gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen gegen die Mächte des Kapitalismus teilnimmt" . . .

Das Minifest ist von allen Mitgliedern des Vorstandes der B. S. P. gezeichnet, von denen die bekanntesten sind H. M. Hyndman, Dan Irving und G. Moore Bell.

Die nichtenglischen Genossen können nur die zuversichtliche Hoffnung ausdrücken, daß die Mitgliedschaft der B. S. P. diesem wohlerwogenen Rufe ihrer eignen gewählten Führer folgen möge. Wirken die vereinigten Sozialisten in demselben Geiste zusammen, den dieses Manifest atmet, dann werden die kühnsten Hoffnungen nicht enttäuscht werden.

Frauenkonferenz in der Lausitz.

Am Sonntag tagte in Kottbus eine Konferenz der organisatorisch tätigen Frauen der Wahlkreise Kalau-Luckau, Sorau-Forst, Guben-Lübben, Schwiebus-Züllichau-Krossen und Kottbus-Spremberg. Genossin Zietz vom Parteivorstande referierte über das Thema: Wie gewinnen und schulen wir die Frau für den politischen Kampf? Die praktischen Vorschläge der Referentin betrafen das Arrangement der Versammlungen, die Aufnahme von Mitgliedern in den Versammlungen, die Ausübung der Hausagitation, die Beteiligung der Frauen an den Wahlarbeiten und die Schulungsabende. Ueberzeugend legte die Rednerin dar, daß die Voragitation für Frauen-Versammlungen durch Inserate, Handzettel usw. nicht hinter der Agitation zurückstehen dürfe, wie sie für eine Volksversammlung betrieben werde. Um die sozialdemokratische Frauenbewegung mehr als bisher zu fördern, bedürfe es der regsamen Mitarbeit aller Genossen. Dauernde Mitarbeit der Frauen sei nötig, damit die Partei unaufhaltsam vorwärts zu immer größeren Erfolgen schreite. — Ueber den zweiten Verhandlungsgegenstand Frauentag und rote Woche referierte Genosse Schmidt-Berlin.

In der Diskussion beklagten die Frauen hauptsächlich die Untätigkeit vieler Genossen, von denen manche es unterlassen, ihre eigenen Familienmitglieder über den Sozialismus aufzuklären und ihre Frauen der Partei zuzuführen.

Die sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktionen von Hamburg, Bremen und Lübeck hielten erstmalig am Sonntag in Hamburg eine Zusammenkunft ab. Behandelt wurden die Steuer- und die Schulfragen, die einer eingehenden Besprechung unter Klarlegung der örtlichen Verhältnisse unterzogen wurden. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Einmütig stimmten die Versammelten einem Vorschlage zu, im nächsten Jahre wieder eine derartige Konferenz abzuhalten.

Gewerkschaftliches.

Ein großer Erfolg der norwegischen Gewerkschaften.

Das Eingreifen der Regierung in den drohenden Riesenkampf in der norwegischen Industrie hat das am Sonnabend schon kurz gemeldete günstige Ergebnis gehabt: In der Nacht zum 6. Februar gelang es dem von der Regierung eingesetzten Vermittler, Telegraphendirektor Heftye, eine vollständige Einigung zwischen dem Unternehmerverbande und dem Landessekretariat der Gewerkschaften herbeizuführen. Sowohl die angedrohte Massenaussperrung, als auch die von den Arbeitern angekündigten Streiks fallen fort. Das Landessekretariat der Gewerkschaften hatte den Streik der Arbeiter auf dem Platze der Jahrhundertausstellung, die demnächst zur Feier der hundertjährigen politischen Selbständigkeit Norwegens stattfindet, angekündigt, und allein deshalb mußten die Unternehmer nachgeben; denn die Arbeiten, die ohnedies noch weit zurück sind, müssen ausgeführt werden, sonst wären nicht allein Hunderttausende verloren gegangen, sondern auch das „patriotische Werk", als welches die Ausstellung angesehen wird, wäre in Frage gestellt gewesen. Aber weiter hatte das Landessekretariat einen allgemeinen Buchdruckerstreik (die sozialdemokratische Presse ausgenommen), einen Streik der Matrosen, Heizer und der übrigen Schiffsmannschaft der Küstenfahrt, einen Streik der Bäcker in Christiania, Bergen, Trondhjem und Stavanger (ausgenommen die Arbeiterbäckereien) angeordnet. Dieser kräftige Gegenzug der Gewerkschaften zwang die Unternehmer zum Nachgeben, und so haben sie denn auch die unsinnige Drohung der Massenaussperrung auf, ohne auch nur die kleinste Bedingung zu stellen. Damit war der Grund zu den angekündigten Streiks weggefallen, und die norwegischen Arbeiter haben wieder einmal einen Erfolg über den Unternehmerverband davongetragen.

Eine Blindengewerkschaft ist in Frankreich gegründet worden. Ihr Zweck ist einmal, die Durchführung des im Jahre 1882 erlassenen Gesetzes, das den Schulunterricht für Blinde regelt, zu erzwingen und zweitens, für die erwachsenen Blinden regelrechte Arbeitsstätten unter geschäftlicher Leitung zu erzielen. Die Verhältnisse der Blinden sind recht traurige. Zwar schreibt das oben genannte Gesetz besonderen Schulunterricht für Blinde vor — tatsächlich erhalten aber nur etwa 8000 von den 40 000 Blinden Frankreichs eine regelrechte Schulbildung. Es sind im ganzen 25 Anstalten mit durchschnittlich 50 Plätzen vorhanden. In diesen Anstalten werden die blinden Kinder auch in allen möglichen Fertigkeiten, wie Stuhlflechten, Bürstenbinden, Klavierstimmen usw. ausgebildet. Die Arbeit aber, die man ihnen dann gibt, trägt ganz den Charakter einer Wohltat. Sie wird zu unerhört niedrigen Preisen an die Abnehmer geliefert, so daß die Anstalten heute bei der Erhaltung ihrer Insassen zusetzen müssen. Ein neues Handwerk, daß jetzt von Blinden häufig ausgeübt wird, ist die Massage. Der Gewerkschaftssekretär Paul Rémy, der selbst bei einem Unfalle das Augenlicht verlor, hat diese Fertigkeit als erster erlernt und sich damit eine neue Existenz geschaffen. Er ist auch der Gründer der Genossenschaft blinder Masseure.

Allgemeiner Streik der spanischen Seeleute. Der Verband der Seeleute der Provinz Biscaya teilte dem Gouverneur mit, daß die Mitglieder des Verbandes am 14. Februar in den Ausstand treten und daß die Kapitäne, Lotsen und Matrosen der in Bilbao eingeschriebenen Handelsschiffe in den Häfen, welche sie an dem genannten Tage anlaufen, ihre Posten verlassen werden. Durch den Streik werden 18 Schiffahrtsgesellschaften mit 89 Schiffen betroffen. Die Vertreter der Ausständigen werden sich nach Bordeaux, Rotterdam, Newcastle und Cardiff wenden, um einen Erfolg der Streikbewegung zu sichern.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht und Parteinachrichten Paul Hennig; für Ausland und Feuilleton Karl Herz; für Gewerkschaftliches, Soziales, Genossenschaftsbewegung und Vermischtes Wilhelm Koenen; für Halle und Saalkreis Otto Kilian; für Aus der Provinz Gottlieb Kasparek; für die Anzeigen Wilhelm Herzig; Verleger Alfred Zähnig; sämtlich in Halle. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.).

Soziales.

Gefälschtes Futter und sozialdemokratische Kritik.

Einen „offenen Brief" an den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Gutsbesitzer Hofer-Pleinlauken veröffentlicht der Geschäftsführer des Bundes der Landwirte für die Provinz Ostpreußen, Haupt, in der konservativen Ostpreußischen Zeitung. Danach soll Genosse Hofer in der Landtagssitzung vom 21. Januar gesagt haben, die Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte in Johannisburg habe nach Zeitungsmeldungen den Bauern gefälschte Futtermittel verkauft. Diese Behauptung sei erfunden. Es gebe in Johannisburg keine Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte; es seien niemals von einer Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte gefälschte Futtermittel verkauft worden und die betreffende Behauptung sei auch nicht durch die Presse gegangen. Formal ist das vielleicht zutreffend, aber die Bauern sind doch betrogen worden, und zwar von der Masurischen Landwirtschaftlichen Betriebsgenossenschaft, die den Agrariern und damit auch dem Bund der Landwirte durchaus nicht fernstehen dürfte. Die Genossenschaft hatte stark mit Sand durchsetzte Leinkuchenmehle verkauft und auf ihrem Speicher waren Haferspelzen in Gerstenschrot eingemischt und als vollwertig verkauft worden. Als das die Aufsichtsorgane der Genossenschaft für unwahr erklärten, beschuldigte Winterschuldirektor Kreschowski den Direktor der Genossenschaft, Mickley, der unreellen Handlungsweise, und als es nur zu einer Beleidigungsklage kam, sagten vor Gericht drei Speicherarbeiter der Genossenschaft unter ihrem Eide aus, Direktor Mickley hätte sie beauftragt, Reisteleie, Hirseleie, Gerstenkleie in Roggen- und Weizenkleie bezw. Getreideschrot einzumengen, und dieses Gemenge wäre als Gerstenschrot an die Kunden abgegangen. Weiter sagte ein Zeuge, Direktor Mickley hätte befohlen, schweres weißes Mehl in Kleie zu mengen. Nach diesen Aussagen stellte das Schöffengericht fest, daß der Wahrheitsbeweis für das behauptete unreelle Geschäftsgebaren erbracht sei. — Und daß dieses agrarische Geschäftemachen in die breitere Oeffentlichkeit kommt, verdanken die Bauern den sozialdemokratischen Kritikern.

Wie man Arbeiter bei Berechnung der Unfallrente prellt.

Die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft versuchte bisher bei der Berechnung der Unfallrenten, 10 Proz. vom Jahresverdienst des Verletzten in Abzug zu bringen. Soviel Unkosten verursacht nämlich das Instandhalten der Werkzeuge. Und nach Abzug dieses Prozentsatzes wurde dem Verletzten die Rente berechnet. Die Berufsgenossenschaft drang aber mit dieser sonderbaren Rentenberechnung in der höheren Gerichtsinstanz nicht durch. Das Reichsversicherungsamt hat jene Berechnung im Jahre 1912 für ungültig erklärt. — Die Steinindustriellen geben sich aber damit nicht zufrieden, sie spekulieren so: Hat ein Arbeiter 1300 Mk. im Akkord verdient, so muß der Unternehmer eine Unfallprämie von 39 Mk. entrichten (auf 1000 Mk. Verdienst zirka 30 Mk.). Dürfen die 10 Proz. aber vom Jahresverdienst abgezogen werden, so ist die Unfallprämie bloß für 1170 Mk. Jahresarbeitsverdienst zu bezahlen, sie sparen also pro Mann und Jahr 4—5 Mk. Die Unternehmer in Wurzen versuchen nun einen anderen Weg. Sie legten eine Arbeitsordnung vor, wonach sich die Steinarbeiter bei der Lohnbucheintragung für die Berufsgenossenschaft diese 10 Proz. abziehen lassen sollen. Diese Zumutung wurde von den Arbeitern abgelehnt. Nun hat die Behörde über die Anerkennung dieser wohl einzig dastehenden Arbeitsordnung zu befinden. Wundern muß man sich bloß darüber, daß die Steinbruchsberufsgenossenschaft den sächsischen Steinindustriellen ein so unverfrorenes Begehren nicht kurzerhand abschlägt.

Briefkasten der Redaktion.

O. B. 200. Wenden Sie sich an die Geschäftsleitung des dortigen Konsumvereins.

*3176

Seit Jahren erfreut sich unsere

Weisse Woche

des grössten allgemeinen Interesses.

Eine Waren-Demonstration, wie sie nur selten geboten wird, bildet den Hauptanziehungspunkt unserer weissen Woche. Neben den Riesenqualitäten regulärer Waren sind im Parterre unseres Hauses grosse Mengen hervorragender Gelegenheitsposten

zu fabelhaft billigen Preisen

ausgelegt.

Für ganze Brautwäsche-Ausstattungen sowie für Hotelbesitzer, Pensionate und zur Ergänzung :: der Hauswäsche ist unsere Weisse Woche die denkbar günstigste Kaufgelegenheit. ::

10% Rabatt bewilligen wir, trotz unserer billigen Preise, während der Weissen Woche auf weisse und auch auf alle anderen Waren in unserem Geschäft bei Barzahlung (ausgenommen sind nur Kurzwaren und Strickwolle) 10%

Sehenswerte Schaufenster- und Innen-Dekorationen!

Brummer & Benjamin

Grosse Ulrichstrasse 22/24.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140211-17/fragment/page=0003

Walhalla-Theater

Anfang 8 Uhr.

Letzte Woche! Nur noch bis Sonntag!
Tango! Die Sensation der Saison! Tango!

12 Tangogirls

Die Königinnen des Tanzes! 6948

10 Lorch's 10

Die besten Ikarier der Welt!

Hermann Mestrum mit seinen Schlagern.

Willini, der Präsentkönig,

und eine weitere Reihe erstklass. Varietésterne.

Drei Könige.

Donnerstag: **Tanzstunde** des Wolfrath'schen Tanzzirkels.
Dienstag den 24. Februar findet der beliebte

Haus-Maskenball

unter Mitwirkung verschiedener humoristischer Kräfte statt.
Karten sind am Büfett zu haben. *3179

Merseburg.

Sozialdemokr. Verein.

Donnerstag den 12. Februar cr., abends 8½ Uhr, in der „Kaiser Wilhelmshalle":

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Wesen und Entwickelung des Kapitals. Referent: Genosse Drescher, Halle. 2. Bericht von der Distriktsleiter-Konferenz. 3. Abrechnung. 4. Verschiedenes. *3177

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. **Die Distriktsleitung.**

Hallesche Fahrschule e. V.

Montag, 16. Februar 1914, abends 8½ Uhr im „Augustinerbräu", Mittelstraße:

Ordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht 1913.
2. Vermögensbestand und Bilanz per 1913, Voranschlag pro 1914.
3. Entlastung des Vorstandes.
4. Wahl des Vorstandes, Ausschusses und der Rechnungsprüfer.

Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.
Stadtrat M. Engelcke, Vorsitzender. *3178

Theater- und Maskengarderobe-Verleih-Geschäft von

Zeugner & Riedel,

vorm. Gottschalk, 6207
Halle (Saale), Grosse Ulrichstr. 55,
hält seine reichhaltige Auswahl neuer, feiner
Herren- u. Damen-Maskenkostüme
bei solider Preisstellung bestens empfohlen.

Wieder eingetroffen! Sehr zu empfehlen!
ist die 6 mal beschlagnahmte Schrift:
„Kindersegen und Arbeiterklasse"
oder: „Wie schütze ich mich vor starkem Familien-Zuwachs auf gesunde Art?" Mit Anhang: „Wie kläre ich mein Kind geschlechtlich auf".
Preis 50 Pf. oder 60 Pf. in Briefmarken.
Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung** in **Halle (S.)**, Harz Nr. 29 und die **Kolporteure.** *6943

15 % **Brotfabrik Karl Müller** 15 %
6791
empfiehlt ihr
kräftiges und gutes Brot.
Filialen: Gr. Brunnenstr. 65 und Oleariusstr. 4 (am Heilmerkl).
15 % Die Rabattkarten können zu jeder Zeit im Haupt-Geschäft Friedrichstr. 32 eingelöst werden. 15 %

M. Söffners

Theater- u. Masken-Garderobe-Verleih-Geschäft befindet sich jetzt nur
Königstrasse 5, I. Etage,
ganz in der Nähe des Leipziger Turms. — Halte mich Privaten und Vereinen, bei billigsten Preisen, bestens empfohlen. 6190

Frauen

erhalten b. kr. Störung, Blutstockung, Weissfluß, alle anerkannten Präparate, sanitäre Artikel, Spülapparate billigst von der Genfer Fa.

Dr. Conrad Scheidig,
Halle a. d. S., Grafeweg 3a, pt. l.
Frau Böhnert. Rückporto.
Nachnahmeversand. [2524

Stoff-Reste

zu **Knabenhosen** u. **-Anzügen, Herrenhosen** und **-Anzügen, Damenkostümen** u. **Röcken.**
Neue Auswahl außerord. preiswert.
Agnes Zimmer, Zwingerstr. 7.

Katalog enthält grösste Auswahl; versende gratis u. franko.

Schmücken Sie Ihren Hut mit meinen echten

Straussfedern

alle fertig zum Selbstgarnieren; es ist dies der feinste Hutputz, im Winter wie im Sommer immer modern, sehr elegant und vornehm. Ein

echter Straussfedernhut

findet überall das grösste Interesse.

Ich liefere echte Straussfedern unter Nachnahme in tiefschwarz u. schneeweiss:

Länge ca 36 cm, Breite ca. 13 cm, zu 1.50 Mk.
„ „ 39 „ „ „ 14 „ „ 2.50 „
„ „ 45 „ „ „ 16 „ „ 4.50 „

Retournahme nach 8tägiger Probe. (*3178

Ernst Lange, Straussfedern-Spezialhaus, **Düsseldorf,** Kaiserstr. 29.
Kein Ladengeschäft. Versand direkt an Private!

Michel

Michel—Brikets

anerkannt beste Marke.
Jahresproduktion 1914-1915 125 000 DW.
Zu haben beim *2798
Halleschen Kohlen- und Brikett-Kontor
Merseburgerstrasse, Ecke Schmiedestr. — Tel. 3939 —
u. **Allgemeinen Konsumverein** und dessen Filialen.

Bitte probieren Sie

Nr. 60

Fehlfarben einer 10 ₰-Zigarre
10 Stück 70 Pfg.
Ansprechendes Format.
Weisser Brand.
Feines Aroma. F.

Joh. Sanow
Nachfl. H. Spengler
Geiststrasse 5.
Gegr. 1887.

Die Hausfrau zur Freundin spricht:
Meine Wäsche hält jetzt nicht.
Ich kann es nicht begreifen,
Verwendest Du wohl scharfe Seifen?
Bei meiner Wäsche gibt's das nit,
Ich wasche nur m. Hydraulith
Man hat viel dabei gespart,
Denn **Hydraulith** ist mild u. hart.
— Ueberall erhältlich! — 4060

1 echt Mahagoni-Büfett
u. Servier-Tisch, Stühle, Vertiko, Kleider-Schränke, Wasch-Tisch, Bettstellen m. Matratzen, Spiegel mit Schränkchen, Trumeaus, Steg- u. Ausziehtische, Schreib-Sekretäre, Schreibtische, Roll-Büro usw. usw. verkauft 6937
Friedrich Peilcke,
Geiststrasse 25.

Ansichtspostkarten empfiehlt die Volksbuchhandlung

TAG-Zigaretten!

2—7 Pfg.

Trustfrei! *3149

Zu haben **für Wiederverkäufer** zu Fabrikpreisen bei 6886
Paul Leusohner, Halle (Saale), Mittelwache 9/10. — Fernruf 1465. — **Fabrik-Lager.**

Unsern neuesten

Möbel

Katalog 1914
senden wir Ihnen auf Verlangen
umsonst.
Wir verkaufen Möbel, Betten, Wäsche, Herren- und Damen-Garderobe etc. auf bequeme Teilzahlung und richten die Zahlungsweise ganz nach Wunsch der Käufer ein.

Eichmann & Co.
Gr. Ulrichstr. 51,
Eingang Schulstrasse
Halle a. S.
6 Schaufenster.
3258

Zigarren, Zigaretten, Tabake
in allen Preislagen empfiehlt F.
Otto Ackermann
J. Schneider Nachf.,
Beesenerstr. 23
(Ecke Wolfstrasse).

Wiederverkäufern
empfehlen *3096
Gummi-Bälle, Tennis- u. Schlagbälle, Kreisel, Märbel,
sämtl. Schulartikel
Adler & Co., Halle (S.), Franckest. 18 (Riebeckplatz).
Kurz-, Galanterie-, Spielwaren en gros. Preisliste kostenfrei.
Telephon 1081.

Zimmer-Klosetts

vollständig geruchlos,
*3179 empfiehlt billigst
G. Brose, Leipzigerstraße 96.

Ehrenerklärung.
Die böswillige Verleumdung über die verstorbene E. Eckardt, hier, nehme ich hiermit zurück und erkläre dieselbe für ehrbar.
6951 **E. Kutter.**

Dank.
Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Mannes, des Arbeiters
Franz Börner,
spreche ich allen für die bewiesene Teilnahme meinen herzlichsten Dank aus. Besonderen Dank seinem Herrn Chef, seinen Arbeitskollegen sowie Herrn Stadt für seine trostreichen Worte am Grabe. 6942
Die trauernde Witwe:
Martha Börner.

Dank.
Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben kleinen **Willy,** können wir es nicht unterlassen, allen unseren tiefgefühltesten Dank auszusprechen. (6949
Besonder. Dank den Kollegen vom Verband der Gastwirtsgehilfen für d. letzte Ruhegeleit.
Die trauernde Familie **Gustav Leps.**

Zurückgekehrt vom Grabe meines inniggeliebten, treusorgenden Mannes, unseres guten Vaters, Sohn, Bruders, Schwagers und Onkels, des Fabrikarb. **Franz Einecke,** sagen wir allen, die seinen Sarg so reich mit Kränzen u. Palmen schmückten und mir bei dem schweren Verlust tröstend zur Seite standen, unsern besten Dank. Besonderen Dank seinem Chef, Herrn Huth und den Familien Huth für ihre aufopfernde Mühe, Unterstützung und Begleitung zur letzten Ruhe. Besonderen Dank seinen Vorgesetzten und Arbeitskollegen, sowie d. Fabrikarbeiterverband für seine rege Beteiligung und tatkräftige Unterstützung. Auch Herrn Pastor Ritschke für seine überaus trostreichen Worte am Grabe vielen Dank. *3172
Möge ein jeder vor solch schwerem Schicksal bewahrt bleiben.
Bölberg, 10. Februar 1914.
Ww. Helene Einecke gb. Osterloh nebst Kindern u. Verwandten.

Passendes Geschenk!

Die Vögel der Erde.
— Mit 239 farbigen Abbildungen auf 30 Tafeln. —

Die Säugetiere der Erde
Mit 169 farbigen Abbildungen auf 30 Tafeln.

Die Käfer Europas.
Mit 465 farbigen Abbildungen auf 20 Tafeln.
Preis pro Band 2.50 Mark.

Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Halle (Saale),
Harz 29.

Zeugnis:
„Teile Ihnen mit, daß die Herba-Seife mir gute Dienste erwiesen hat. Innerh. 14 Tagen waren meine

Flechten

verschwunden." R. Höfner in Rinteln.
Obermeyer's Medizinal-Herba-Seife à Stck. 50 Pf., 30% stärkeres Präparat Mk. 1.—, z. h. t. allen **Apotheken, Drogerien** u. **Parfümerien.** *3174

Böttcher-Waren dauerhaft u. billig.
P. Horlebeck, Kleine Ulrichstraße 1/2 und Dachritzstraße 5, 36 Rabattmarken.

Möbeltransporte jeder Art besorgt billig R. Weidmann. 6306
Bernhardystr. 35. Fernruf 1708.

Apollo-Theater.

!! Letzte Woche !!
Das **Tagesgespräch** von Halle:
„Das Unterseeboot"
Außerd. d. gr. Februarspielplan mit **7 Patty Frank** die besten Barterre-Akrobaten der Welt.
6952) Allabendlich:
Beifallsstürme!

Semmering
Kaiser-Panorama
Gr. Ulrichstr. 4/5. 6947
im **Sommer.**

Stadttheater Halle (S.)

Fernruf 1181.
Direktion: Geh. Hofrat Richards.
Mittwoch den 11. Februar 1914
Anfang 6 Uhr.
Sonder-Vorstellung bei vollständig aufgehobenem Abonnement.
Erste Fest-Aufführung:

Parsival.

Ein Bühnenweih-Festspiel von Richard Wagner.
Bei Beginn eines jeden Aktes werden die Türen geschlossen und ist ein späterer Eintritt nicht gestattet.
Kassenöffnung 5½, Anfang 6 Uhr. Ende nach 11 Uhr.

Friedr. Wilh. Kolbe.
Der Fremdenlegionär
Erlebnisse eines Deutschen in der französischen Fremdenlegion.
Preis 50 Pfg.
Volks-Buchhandlung, Halle (Saale), Harz 29.

Mittwoch:
Schlachtefest.
C. Wilke, 42
Triftstraße 2.

Konfirmations-Geschenke
Juweler Tittel.
Gef. gesch. Schmeerstr. 12 [6938

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd (Steinweg 2), 9. Febr.

Aufgeboten: Zuckerkocher Schade und Luise Grauert (Raffineriestraße 32 und Mauerstr. 17). Bäckermeister Pangert und Elsa Witzel (Hirtenstraße 14). Musiker Spring und V. E. M. Stahlmann (Hannover). Arbeiter Freydank und Alma Otto (Groß-Ottersleben). Artist Wagner und Hedwig Brüggeitrat (Breslau). Eisenbahntechniker Schierandt und E. M. E. Schulz (Holle u. Heiligenfelde). Schlosser Vorbeer und F. A. Köppchen (Hühnstedt). Kaufmann Giesemann u. F. J. Franke (Halle und Ober-Teutschenthal). Schleifer Brenner und Elsa Neumann (Kirchweiler).

Geboren: Klempner Kluge S. (Thomasiusstraße 4). Kernmacher Berger T. (Merseburgerstr. 163). Photograph. Gastler T. (Schülershof 1). Photographen Meinicke S. (Hirtenstr. 3). Arbeiter Enderlein S. (Delitzscherstr. 10). Kontorist Hudrich T. (Turmstr. 158). Maler Breinig T. (Kleiner Sandberg 17). Arbeiter Kühlhorn S. (Glaucharerstraße 37). Arbeiter Weingärtler S. (Glaucharerstr. 38). Schuhmacher Wachtel S. (Meckelstraße 8). Heizer Rüssel Tochter (Thüringerstr. 29). Mittelschullehrer Möbius T. (Wegscheiderstraße 15).

Gestorben: Schlossers Grundmann Tcht., 4 Mon. (Fröbel 16). Handelsmann Weinreb, 63 J. (Fischerplatz 1). Invalide Stanjeck, 67 J. (Jakobstr. 49). Malermstr. Grundmann, 63 J. (Kl. Ulrichstraße 5). Privatmann Barth, 82 J. (Steinweg 35). Invaliden Reif S., 4 Mon. (Grafeweg 10). Witwe Fiedler geborene Köhler, 77 Jahre (Beesenerstraße 10). Präparand Kulk aus Eisleben, 15 Jahre (Klinik). Bergarbeiters Heyroth aus Eisperstedt T., 12 J. (Klinik).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 2). 9. Februar 1914.

Geboren: Schiefer- u. Ziegeldeckermeister Ilgenstein Sohn (Fleischerstraße 14). Kaufmann Petold S. (Felsenstr. 23). Landrichter Creutzfeldt Sohn (Mittelkindstraße 18). Milchhändler Berghold T. (Weißenburgstr. 12).

Gestorben: Witwe Buhl geb. Gonschorek, 64 J. (Trothaerstr. 36). Rebakteurs Hennig T. totgebor. (Triftstraße 22). Anna Heubner, 63 Jahre (Kröllwitzerstraße 24). Rentier König, 68 J. (Schillerstraße 39). Vollziehungsbeamte Werner, 45 J. (Kurfürstenstr. 9). Knechts Conrad S. aus Möbitz, 1 Monat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140211-17/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 35 Halle (Saale), Mittwoch den 11. Februar 1914 25. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

209 Sitzung. Montag, den 9. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Die nachgesuchte Genehmigung zur Einleitung eines Privatklageverfahrens gegen den Abg. Behrens (Wirtsch. Vg.) wegen Beleidigung wird entsprechend dem Antrag der Geschäftsordnungskommission nicht erteilt.

Hierauf wird die zweite Beratung des

Etats des Reichsamts des Innern

fortgesetzt beim Kapitel „Statistisches Amt".

Abg. **Sivkovich** (Vpt.) kritisiert die Schulstatistik, sie ermangele der Einheitlichkeit und Uebersichtlichkeit.

Abg. Rühle (Soz.):

Beim Kinderschutzgesetz verlangte der Reichstag eine Enquete über die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Kinder und die Gefahren dieser Tätigkeit. Die Enquete ist seit zehn Jahren abgeschlossen, aber heute noch nicht veröffentlicht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Veröffentlichung der Gutachten auf Schwierigkeiten stößt, so hätte doch mindestens das Zahlenmaterial veröffentlicht werden müssen. Daß es unterbleibt, kann eigentlich nur dem Umstande zugeschrieben werden, daß die Veröffentlichung eine solche Entrüstung in der Oeffentlichkeit auslösen würde, daß mit Energie auch in der Landwirtschaft die Kinder vor Ausbeutung geschützt werden müßten. Das aber will man nicht aus Furcht vor den Junkern. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Kapitel der Kinderarbeit in der Landwirtschaft ist eines der allertraurigsten, schon elfjährigen Kindern wird die Hüteerlaubnis gegeben, und zwar ohne Begrenzung der Arbeitszeit, so daß 16- bis 18stündige Arbeitszeit im Sommer die Regel ist. Unter solchen Umständen ist eine längere Hinausschiebung der Veröffentlichung des Materials geradezu eine Gewissenlosigkeit. (Präsident Kaempf ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.) Unter der Führung von Geistlichen werden in Süddeutschland geradezu Kinderslavenmärkte veranstaltet, wo die Hütekinder für den ganzen Sommer vermietet werden. Solche himmelschreienden Zustände müssen sobald als möglich beseitigt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man redet soviel von Jugendpflege; die beste Jugendpflege ist der Schutz der Kinder vor Ausbeutung. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. **Delbrück**: Das Material ist von zwei Regierungen noch nicht eingegangen; es ist dort nach anderen Grundsätzen aufgenommen als in den übrigen Staaten. Deshalb habe ich auf Wunsch dieser Regierungen ein Mitglied des Statistischen Amtes mit der Durcharbeitung des Materials beauftragt, damit es mit dem übrigen Material vergleichbar wird. An der baldigen Veröffentlichung des Materials ist auch uns gelegen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nach weiteren zehn Jahren!), damit wir an seiner Hand den hier vorgebrachten ungeheuerlichen Uebertreibungen entgegentreten können. (Bravo! rechts.)

Abg. **Pieper** (Z.) klagt darüber, daß das Statistische Amt solange Zeit brauche, um gesammeltes Material zu bearbeiten und zu veröffentlichen; speziell der Abteilung für Arbeiterstatistik scheine es an Kräften zu fehlen.

Staatssekretär **Delbrück**: **Die Abteilung für Arbeiterstatistik soll in keiner Weise eingeschränkt werden.**

Abg. Thiele (Soz.):

Der Staatssekretär hat keinen ausreichenden Grund dafür angeben können, daß von einigen Bundesstaaten die Einsendung des Rohmaterials um zehn Jahre verzögert ist. Unsere Statistik macht überhaupt öfters den Eindruck, daß sie nicht tendenzlos bearbeitet wird. Zu wünschen ist, daß uns endlich einmal eine Statistik der Entmündigungen vorgelegt wird.

Abg. Legien (Soz.):

Vor vier Jahren forderte der Reichstag eine Aenderung der Streikstatistik. Der Bundesrat teilt mit, daß die Erwägungen hierüber noch schweben. Also vier Jahre erwägt man die Prüfung der Aenderung eines Formulars. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Indessen dauert der Jammer der amtlichen Streikstatistik fort. Wiederholt habe ich ihre Unrichtigkeit nachgewiesen — gibt sie doch nicht einmal die Zahl der Streiks und Aussperrungen so hoch an, wie die Gewerkschaftsstatistik. Aber sogenannte Streikvergehen gibt sie an. Man wollte sie eben von Anfang an zu einer Kriminalstatistik machen, um Material zur Begründung der Zuchthausvorlage zu bekommen. Das konnte natürlich nicht gelingen. Denn wenn sie schon in den einfachsten Grundlagen falsch ist, **wird kein vernünftiger Mensch das für richtig halten, was über das Eingreifen der Polizei gesagt wird.** Jedenfalls möchte ich vom Staatssekretär wissen, **wieviel Jahre die Erwägungen noch dauern sollen.**

Staatssekretär Dr. **Delbrück**: **Es handelt sich nicht lediglich um eine Aenderung des Formulars, sondern um die Schaffung einer anderen Grundlage. Darüber schweben Verhandlungen so** lange ich im Amte bin, und ich wäre sehr glücklich, wenn ich dem Vorredner einen Termin mitteilen könnte, bis zu der sie abgeschlossen wären. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Normaleichungsamt" verlangt

Abg. **Krings** (Z.) Eichung der Förderwagen in Steinbrüchen.

Geh. Rat **v. Tonquierres** bemerkt, daß die Förderwagen in Steinbrüchen bereits eichungspflichtig sind, und daß Anträge von Steinbruchbesitzern um Befreiung von dieser Verpflichtung abgelehnt worden sind.

Abg. Dr. **Burckhardt** (Wirtsch. Vg.) **bemerkt, daß auch in seinem** Wahlkreise diese Wagen nicht geeicht werden.

Es folgt das Kapitel „Gesundheitsamt".

Abg. **Antrick** (Soz.):

Wir haben in einer Resolution die Wünsche des Kranken- und Pflegepersonals knapp zusammengefaßt. Die Redner der bürgerlichen Parteien haben im vorigen Jahre warme Worte für das Pflegepersonal gefunden, und werden diesmal hoffentlich für unsere Resolution stimmen, die alles das nicht enthält, was die Mehrheit im vorigen Jahre abgelehnt hat. Nicht etwa, daß wir diese Forderungen nicht für durchführbar hielten; aber wir wünschen, daß wenigstens die dringendsten Wünsche der Personals erfüll, werden. Die nationalliberale Resolution verlangt lediglich eine einheitliche Regelung der Arbeits- und Rechtsverhältnisse des Pflegepersonals. Das hat der Reichstag schon vor zwei Jahren beschlossen, und die Regierung hat Erwägungen zugesagt, die aber natürlich noch schweben. Wir verlangen klare gesetzliche Schutzbestimmungen für das Pflegepersonal. Zunächst ist eine obligatorische Ausbildung des Pflegepersonals nötig, sowie eine Neuregelung der Prüfungsvorschriften. Heute ist die Ausbildung ganz ungenügend. Die Krankenpflegeschulen bilden die Leute für 30 M. im Monat zwei Jahre lang aus, und entlassen sie dann als geprüfte Krankenpfleger. So verschaffen sie sich billiges Pflegepersonal. Weiter verlangen wir Unterstellung des Pflegepersonals unter die Gewerbeordnung. Die Angestellten öffentlicher gemeinnütziger Pflegeanstalten können und werden heute mittelalterlichen Gemeindeordnungen unterstellt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Landeshauptmann von Ostpreußen nimmt den Angestellten der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt auf Grund dieser Rechtslage vollständig das freie Koalitionsrecht. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist ausdrücklich bemerkt worden, daß Verträge, die dem Arbeiter das Koalitionsrecht rauben, wider die guten Sitten verstoßen. In einer Landesirrenanstalt wird den Wärtern das Halten bestimmter Zeitungen verboten, vor allem der „Sanitätswache", des Fachorgans der Organisation der **Krankenpfleger. Erfreulicherweise ist das Pflegepersonal schon soweit zum Bewußtsein seiner Klasselage gekommen, daß es sich** um solche Erlasse nicht kehrt. — Weiter verlangen wir die Festsetzung einer zwölfstündigen Dienstzeit, Tag- und Nachtschicht. Die Forderung des Achtstundentages haben wir fallen gelassen, nicht, weil wir sie für unausführbar halten, sondern weil die Mehrheit sie ablehnt, und wir hoffen, daß sie wenigstens die zwölfstündige Dienstzeit annehmen werden. Tatsächlich wird bei uns in den Krankenanstalten noch 18 Stunden gearbeitet. Herr Dr. Gerlach hat das im vorigen Jahr bestritten, aber zahlreiche Zuschriften, die wohl auch er bekommen hat, beweisen, wie grauenvoll die Zustände in den Krankenanstalten in bezug auf die Arbeitszeit noch sind. Es muß ihnen schleunigst ein Ende gemacht und eine allwöchentliche Mindestruhepause von 24 Stunden eingeführt werden. — Das Essen für das Personal ist vielfach sehr schlecht, und die Forderung auf Beseitigung des Kost- und Logiszwanges in der Anstalt erscheint daher sehr begreiflich und berechtigt. — Alle Parteien sollten sich zusammenfinden, um die Regierung zu zwingen, endlich aus dem Zustand der Erwägungen herauszukommen; der Reichstag würde nichts zur Beseitigung der himmelschreienden Zustände tun, wenn er sich auf die Annahme der nichtssagenden verwaschenen Resolution der Nationalliberalen beschränkte. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Weiter **verlangen wir die Unterstellung des gesamten Pflegepersonals unter die Reichsversicherungsordnung. — Angesichts der Gefahren, denen dieses Personal unterliegt, eine ganz selbstverständliche Forderung. Wichtig ist auch unsere letzte Forderung auf Gewährung eines** jährlichen Erholungsurlaubes von mindestens 14 Tagen unter Fortzahlung des Lohnes und Entschädigung für sonstige Bezüge. — **Unsere Anträge verlangen, wie ich schon mehrfach betont, nur das allerdringendste; hoffentlich werden Sie ihnen zustimmen.** Der Worte sind genug gewechselt, wir wollen endlich Taten sehen! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Gerlach** (Ztr.): Der Beruf des Krankenpflegers verlangt unter Verzichtleistung auf materielle Genüsse sehr viel Geduld **und Aufopferung. Notwendig ist eine gute Ausbildung des Pflege**personals. Weitgehende Forderungen zur Verbesserung der sozialen Lage des Pflegepersonals haben die Direktoren der Irrenanstalten schon im Jahre 1896 erhoben; die Durchführung scheitert aber vielfach an dem Mangel, der den Anstalten zur Verfügung stehenden **Mittel. — Zu der Arbeitszeit darf man doch nicht die Zeit hinzu**rechnen, in der ein Wärter z. B. im Dienstzimmer schläft, auch wenn es vorkommen kann, daß er mittendrin geweckt werden muß. — Den Urlaub wird jeder Arzt, jeder Direktor gern bewilligen, ob es möglich ist, hängt von den Verhältnissen der Anstalt ab. Ich bitte Sie, die Resolution der Nationalliberalen, die berücksichtigt, daß die Verhältnisse in den einzelnen Staaten verschieden liegen, einstimmig anzunehmen. Redner betont weiter die Notwendigkeit der Ausbildung der Aerzte in der sozialen Medizin.

Staatssekretär **Delbrück**: Es sprechen erhebliche Bedenken dagegen, die Verhältnisse des Krankenpersonals analog denen der Arbeiter zu regeln. Die Arbeitgeber dieses Personals sind zum erheblichen Teile nicht Gewerbetreibende, sondern Behörden oder Wohltätigkeitsanstalten, Kongregationen usw. Da ist es bedenklich, mit einem Gesetz einzugreifen, das den Verhältnissen der Arbeiter nachgebildet ist. Vor allem kommt es darauf an, daß Grundsätze über die Ausbildung und Prüfung des Personals vorhanden sind. Diese bestehen durch Vereinbarungen der Bundesstaaten. Ob sie verbesserungsbedürftig sind, wird geprüft werden. Als Grundsätze, die den Bundesregierungen zur Prüfung vorliegen, sind folgende aufgestellt: Getrennte Tag- und Nachtschicht, neunstündige Ruhezeit für das Personal, das außer Tages- auch Nachtdienst hat; Beginn der Tagesarbeit möglichst vor 6 Uhr und Ende nicht nach 8 Uhr; ein freier Nachmittag in der Woche, an dem Ausgang zugestanden ist, und der mindestens einmal im Monat auf einen Sonntag fällt; ein jährlicher Urlaub von 14 Tagen und Aufstellung einer Dienstordnung, sowie deren Kontrolle. Die Behauptung des Abg. Antrick, es sei nichts geschehen, ist also unrichtig.

Abg. **v. Knigge** (k.) wünscht Maßnahmen gegen die Säuglingssterblichkeit. Die Beseitigung des Kost- und Logiswesens in Krankenhäusern, wie sie der sozialdemokratische Antrag verlangt, ist undurchführbar.

Abg. Dr. **Blunck** (V.): **Auch der konservative Redner hat Maß**nahmen gegen den Geburtenrückgang hier im Reichstag erörtert, obwohl diese Maßnahmen doch Landessache sind. Der Preußenbund und Herr v. Kardorff, der heute im Landtag gegen die „unerhörten Eingriffe des Reichstags" in die Befugnisse des Landtags gewettert **hat, werden damit wenig zufrieden sein. Die Verhältnisse des Kran**kenpersonals habe ich zuerst hier vorgetragen, damals haben sich die Sozialdemokraten ausgeschlossen, wollten wir die eingegangene Resolution des Abgeordneten Antrick in bezug auf die Dauer der Arbeitszeit von 12 Stunden annehmen. — Im vorigen Jahre forderten Sie 8 Stunden. — Wäre das direkt ein Anreiz zur Verschlechterung bestehender besserer Verhältnisse. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Als neuer Redner bekommt

Abg. **Antrick** (Soz.) das Wort: **Ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, warum wir** diesmal nicht 8 Stunden, sondern 12 Stunden Dienstzeit verlangen, nämlich um auch die Leute dafür zu gewinnen, die damals gegen die 8 Stunden sprachen. Lange bevor Dr. **Blunck** im Reichstag sog, habe ich hier die Verhältnisse des Pflegepersonals erörtert.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Debatte.)

Gewerkschaftliches.

Die Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe

haben am Sonntag mit der Regelung der Tarife für die Damenschneider und mit der Fällung einiger Schiedssprüche lokaler Natur ihren Abschluß gefunden.

Die von den Unternehmern einer Reihe von Orten beantragte Einfügung einer neuen Klasse von Damenschneidern, Anfänger genannt, haben die Schiedsrichter abgelehnt. Es handelt sich hier um die Einführung einer neuen Gruppe, die den Uebergang von den Herrenschneidern zu den Damenschneidern bilden. Mit Rücksicht darauf, daß die Unternehmer selbst zugaben, daß sie in der Praxis diese Uebergangsgruppe nur für ganz jugendliche Personen, also lediglich ausnahmsweise brauchen, und ferner mit Rücksicht darauf, daß bereits die Zwischengruppe der Hilfsarbeiter besteht, verneinten die Unparteiischen das Bedürfnis für Schaffung einer neuen Uebergangsgruppe.

Zu stundenlangen, teilweise recht lebhaften Auseinandersetzungen kam es bei den Verhandlungen über die Damenschneider in Frankfurt a. M. Die Arbeiter wollten den Vertrag auch für die Schneiderinnen erneuern, die Unternehmer widersetzten sich dem unter Hinweis darauf, daß die Zahl der organisierten Arbeiterinnen in Frankfurt ganz minimal sei und überhaupt nicht ins Gewicht falle. Besonders stürmisch gestaltete sich die Debatte, als bei dieser Gelegenheit eine Frankfurter Unternehmerin sich auf den scharfmacherischen organisationsfeindlichen Standpunkt stellte und rund heraus erklärte, es sei überflüssig, daß eine Instanz sich zwischen sie und ihre Arbeiterinnen einschiebe. Die Unparteiischen entschieden schließlich dahin, daß in voller Anerkennung des Koalitionsrechtes und dessen praktischer Betätigung dem Unternehmerverband die grundsätzliche Verpflichtung obliege, auch für die in der freien Gewerkschaft organisierten Arbeiterinnen einen Vertrag abzuschließen. Es frage sich aber, ob in Frankfurt bereits die nötigen tatsächlichen Unterlagen vorhanden seien, um einen Tarifvertrag nicht nur zu schaffen, sondern auch praktisch in wirksamer Weise zur Durchführung zu bringen. Nach Ansicht der Unparteiischen sind diese Grundlagen zurzeit noch nicht gegeben. Es bestehe die Gefahr, daß ein möglicherweise abgeschlossener Tarifvertrag mangels eines hinreichenden persönlichen Wirkungskreises völlig in der Luft hänge. Die Tatsache, daß in dem bisherigen Vertrage Lohnsätze für Arbeiterinnen bereits enthalten waren, könne daran nichts ändern, denn die Aufnahme dieser Lohnsätze sei ohne genügende Grundlage und ohne Prüfung der Einzelheiten erfolgt und beide Parteien hätten zugegeben, daß die tarifliche Bestimmung hinsichtlich der Arbeiterinnen nicht durchgeführt werden konnte. Die Anerkennung des Grundsatzes der uneingeschränkten Betätigung des Koalitionsrechtes führe von selbst dazu, daß in absehbarer Zeit, sobald sich die Verhältnisse fundiert haben, auch für die organisierten Arbeiterinnen ein Tarifvertrag abzuschließen ist. Mit der Einführung des Reichstarifvertrages, der die Tendenz haben müsse, sich überall persönlich und territorial durchzusetzen, müsse die Einbeziehung der Arbeiterinnen einer eingehenden neuerlichen Prüfung unterzogen werden, und es seien im Zweifel stets auch für die Arbeiterinnen Tarifverträge abzuschließen. Inzwischen müsse es Aufgabe beider Organisationen sein, die nötigen Grundlagen zum Abschluß und zur Durchführung eines diesbezüglichen Tarifvertrages zu gewinnen.

Auf diese Entscheidung fußend wehrten sich auch die Braunschweiger Unternehmer gegen die Einbeziehung der Schneiderinnen in den Tarifvertrag, doch stellte sich hier der Vorstand des Unternehmerverbandes im Gegensatz zu seiner Ortsgruppe auf den Standpunkt, daß angesichts der Zahl der organisierten Arbeiterinnen in Braunschweig für diese ein Tarifvertrag abzuschließen sei.

Bis zum 21. Februar werden die Parteien zu Händen der Unparteiischen die Erklärung abgeben, ob sie die Schiedssprüche, die als einheitliches Ganzes aufzufassen sind, annehmen werden oder nicht.

Der englische Lehrerstreik.

Der Lehrerstreik, der in den öffentlichen Schulen der Grafschaft Herefordshire ausgebrochen ist, hat mehr als lokale Bedeutung, weil die elenden Gehaltsverhältnisse, gegen die die dortigen Lehrer revoltieren, im wesentlichen auch in den meisten anderen Landesteilen herrschen. Der Kampf wird aller Voraussicht nach mit einem Siege der Lehrer enden. Sie haben eine mächtige Organisation, die allen etwa gemaßregelten Lehrern auf Jahre hinaus das volle Jahresgehalt sichert. Gegenwärtig sind 64 Schulen geschlossen, und die überwiegend aus reaktionären Farmern zusammengesetzte Unterrichtskommission des Grafschaftsrats, die die Unterrichtsbehörde darstellt, weiß weder ein noch aus. Alle Bemühungen der Schulbehörde, streikbrechende Lehrer von auswärts zu bekommen, sind bisher jämmerlich mißlungen und werden wohl auch weiter mißlingen, aus dem einfachen Grunde schon, weil um diese Jahreszeit wenig wirklich brauchbare Lehrer außer Stellung sind. In Schottland soll eine beträchtliche Zahl solcher Lehrer zur Verfügung stehen, die sich infolge der besonders niedrigen Lohnverhältnisse in Schottland angeblich zum Streikbruch verleiten ließen, aber — sie sind alle Presbyterianer, während die Schulen von Herefordshire gut anglikanisch-staatskirchlich sind. In den wenigen Schulen, wo es gelang, Streikbrecher herbeizuschaffen, verweigerten die Kinder den Schulbesuch und verlangten stürmisch nach ihren alten Lehrern bezw. Lehrerinnen. In manchen Orten führte das sogar zu „aufrührerischen Szenen". — Ein Schulmeister ist auf den famosen Einfall geraten, die Schüler durch Bestechung gewinnen zu wollen; alle Kinder, die die Schule besuchen, sollen ein wöchentliches Taschengeld von drei Pence (25 Pfennig) erhalten. Was damit ausgerichtet wurde, wird nicht mitgeteilt.

Das Unterrichtsministerium hat einen Inspektor in das Streikgebiet geschickt, um die Lage an Ort und Stelle zu untersuchen. **Die Lehrer haben in ihrem Kampfe die Sympathie** des allgemeinen Publikums und die kräftige Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft, obschon die Lehrerorganisation es bisher abgelehnt hat, sich dem Gewerkschaftskongreß oder der Arbeiterpartei anzuschließen.

Der Streikbrecheragent als Totschläger. Wir brachten gestern aus Teischen a. d. Elbe (Böhmen) die Meldung, daß dort am Sonntag der Agent Paul Keiling aus Berlin, der arbeitswillige deutsche Setzer nach Oesterreich gebracht hatte, den Buchdruck-Maschinenmeister Solinger von der Bodenbacher sozialdemokratischen Druckerei niederschoß. **Solinger ist Montag früh gestorben.** — Das sind die Folgen der Verherrlichung der Streikbrecher, die dem Wahn verfallen sind, tun und lassen zu können, was sie wollen!

Ein gewerkschaftliches Abkommen über die italienische Saisonauswanderung. Zwischen dem Zentralverband der deutschen Bauarbeiter und mehreren italienischen Organisationen, darunter vor allem dem Zentralverband der italienischen Landarbeiter, ist am 25. Januar ein Abkommen getroffen worden, das den Zweck hat, die in Italien organisierten Arbeiter während ihres vorübergehenden Aufenthalts in Deutschland in den Bereich der deutschen Organisation zu ziehen. Die getroffenen Abmachungen sind im wesentlichen die folgenden: Der deutsche Zentralverband verpflichtet sich, die Mitglieder des italienischen Landarbeiterverbandes gratis aufzunehmen, wenn aus ihrer Mitgliedskarte hervorgeht, daß sie mit ihren Beiträgen auf dem Laufenden sind. Natürlich liegt den in die deutsche Organisation aufgenommenen Italienern die Pflicht ob, allen Leistungen nachzukommen, die das Statut des deutschen Zentralverbandes der Bauarbeiter festsetzt. Für Unterstützungen, die der deutsche Verband gewährt (Krankengeld, Sterbegeld, Reise- oder Streikunterstützung), werden nur die in Deutschland gezahlten Mitgliedsgelder angerechnet, aber die in Italien verbrachten Monate gelten nicht als Wartezeit. Der Verbandsbezugsberechtigkeit, wenn nur die Saisonauswanderer während des Aufenthalts in der Heimat ihren Mitgliederpflichten gegen den italienischen Zentralverband der Landarbeiter gerecht werden.

Die Londoner Bauarbeiteraussperrung hat nun schon zwei Wochen fortgedauert, und es scheint, daß der Konflikt sich zu einem hartnäckigen und langwierigen Ringen gestalten wird. Jetzt sind etwa 50 000 Bauarbeiter unmittelbar am Kampfe beteiligt. Eine beträchtliche Zahl von Firmen hat sich bereit erklärt, das Dokument, das den Gegenstand des Kampfes bildet, zurückzuziehen und die übrigen Bedingungen der Arbeiter anzunehmen. Wenn noch weitere Unternehmer diesem Beispiel folgen, dann bestehen gute Aussichten auf ein baldiges Mißlingen der Aussperrung. Die zahlreichen Gewerkschaften des Baugewerbes wirken einträchtig zusammen. Trotzdem bleibt die Organisationszersplitterung ihre große Schwäche. Einige der beteiligten Gewerkschaften sind finanziell sehr leistungsfähig, andere schwach; der Mangel einer gemeinsamen Streikkasse macht sich sehr fühlbar.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140211-17/fragment/page=0005

Scharfe Kritik an der städtischen Finanzpolitik.

Fortsetzung der Etatsdebatte in der Hallischen Stadtverordnetenversammlung. — Verurteilung der „Finanzkunst" des Herrn v. Holly durch Zurückverweisung des Gaswerk-Etats. — Genosse Emmer hängt die Sozialistenfresserei des Magistrats niedriger. — Die Giebichensteiner, Kröllwitzer und Trotharer bekommen bald Beesener Wasser!

Der selige Wilhelm Busch hat wieder einmal Recht behalten. Es kam anders, als man dachte. Der Präsident der Stadtverordneten-Versammlung hatte auf die Tagesordnung der Sitzung am gestrigen Montag 19 Punkte Etatsberatung gesetzt, gewiß in der Hoffnung, daß davon ein gut Teil Erledigung finden möchte. Aber es wurde nichts daraus; nur zwei Haushaltspläne von gewerblichen Werken wurden verabschiedet, vom Wasserwerk und der städtischen Straßenbahn.

Der Voranschlag des Gaswerks entfesselte eine stundenlange Debatte. Herr Hüllemann griff die Finanzpolitik des Magistrats in der schärfsten Weise an. Er warf dem Finanzdezernenten vor, daß in die Etats der gewerblichen Werke als Einnahmen viel zu niedrige, als Ausgaben aber viel zu hohe Summen eingestellt worden seien. In der Absicht, möglichst geringe Ueberschüsse in Aussicht zu stellen, um die zehn Prozent Steuererhöhung durchdrücken zu können. Bei der Einschätzung der Einnahmen und Ausgaben durch die gewerblichen Werke mußten die tatsächlichen Verhältnisse zugrunde gelegt werden. Wie gleichgültig die Verwaltung des Gaswerks ihren Etat aufstelle, ginge schon allein aus der Tatsache hervor, daß der eingesetzte Kohlenpreis von 22 Mark pro Tonne nicht geändert worden wäre, trotzdem seit Wochen durch Vertragsabschluß ein Preis von nur 19 Mark feststände. Das ergibt eine Ermäßigung der Ausgaben um fast 60 000 Mark, aber die Verwaltung hält diese Aenderung der Dinge für so nebensächlich, daß sie auf die wahrheitsgemäße Abänderung der Etatsziffern verzichtet.

Auch Genosse Emmer brandmarkte mit scharfen Worten die einzig auf hohe Ueberschüsse, auf Pfusmacherei eingestellte Finanzpolitik des Bürgermeisters von Holly. Trotzdem alle Aussichten auf Bilanzierung des Etats ohne jede Steuer-Erhöhung vorhanden wären, halte der Magistrat an seiner Forderung auf ein Mehr von 10 Prozent fest und nehme so den Bürgern Gelder ab, die gar nicht benötigt würden. So müsse man zu der Annahme kommen, daß da oben in der Verwaltung niemand eine Ahnung davon hätte, wie schwer in der Zeit der Wirtschaftskrise Arbeiterschaft und Mittelstand von einer Steuererhöhung bedrückt würden.

Diese treffende Bemerkung unseres Genossen sollte den städtischen Finanzminister und den Rest seiner Fassung bringen, die durch die Angriffe des Bürgerlichen Hüllemann schon beträchtlich ins Wanken geraten war. Statt zu tun, was man von einem gewissenhaften, sachkundigen Magistratsbeamten erwarten sollte: die Finanzpolitik sachlich zu verteidigen, ging Herr von Holly dazu über, auf die Sozialdemokratie und ihre Führer zu schimpfen. Wie groß die Blamage des kleinen, zappeligen Herrn war, das wird ihm hoffentlich zum Bewußtsein gekommen sein, als er das dünne Bravo der wenigen Herren auf den vorderen Bänken hören mußte.

Genosse Emmer ließ diese Beschimpfung nicht auf der Arbeiterschaft sitzen. Er diente dem Herrn Bürgermeister mit einer trefflichen, unzweideutigen Erwiderung. Es war freilich auch die höchste Zeit, daß die sozialdemokratischen Vertreter diese vom Hallischen Magistrat so oft geübte Praxis, seine Schwächen hinter Sozialistenfresserei zu verbergen, wieder einmal charakterisierten!

Um die Blamage des Finanzdezernenten voll zu machen, nahm die Versammlung mit großer Mehrheit schließlich den Antrag Hüllemann an, den Gaswerksetat zur nochmaligen Prüfung und Berichtigung an den Haushaltsausschuß zurückzuverweisen.

Die Beratung der beiden anderen Etats ging schneller vonstatten, obzwar sich auch dabei die Kritik in gleicher Richtung geltend machte, wie aus dem nachfolgenden Bericht zu ersehen ist. Beim Etat der Straßenbahn beantragte Genosse Gröbel die Zulassung der Fünfpfennigfahrten zugunsten von Arbeitern und Angestellten auch in den Abendstunden — leider vergeblich —; weiter veranlaßte er den in sozialen Dingen reichlich oft schwerhörigen Dezernenten durch wiederholte Interpellation in bezug auf die Arbeiter-Ausschüsse zu einer Antwort. Ein von Bürgermeister Holly erneut unternommener Versuch, die Pfusmacherei bei der Straßenbahn noch zu erweitern, mißlang, obzwar sich dafür sogar die „unsichtigen Finanzleute" ins Zeug legten. Dem sie gefällig sein wollten, der ist zu ungeschickt zum erfolgreichen Diplomaten.

Bei Beratung des Wasserwerks-Voranschlags führte ein Vertreter Klage über das in Giebichenstein, Kröllwitz und Trotha zum Verbrauch gelangende Leitungswasser. Darauf erklärte Stadtkaurat Lammers, die Mängel des Giebichensteiner Wassers seien bekannt; der Magistrat verfolge deshalb den Plan, das ganze Stadtgebiet einschließlich der Vororte mit dem besseren Beesener Wasser zu versorgen.

*

Zuerst werden **kleinere Vorlagen** debattelos genehmigt. Die Grundsätze für Nachbewilligungen werden nach einem Abänderungsvorschlag des Haushaltsausschusses, mit dem sich der Magistrat einverstanden erklärt hat, genehmigt. Danach braucht der Magistrat die Genehmigung zur Ueberschreitung von Etatspositionen nicht im Laufe des Rechnungsjahres, sondern erst bei Feststellung der Jahresrechnung, beim Finalabschluß, einholen, wenn die Ueberschreitung zur Erfüllung einer gesetzlichen, statutarischen oder Vertragspflicht, oder zur ordnungsmäßigen Fortführung der Verwaltungsgeschäfte geboten ist und wenn sie nicht zehn Prozent der Etatspositionen und zugleich nicht den Betrag von 5000 Mk. übersteigt. Angenommen werden ferner die Vorlagen auf Landerwerb an der Breiten- und Talstraße, auf Landeneignung an der Brunnenstraße, auf Verkauf einer Baustelle an der Staudestraße an Prof. Dr. Denker um den Preis von 17 000 Mk.

Die Fortsetzung der Etatsberatung begann beim Kapitel

Gaswerke.

Stadtv. Brehmer trug lediglich die Hauptzahlen vor, stellte den Antrag auf Genehmigung des Etats und schlug vor, die Ausgabeposition für Kohlenankauf um 68 000 Mk. niedriger einzusetzen, da der Kohlenbedarf zu einem niedrigeren Preise — 19 Mk. für die Tonne statt 22,50 Mk. — eingedeckt werden konnte.

Stadtv. Hüllemann: Mit dem Etat des Gaswerkes hat es seine eigene Bewandtnis. Nach genauen Nachprüfungen unter Berücksichtigung der drei letzten Abschlüsse, bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß die zu erwartende Mehrabgabe von Gas viel zu gering eingeschätzt worden ist, die Ausgaben aber viel zu hoch. Statt 584 000 Mk. Gewinn müßten eingestellt werden 744 000 Mk. (Bürgermeister von Holly lacht anhaltend). Ich beantrage, den Etat des Gaswerkes an den Haushaltsausschuß zurückzuverweisen zur nochmaligen gewissenhaften Beratung.

Stadtrat Greßler: Die Kohlen haben wir allerdings billiger eingekauft, als bei der Etatsfestsetzung erwartet werden konnte. Die Ausgaben dürften deshalb um den Betrag von 49 456 Mk. gekürzt werden. Aber sonst müßten uns die verschiedenen, kürzlich beschlossenen Neuerungen, Einheitspreis und Automaten, veranlassen, bei Aufstellung des Etats besonders vorsichtig zu sein.

Bürgermeister von Holly: Auf Hoffnungen allein kann man einen Haushaltsplan nicht aufbauen. Bisher haben wir in die Etatsvoranschläge nur die sicheren Einnahmen eingestellt. Dieser Grundsatz wird sogar von Leuten gebilligt, die mehr Finanzkunst besitzen als ich. Nach Art des Herrn Hüllemann könnte man allerdings soviel Einnahmen zurechnen und Ausgaben abstreichen, daß noch mehr als zehn Prozent Steuern erspart werden können.

Stadtv. **Emmer**: Es ist gut, daß heute nachgeholt wird, was wir in den letzten Sitzungen versäumten, eine allgemeine Finanzdebatte. Man muß einigermaßen erstaunt sein darüber, daß der zu hohe Ausgabevolten für Kohlenankauf im Etatsausschuß nicht berichtigt worden ist. Da das nicht geschehen, müssen wir heute dazu übergehen, Abstriche zu machen. Für die Finanzpolitik des Magistrats ist charakteristisch, daß Bürgermeister v. Holly meinte, die Mehreinnahmen kriegen wir als Ueberschüsse im nächsten Jahr und daß er 40—50 000 Mk. Ersparnis für Kohle, einen Betrag, der 2 Prozent der Steuern ausmacht, mit einer Handbewegung abtut. Wenn solche Abstriche möglich sind, weshalb hat man da überhaupt eine zehnprozentige Erhöhung des Steuerzuschlages vorgeschlagen? Und warum, so frage ich weiter, bekommen wir die Finanzübersicht für die neun Monate des laufenden Etatsjahres nicht, die wir nach einem Vorschlag des Haushaltsausschusses vom Magistrat gewünscht haben? Es ist mir unverständlich, wie unsere Verwaltung ihre Finanzpolitik noch immer nach dem alten verderblichen System der Pfusmacherei festsetzen kann? Da wird die Bürgerschaft geschröpft und hinterher brüstet man sich mit den großen Ueberschüssen — ein unhaltbarer Zustand. Freilich, mit Hilfe der großen Ueberschüsse lassen sich Gebührenerhöhungen für die Herrschaften da oben leichter durchdrücken. Aber man sollte doch auch daran denken, wie schwer es gerade in dieser teuren Zeit den Arbeitern und den Angehörigen des Mittelstandes fällt, mehr Steuern zu bezahlen. Mit dem falschen System muß endlich gebrochen werden, und deshalb unterstützen wir den Antrag Hüllemann auf Zurückverweisung. Schließlich möchte ich bei dieser Gelegenheit noch fragen: Wie steht's eigentlich mit den Arbeiterausschüssen. Vor Wochen haben wir hier in größter Einmütigkeit den Beschluß zugunsten der Arbeiterausschüsse gefaßt, aber man hört doch noch nichts davon, daß die Ausschüsse in den gewerblichen Werken nun gebildet worden wären.

Bürgermeister von Holly: Wenn wir dem Antrag Hüllemann entsprechen, bereichern wir uns auf Kosten der Zukunft und wir arbeiten unwirtschaftlich. Herr Emmer sprach von den Herren da oben. Ich glaube, die haben ein viel gerechteres Gefühl für die Arbeiter, als die Leute, die sich als ihre Vertreter aufspielen. Und dann ist doch die Steuerfrage für sie etwas gleichgültig, weil sie meist nur 10 Mk. im Durchschnitt bezahlen, das ergibt bei 10 Proz. Erhöhung 1 Mk. Zuschlag oder 25 Pfg. pro Vierteljahr mehr. Und das ist doch wenig gegenüber den Summen, wozu die Führer der Sozialdemokraten, Herr Emmer und Konsorten, ihre Anhänger verpflichten. Bravo bei den erstklassigen Stadtverordneten).

Vorsitzender Dr. Lembier: Der Herr Bürgermeister hat von Herrn Emmer und Konsorten gesprochen. Ich nehme an, daß er das Wort Konsorten wie Kollegen gebraucht hat.

Stadtv. Grecke: Das Gaswerk hat an die Installateure eine Verfügung erlassen, die die Gewerbefreiheit vollkommen auf den Kopf stellt. Hat denn da die Stadtverordnetenversammlung nicht mitzureden? Wie kommt die Verwaltung eines städtischen Werkes dazu, von den Handwerkern den Befähigungsnachweis zu verlangen? Man hat auch vertraulich eingeholte Angaben der Installateure mißbraucht durch Preisunterbietung. Wenn wir wieder zur Wahl kommen, werden Sie schon spüren, was es heißt, über die Wünsche des Handwerks zur Tagesordnung überzugehen. Das werden auch die Herren Beamten merken. Die Automatenanlagen . . .

Vorsitzender Dr. Lembier (unterbrechend): Herr Grecke, das ist eine festbeschlossene Sache, darüber zu reden dürfte sich doch nicht empfehlen.

Stadtv. Grecke (fortfahrend): Ich denke, bei der Etatsberatung muß man seinem Herzen ordentlich und über alles Luft machen können. (Zustimmung.) In dem Bericht des Gaswerks für 1912 ist auch von der Gasausstellung die Rede, dabei wird aber mit keinem Wort das Handwerk erwähnt, das große Opfer gebracht hat. Vor weiterer Kommunalisierung der gewerblichen Arbeit muß ich entschieden warnen. Der Mittelstand muß erhalten bleiben, schon als Balance gegen andere niederziehende Elemente.

Stadtrat Greßler: Die Verhandlungen des Gaswerks mit den Installateuren waren vollkommen friedlich. Wenn wir für die Zulassung zur Installierung städtischer Arbeiten besonders tüchtige Handwerker aussuchen und Pfuscher fernhalten, handeln wir im Interesse der Stadt und auch der soliden tüchtigen Handwerker. In den neun Monaten des laufenden Jahres war die Gasabgabe gegen das Vorjahr um 406 000 Kubikmeter, also rund um 3 bis 4 Proz. höher. Und wenn wir 71 000 Mk. Mehreinnahme für Gas eingesetzt haben, wird das durchaus zutreffend sein.

Stadtv. **Emmer**: Was Herr Grecke in Aussicht stellte als Revanche der Handwerker gegen den Magistrat wegen dessen Eingriffe in die Gewerbefreiheit, daß die Handwerker bei der nächsten Wahl sozialdemokratisch stimmen würden, war recht erfreulich zu hören. Die Angaben des Herrn von Holly über die Steuern der Arbeiter dürften doch nicht zutreffend sein. Es gibt eine ganze Reihe von Arbeitern, die zwei- bis dreitausend Mark verdienen und diesen Betrag auf Heller und Pfennig versteuern, die also mit 25 Pfg. Erhöhung nicht davonkommen werden. Aber die Steuererhöhung trifft den Arbeiter genau so hart, wenn nicht noch härter, wie den Kommerzienrat. Herr von Holly sprach von den Pflichten der Arbeiter gegenüber ihren Führern. Er meinte damit wohl die Gewerkschaftsbeiträge. Er sollte aber doch wissen, daß die Gewerkschaften Beiträge erheben, um Arbeitslose, Kranke und Invalide zu unterstützen — allerdings auch zur Führung des Kampfes für wirtschaftliche Besserstellung. Damit machen die Arbeiter nichts anderes, als die Bürgermeister in ihrem Bürgermeisterverein, der ihnen höhere Pensionen verschaffen soll. Herr von Holly, Sie finden Beifall, wenn Sie uns eins auswischen. Wir aber empfinden das als Verhöhnung der Gewerkschaften, denen Sie dankbar sein müßten für die soziale Tätigkeit, die den Städten ungeheure Summen an Armenunterstützung ersparen, die den Städten schwere Pflichten abnehmen. Im Sozialen Ausschuß habe ich vor einigen Tagen vorgetragen, was allein die Hallischen Gewerkschaften an Unterstützungen verausgabten. Mehr als hunderttausend Mark zahlten sie im verflossenen Jahre an Arbeitslose, mehr als zweihunderttausend Mark verausgabten sie insgesamt für Unterstützungen. Vor solchen Leistungen müßte jedermann Achtung haben, und auch Sie, Herr von Holly, sollten gegen uns anders operieren, als mit solchen Mätzchen.

Stadtv. Grecke: Herr Emmer glaubte, aus meinen Worten schließen zu können, die Handwerker würden mit fliegenden Fahnen nach der roten Seite hinmarschieren. Diese Hoffnung braucht er sich nicht zu machen.

Die Rednerliste ist erschöpft. Bei der Abstimmung wird der **Antrag Hüllemann auf Zurückverweisung des Gaswerk-Etats an den Haushaltsausschuß zur nochmaligen Prüfung mit beträchtlicher Mehrheit angenommen.**

Beim Kapitel

Städtische Straßenbahn

schlägt der Referent, Stadtv. Frost, vor, die Fahrgeldeinnahmen aus der neuen Linie nach Büschdorf 20 000 Mk. geringer zu veranschlagen.

Bürgermeister v. Holly: Der Antrag ist mir sympathisch; es wäre mir schon recht, wenn so beschlossen würde.

Stadtv. Hoë: Ich stelle den Antrag, erlaube mir aber die Anfrage, wie es mit der Sicherung des Verkehrs an der Mohr-Ecke in Giebichenstein steht.

Stadtv. **Gröbel** begründet den Antrag, im Interesse der Arbeiter und Angestellten die Fünfpfennig-Fahrscheine neben den Morgenstunden auch in den Abendstunden gelten zu lassen. Der heutige Zustand muß als Härte empfunden werden. Ein Spaziergang tut ja ganz gut, aber wenn er von schwerer Arbeit in der Fabrik ermüdet ist, möchte der Arbeiter doch gern möglichst schnell zu Hause sein. Die Anfrage meines Freundes Emmer nach dem Schicksal unseres Beschlusses zugunsten der Arbeiterausschüsse ist vermutlich am Magistratstische nicht verstanden worden, denn sie wurde nicht beantwortet. Deshalb wiederhole ich diese Anfrage: Werden für die städtischen Betriebe bald Arbeiterausschüsse gebildet?

Bürgermeister v. Holly: In der Frage der Arbeits-Ausschüsse sind die Kuratorien von uns befragt worden. In einiger Zeit werden wir Ihnen das Ergebnis mitteilen können. Was die Fünfpfennigfahrscheine betrifft, so sind sie bis 8 Uhr morgens für jedermann da; eine Ausdehnung der Benutzung auf die Abendstunden ist auch nur die Arbeiter nicht möglich. Abends sind ja die Wagen auch immer voll. Auf der neuen Linie ist vielleicht die Einlegung von Sonderwagen zur Beförderung von Arbeitern möglich, aber Ausnahmepreise sind hierbei nicht zu erwarten. Die Arbeiter müssen da schon die Fahrscheine zu 8½ Pf. benutzen.

Stadtv. **Osterburg** regt die Ausgabe von besonders preiswerten Arbeiterfahrkarten an. Man müsse bedenken, daß Halle 10 Kilometer weit ausgedehnt ist und daß andere Bahnen so verfahren sind, wie beantragt worden. In den Etat sind 950 Mk. Einnahmen aus Strafgeldern und dem Erlös bei der Versteigerung von Fundsachen eingesetzt. Das ist im Verhältnis zu der kleinen Zahl der beschäftigten Personen ein hoher Betrag. Wer soll denn da bestraft werden? Den Leuten mit der großen Verantwortung und dem bescheidenen Verdienst sollte man das Leben nicht mit Strafen erschweren!

Bürgermeister von Holly entgegnet, seit er Dezernent für die Straßenbahn sei, würden sehr wenig Strafen verhängt. Die 950 Mark wären ein aus Strafen und Versteigerungsbeträgen angesammelter Fonds.

Stadtv. Hüllemann: Erstaunliches haben wir vernommen. Ein Stadtverordneter verlangt, daß die Einnahmen um 20 000 Mark gegen den Magistratsantrag niedriger eingesetzt werden sollen. Sofort akzeptiert der Magistratsdezernent diesen Vorschlag. Herr von Holly scheint als Finanzminister doch nicht so fest zu sein, wie er sein müßte. (Heiterkeit.)

Bei der Abstimmung, die die Feststellung des Etats ergibt, wird der Antrag, die Fahrgeldeinnahme um 20 000 Mk. geringer einzustellen, abgelehnt; für den Antrag Gröbel stimmen nur die Sozialdemokraten.

Stadtv. Zell referiert darauf zum Etatskapitel:

Wasserwerke.

Er empfiehlt, 300 Mk. Reisekosten zu streichen und befürwortet die Einführung der kaufmännischen Buchführung. Auch die Abschreibungspolitik kritisiert er.

Stadtv. Hüllemann: Der Etat des Wasserwerkes hat die gleichen Schönheitsfehler: übertrieben hoch veranschlagte Ausgaben, viel zu gering geschätzte Einnahmen. Ich beantrage, ihn ebenfalls zur nochmaligen Beratung zurückzuverweisen.

Stadtv. Horstmann führt Beschwerde über das Giebichensteiner Wasser und fragt, ob es nicht möglich wäre, die nördlichen Vororte mit Beesener Wasser zu versorgen.

Stadtbaurat Lammers gibt zu, daß das Giebichensteiner Wasser sehr zu wünschen übrig läßt und es wurde deshalb auch schon der Plan erwogen, die ganze Stadt einschließlich der Vororte mit Beesener Wasser zu speisen.

Bei der Abstimmung wird der **Antrag Hüllemann** auf Zurückverweisung des Etats gegen 16 Stimmen **abgelehnt**. Der Etat ist damit genehmigt.

Schon 3/4 8 Uhr tritt Schluß der öffentlichen Verhandlungen ein. Es folgen vertrauliche.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 10. Februar 1914.

Auf zur Parteiversammlung!

Am nächsten Donnerstag findet nach längerer Pause wieder eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis statt.

Auf Grund eines aus Mitgliederkreisen geäußerten Wunsches wird in der Versammlung das hoch aktuelle Thema „Kirche und Sozialdemokratie" zur Debatte stehen. Als Referent ist der parteigenössische Schriftsteller Emil Unger-Berlin gewonnen worden.

Man darf angesichts des Referats und der zu erwartenden regen Diskussion und im Hinblick auf die weiter zur Verhandlung stehenden organisatorischen Fragen wohl einen recht starken Besuch der Versammlung durch die Mitglieder erwarten.

Tätigkeit des Gewerbegerichts Halle im Jahre 1913

Beim Gewerbegericht der Stadt Halle wurden im Jahre 1913 zusammen 543 Klagen angebracht. Dazu kamen noch 20 aus dem Vorjahr vorhandene, so daß insgesamt 563 Klagen zu verhandeln waren. Im Jahre 1912 waren dies 607, so daß eine kleine Verminderung eingetreten ist. Von den im Jahre 1913 anhängig gemachten Klagen kamen nur 20 von Unternehmern. Alle anderen waren von Arbeitern gegen Arbeitgeber eingereicht. Zur Erledigung der Streitsachen fanden statt 53 Termine ohne Beisitzer (Sühnetermine), und 37 mit Zuziehung der Beisitzer aus dem Stande der Arbeiter und Unternehmer. Die Zahl der Termine ohne Beisitzer hat zugenommen, die mit den Beisitzern hat gegenüber dem Vorjahr um 13 abgenommen. Eigentlich keine erfreuliche Entwicklung. In der Regel finden die Sühnetermine Donnerstags, die Schiedsgerichtstage Dienstags statt.

Es wurden von sämtlichen Streitsachen erledigt durch Verzicht oder Anerkennung 96, durch endgültiges Urteil 130 (davon 96 unter Zuziehung der Beisitzer), durch Vergleich 170 und auf andere Weise 98.

Beim Kaufmannsgericht waren eingerechnet der 14 aus dem Vorjahr übernommenen Fälle, zusammen 240 Sachen zu erledigen. Von diesen Klagen waren 17 von selbständigen Kaufleuten, die übrigen von Gehilfen eingereicht. Das Gericht hielt etwa 20 Sitzungen unter Zuziehung der Beisitzer ab.

Das Schiedsgericht der Bauinnung hielt 3, das der Fleischerinnung 1 Sitzung ab. Diese beiden Innungsschiedsgerichte werden mit von dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts verwaltet. — Die für die letzten Jahre festzustellende geringe Abnahme der Streitfälle ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß das Gericht versucht, Streitfälle vorher gütlich durch telephonische Aussprache mit den Unternehmern usw. zu erledigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140211-17/fragment/page=0006

Eine städtische Steuer auf Graddenkmäler?

Wie man hört, wird von der städtischen Verwaltung gegenwärtig eine neue Friedhofsordnung ausgearbeitet, die mit einem Tarif zugleich in Kraft treten soll, nach dem bei der Auffstellung von Denkmälern, die reicher ausgestaltet sind, eine einmalige Gebühr erhoben wird. Der städtischen Verwaltung ist, so heißt es weiter, dabei weniger der materielle Effekt ausschlaggebend, als vielmehr die Bekämpfung eines überschwenglichen Protzentums, das sich nach Ansicht unserer Friedhofsverwaltung immer mehr auf den Hallischen Begräbnisplätzen breit zu machen beginnt. Eine ähnliche Gebühr besteht bereits an vielen Orten. Sie wird in der einen Stadt nach der Größe des Denkmals, in der anderen nach der Höhe, in einer dritten nach dem Material erhoben. Bei uns soll der Preis des Denkmals entscheidend sein. Liegende Steine und kleinere Denkmäler will man ganz freilassen.

Einer solchen Gebühr können wir mit dem besten Willen nicht sympathisch gegenüberstehen. Braucht die Stadt Geld, dann mag sie die laufenden Steuerquellen ertragreicher gestalten; will ihre Verwaltung aber Denkmalsprotzerei auf den Friedhöfen bekämpfen, dann soll sie auf eine Verfeinerung des künstlerischen Geschmacks im Publikum hinarbeiten.

Zudem wird die Festsetzung der Steuer nach dem Wert des Denkmals sicher zu Unzuträglichkeiten führen und man wird damit vielleicht die künstlerisch einwandfreien Grabmäler besonders oft treffen. Denn nicht immer ist das wahrhaft Künstlerische zugleich auch billig.

Auch aus den Kreisen des Handwerks wird bereits Protest gegen die geplante Steuer auf Graddenkmäler erhoben. Die Vereinigung der Steinbildhauer hat eine Eingabe an die städtischen Behörden gerichtet, in der sie ersucht, von dieser Besteuerung doch absehen zu wollen, da sie ihr Gewerbe schwer schädigen würde.

---

* **Von einem schweren Verlust** ist unser Redaktions-Kollege Hennig betroffen worden. Heute mittag um 12 Uhr ist ihm seine treusorgende Lebensgefährtin, die Mutter seiner beiden Kinder, im 40. Lebensjahre durch den Tod entrissen worden. Unter tieftragischen Umständen ist sie verschieden. Genossin Hennig, die guter Hoffnung war, wurde in den letzten Tagen der vergangenen Woche von einer Lungenentzündung befallen, die so heftige Fieberanfälle im Gefolge hatte, daß die Entbindung vorzeitig eintrat. Dadurch verschlimmerte sich das Brustleiden so sehr, daß die Aerzte seiner nicht Herr werden konnten und der Tod eintrat. Der Verlust trifft unsern Freund um so härter, als er mit dem zu erwartenden Kindchen eine neue Befruchtung seines überaus glücklichen Familienlebens erhoffte. Schmerzgebeugt steht er mit seinen Kindern nun an der Bahre. Des tiefsten, herzlichsten Mitgefühls, nicht nur seiner Kollegen und Freunde, sondern der gesamten Parteigenossenschaft, darf Genosse Hennig sich versichert halten.

* **Stadttheater.** Heute abend einmalige Aufführung von Goethes Iphigenie. Schülerkarten an der Tages- und Abendkasse. Morgen, Mittwoch, erste Festspiel-Aufführung Parsifal. Beginn nachmittags 6 Uhr (bei vollständig aufgehobenem Abonnement). Der Beginn eines jeden Aktes wird durch drei kurz hintereinander folgende Fanfaren angezeigt. Das Publikum wird gebeten, schon bei der ersten Fanfare die Plätze einzunehmen. Bezüglich des Restaurationsbetriebes in den Pausen ist noch nachzutragen, daß für die Festspielabende das Theater-Restaurant, dessen Bewirtschaftung Herr Dietrich, Metropol-Hotel, führt, durch Hinzunahme der Probebühne vergrößert worden ist. Donnerstag zum 12. Male Wie einst im Mai. Freitag Der fliegende Holländer. Sonnabend Zopf und Schwert (Schülerkarten an der Tages- und Abendkasse). Sonntag, vormittags 11½ Uhr 9. Volksvorstellung Der lebende Leichnam. Nachmittags 5 Uhr zweite Festspiel-Aufführung bei vollständig aufgehobenem Abonnement Parsifal.

* **Zur Volksvorstellung im Stadttheater** am Sonntag, den 15. Februar, sind Eintrittskarten im Arbeitersekretariat bis Mittwoch abend erhältlich. Zur Aufführung kommt: Der lebende Leichnam, Schauspiel von L. Tolstoi, ein Dichtwerk, das überall das größte Interesse fand und das am Hallischen Stadttheater besonders wirksam wiedergegeben wurde.

* **Eine vierte Parsifal-Aufführung?** Auch die dritte Parsifal-Vorstellung im Stadttheater ist, wie berichtet wird, ausverkauft. Die Direktion plant deshalb eine weitere, eine vierte Parsifal-Festvorstellung. — Gibt das aber Geld in die Kasse der Direktion!

* **Ein Kinderausflug** findet morgen, Mittwoch, nachmittag statt. Der Abmarsch erfolgt um ½3 Uhr vom Rannischen Platz; der Weg führt an der Saale entlang zum Volkspark.

* **Warnung vor einem Schwindler.** Ein 35—40jähriger redegewandter Mann, 170 Zentimeter groß, mit blondem Haar und starkem blonden Schnurr- und Spitzbart, bekleidet mit dunkelbraunem Ueberzieher, sucht die Mitglieder des Kolonialvereins auf und sammelt Beiträge für die Veteranen der Schutztruppe. Er legt eine Liste vor, in der bereits größere Beiträge gezeichnet sind und gibt an, vom Vorsitzenden des Vereins geschickt zu sein. Da es sich um einen Schwindler handelt, wollen sich die Geschädigten bei der Kriminalpolizei, Dreihauptstraße 6, Zimmer 28, melden, dort werden auch sachdienliche Angaben über die Person des Schwindlers entgegengenommen.

* **Landung eines Doppeldeckers.** Heute vormittag ¼12 Uhr landete hier der von Leipzig kommende Doppeldecker „Büffel" infolge Motordefekts in der Nähe des neuen Nordfriedhofs.

* **Entgleister Speisewagen.** Wie erst jetzt bekannt wird, schwebte am Sonnabend der D-Zug, der 9,50 aus Berlin in Halle eintrifft und 9,54 nach Bebra—Frankfurt—Basel weiterfahren soll, in großer Gefahr. Etwa einen Kilometer vor Halle sprang der Speisewagen beim Durchfahren einer Kurve aus den Schienen und der hinter dem Wagen laufende Teil des Zuges fuhr auf den Speisewagen auf. Der dem Speisewagen folgende Wagen hatte sich bereits ein Stück in diesen hineingeschoben, als der Zug zum Stehen kam. Durch die Geistesgegenwart des Pikkolo, der die Notbremse zog, war ein unabsehbares Unglück verhütet worden. Der Speisewagen mußte ausrangiert werden, wodurch eine halbstündige Verspätung entstand.

* **Rechtzeitig entdecktes Feuer.** Der Oberwächter Nr. 22 der Wach- und Schließgesellschaft bemerkte gestern abend gegen 10½ Uhr, daß aus dem Bodenfenster eines in der Röterstraße gelegenen Hauses dichter Rauch herausdrang. Er weckte die Hausbewohner, welche den Boden aufschlossen. Hier waren auf unaufgeklärter Weise der Inhalt einer Holzkiste, eines Waschkorbes und ein Haufen Säcke in Brand geraten. Mit Hilfe der Hausbewohner konnte das Feuer selbst gelöscht werden.

* **Unfälle.** Ein Wagen der Stadtbahn Halle fuhr in der Trotzaer Straße auf ein Kraftfahrzeug auf. Hierdurch wurde das hintere Kennzeichen des Kraftwagens zertrümmert und der Benzinbehälter beschädigt. Der Stadtbahnwagen erlitt keinen Schaden. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. — In der Leipziger Straße wurde ein Schulknabe von einem Kraftwagen erfaßt und zur Seite geschleudert. Er wurde anscheinend nicht verletzt und entfernte sich unerkannt. Die Schuld soll den Knaben treffen, weil er in unachtsamer Weise gegen den Wagen lief. — In einem in der Hordorfer Straße belegenen Fabriklagerraum glitt der Dreherlehrling aus und brach den linken Arm. Der Verletzte wurde mit dem städtischen Krankenwagen der Kgl. Klinik zugeführt.

* **Das Kaiser-Panorama** (Gr. Ulrichstr. 4/5) veranstaltet diese Woche für seine Besucher eine Alpenreise. In einer interessanten Wanderung am Semmering im Sommer werden uns hier die Schönheiten des gewaltigsten Gebirgsstocks Mitteleuropas in wunderbarer Plastik, Naturwahrheit und Farbenpracht vor Augen geführt. Nächste Woche: Mittenwald-Bahn.

Lieskau. Der Alkohol. Am letzten Sonntag nachmittag hatten sich die beim Gutsbesitzer Knaut in den Tongruben beschäftigten Polen betrunken und sind dann in Streit geraten. Es kam zu einer Schlägerei, wobei wie immer vom Messer und Revolver Gebrauch gemacht wurde. Zwei jüngere Polen haben einen ihrer Landsleute derartig mit Messerstichen und Schüssen zugerichtet, daß er kaum mit dem Leben davonkommen wird. Die beiden Uebeltäter wurden Montag nachmittag vom Nietleber Gendarmen verhaftet.

Zwintschöna. Gerettet. Dem Lagerhalter Franz Krause gelang es Montag nachmittag, den 3jährigen Sohn des Telegraphenarbeiters Sander vom Tode des Ertrinkens zu retten. Der Kleine war in eine offene Stelle des hiesigen Schlammteiches geraten. Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg gekrönt.

Aus der Provinz

Bezirksführerkonferenz des Wahlkreises Torgau-Liebenwerda.

Am Sonntag fand in Torgau eine vom Kreisvorstand einberufene Konferenz der Bezirksführer statt. Ueber Organisation und Agitation sprach der Vorsitzende Genosse Naumann, der die verschiedenen Arten der Agitation behandelte. Die beste Werbearbeit sei in den ländlichen Ortschaften die mündliche unter Anpassung der Verhältnisse. Die Kleinarbeit muß zunächst geleistet werden, wollen wir größere Erfolge erzielen. Die wichtigste Aufgabe aller Bezirke sei, Verbindungen mit den Orten anzuknüpfen, wo wir bei der letzten Reichstagswahl eine beträchtliche Stimmenzahl erzielt haben. Mit „großen" Versammlungen sucht der Bund der Landwirte gegenwärtig die Wähler für sich zu gewinnen, auch der Handwerkerbund wetteifert um die Gunst der Wähler. Mit Hilfe der vielen Kriegervereine, deren Zahl im Kreise Liebenwerda 69 mit 4529 Mitgliedern beträgt, ist es sehr leicht, die Arbeiter dort von der Partei fernzuhalten, wo wir noch keinen Stützpunkt haben. Hier müßten die Bezirke mit Hilfe der Kreisleitung eingreifen. Nachdem Genosse Neumann noch ermahnte, mit Hilfe der Arbeitersportvereine die Lokalfrage stets im Auge zu behalten, ersuchte er, die „rote Woche" im März zur Werbearbeit kräftig auszunutzen, damit für Partei und Presse der Erfolg ein guter sei.

Durch Beschluß des letzten Kreistages ist eine für ländliche Orte bestimmte Bibliothek geschaffen, worüber Genosse Wendt der Konferenz die Einrichtung und Regelung klarlegte. Er sprach sich dafür aus, die Bibliothek zugleich in mehreren Orten anzulegen und zur Auswechslung zu bringen. Zu diesem Zwecke soll die Bibliothek vom Kreisvorstand noch bedeutend vergrößert werden. Ein Genosse aus dem Orte, wo der Anfang gemacht ist, sprach sich sehr befriedigt darüber aus. Die Bücher, hauptsächlich die Jugendbücher, finden große Aufmerksamkeit. Es wurde gewünscht, daß die im Kreise bereits vorhandenen Gewerkschaftsbibliotheken allen Orten zugänglich gemacht würden, um so der Allgemeinheit zu dienen. Der Kreisvorstand wurde nach längerer Aussprache beauftragt, ein Regulativ auszuarbeiten, um eine bessere Regelung unter Berücksichtigung aller kleinen Orte zu ermöglichen." Beschlossen wurde, die noch zu beschaffenden Bücher in mehrere Posten zu teilen und jeden Posten 1 Jahr am Orte zu belassen.

Ueber die Gemeinderatswahlen und deren Vorbereitung sprach Genosse Mengel. Er betonte, daß es Pflicht der Parteigenossen sei, überall Kandidaten aufzustellen, wo sich die Gelegenheit biete. Die Macht der Reaktion hat ihre festen Wurzeln in der Gemeinde und der erbärmlichen Dreiklassenwahl und müssen wir versuchen, auch hier den Gegner anzufassen. Die Diskussion brachte eine erkenntnisliche Fülle der Rechtsbegriffe von Gemeindevorständen zutage. Besonders die Einsichtnahme in die Listen bildet den Gegenstand fortgesetzter Klagen. Es wurde gewünscht, daß die Bibliothek auch auf diesem Gebiete den ländlichen Genossen Material bieten solle. Die Referentenfrage wurde noch erledigt und beschlossen, daß alle Referenten durch die Kreisleitung bestellt werden sollen. Klagen über das Verhalten einiger Radfahrervereine in der Lokalfrage wurden laut. Mit einer eindringlichen Mahnung an die Bezirksführer für die Ideen der Partei und deren Verbreitung kräftig zu arbeiten und die „rote Woche" gut vorbereiten, schloß der Vorsitzende die Konferenz.

Nach zwanzigjähriger Ausbeutung „lästig"

Als lästige Ausländer aus dem preußischen Staatsgebiet ausgewiesen wurde dieser Tage das Ehepaar Sacher aus Neußen, Kreis Weißenfels. Sacher, ein geborener Oesterreicher, wohnte bereits über zwanzig Jahre in dem Orte, hat während dieser langen Zeit seine Verpflichtungen als Steuerzahler stets erfüllt, er hat regelmäßig gearbeitet, ist niemandem etwas schuldig geblieben und hat sich auch an keinen umstürzlerischen Bestrebungen beteiligt. Nun bekam aber Sacher vor längerer Zeit ein krankes Bein. Er behauptet, daß es die Folge eines Unfalles sei, was er aber nicht nachweisen konnte. Nach 26 Wochen stellte natürlich die Krankenkasse die Zahlungen ein. Sacher war immer noch nicht in der Lage, seine Arbeit wieder aufzunehmen und wird auch in Zukunft nur noch sitzend arbeiten können. Er wäre also samt seiner Frau der Gemeinde zur Last gefallen.

Die Gemeinde wird von dieser drückenden Last befreit werden; der Mann ist ja „gottseidank" Oesterreicher! Er hat zwar über zwanzig Jahre in Deutschland seine Arbeitskraft geopfert, ist dabei hoch in die Fünfzig gekommen und in seiner Heimat ein Stockfremder geworden, aber er ist eben Oesterreicher geblieben und kann nun sehen, wer drüben bleibt. Wahrscheinlich wird er drüben bald „nützende" Beschäftigung bekommen, entweder als Armenhäusler oder im Gefängnis. In unserer Sozialpolitik muß nun einmal ein Stillstand eintreten," sagen jetzt Regierungs- und „Volks"vertreter. Sehr richtig! Sonst könnten wir womöglich noch verlangen, daß auch jene armen Ausländer unserer Fürsorge teilhaftig werden, die ein Menschenalter hindurch ihre Arbeitskraft in Deutschland verbraucht haben.

Bitterfeld. Die Stelle des Bürgermeisters, die vom 1. Oktober dieses Jahres infolge Pensionierung des bisherigen Stadtoberhauptes neu zu besetzen ist, ist jetzt ausgeschrieben. Das Anfangsgehalt beträgt 6000 Mk. steigend von 3 zu 3 Jahren um je 1000 Mk. bis zum Höchstgehalt von 9000 Mark und außerdem wird gewährt nach Wahl 1000 Mk. pensionsfähige Mietsentschädigung oder Wohnung in dem städtischen Grundstück Lindenstraße 13. Der Inhaber hat die Geschäfte des Amtsanwalts, Deichhauptmanns und der Städtefeuersozietät zu übernehmen. Zugelassen sind Bewerber welche die Befähigung zum höheren Justiz- oder Verwaltungsdienst besitzen. Hoffentlich wird man den richtigen Mann für unser aufblühendes Kommunalwesen finden.

Wolfen. Vom Lokalkampf. Es ist in letzter Zeit mehrmals vorgekommen, daß organisierten Arbeitern der Beschluß des Lokalkampfes nicht mehr erinnerlich war. Ein nochmaliges Gesuch um Freigabe des Lokals bei Herrn Bröse wurde abgewiesen. Die organisierte Arbeiterschaft von Wolfen und Umgebung wird ersucht, Herrn Bröse durch ihren Besuch nicht zu belästigen. Sollte der einmütige Beschluß der beteiligten Gewerkschaften durch disziplinwidriges Verhalten einzelner Kollegen durchbrochen werden, so wird man bei nächster Gelegenheit einmal Rücksicht nehmen müssen. Sind doch in letzter Zeit auf der Film- und Anilinfabrik Strafen und verschlechterte Lohnzahlungen eingeführt worden. Auch durch das rigoriose Vorgehen einzelner Beamten auf Gruben und Baggern, sowie durch die große Arbeitslosigkeit sind bedeutende Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse eingeführt. Hier helfen keine Lichtbilder und sonstige Vorträge in gelben Werkvereinen, sondern Erringung von Lokalen für die organisierten Arbeiter, damit diese jämmerlichen Arbeitsverhältnisse besprochen und abgeschafft werden können.

Eilenburg. Gewerkschaftskartell. Die Stellungnahme zu den Wahlen der Besitzer zum Versicherungsamt, so lautete das Thema, welches Genosse Daniel, Bezirkssekretär in Merseburg, in der am Freitag stattgefundenen Kartellsitzung behandelte. Die Ausführungen verdienen die Beachtung der organisierten Arbeiterschaft. Einleitend führte Redner aus, daß sämtliche späteren Wahlen zu den Versicherungsämtern aus den Vertreterwahlen zur Krankenkasse hervorgehen. Die gewählten Vertreter wählen den Vorstand, der Vorstand die Besitzer zum Versicherungsamt, die Besitzer der 22 Versicherungsämter im Regierungsbezirk Merseburg wählen dann die Besitzer zum Oberversicherungsamt, und, so gesiebt, wählen letztere dann die Besitzer zum Reichsversicherungsamt und zu den Landesversicherungsanstalten. Zunächst kommen für uns die Wahlen der Besitzer zum örtlichen Versicherungsamte in Betracht. Jedes Vorstandsmitglied hat z. B. in Eilenburg ca. 400 Stimmen, hieraus ist wohl ersichtlich, daß kein Vorstandsmitglied bei der Wahl fehlen darf. Zu wählen sind 12 Besitzer, davon muß die Hälfte aus Arbeitgebern und die andere Hälfte aus Arbeitnehmern bestehen und außerdem müssen ebensoviel Ersatzmänner gewählt werden. Ein Drittel von den zu Wählenden muß auch gegen Unfall versichert sein. Ein Drittel müssen ihren Wohnort am Versicherungsamte haben. Ein Vorteil für den Versicherten ist, daß er auf seinen Antrag persönlich beim örtlichen Versicherungsamte gehört werden muß. Das Versicherungsamt beurteilt den Fall und es kommt hier logischerweise auf die Zusammensetzung der Vertreter an. Wird schon hier der Verletzte ungünstigst begutachtet, so kann er beim Oberversicherungsamte erst recht nicht auf günstigere Begutachtung rechnen. Unweigerlich ist der Versicherte dem ärztlichen Gutachten preisgegeben, jedoch hat der Versicherungsvertreter das Recht, das Urteil beim richtigen Namen zu nennen, wofür ein anderer schließlich bestraft würde. Aus alledem geht wohl zur Genüge hervor, daß wir einen großen Wert darauf legen müssen, Leute mit sozialem Verständnis als Besitzer zu bekommen, welche dann später auch genügend Rückgrat besitzen, auch wieder solche Leute in das Oberversicherungsamt zu wählen. Für die Besitzer an den Versicherungsämtern muß eine Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst bezahlt werden, ih der Regel 2,50 Mk. für den halben und 5 Mk. für den ganzen Tag. Von den einzelnen Gewerkschaften wurden jedoch die Vorschläge dem Kartellvorstand unterbreitet. — Sodann erstattete Genosse Wiewald den Bericht über die Tätigkeit des Auskunftsbureaus, der eine außerordentliche Steigerung der Auskunftserteilungen feststellt, ein Beweis dafür, daß man dem Institut der organisierten Arbeiterschaft immer mehr Vertrauen entgegenbringt. Sogar aus der Umgebung, wie: Cospa, Pressen, Naundorf, Schildau, Mensdorf, Langenreichenbach, Torgau, Krippehne, Selben, Dögnitz, Koberschein, Dorberschitz, Strelln, Bötzen, Jesewitz, Wedelwitz, Paschwitz, Möltzitz, Colmen, Wölkau, Schelmitz Crostitz kamen Auskunftsuchende. Insgesamt wurden 439 Auskünfte erteilt, die sich auf folgende Gebiete verteilen: Arbeiterversicherung 109, Arbeits- und Dienstvertrag 31, bürgerliches Recht 24, Strafrecht 18, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 89, Privatversicherung 7, Privatangestelltenversicherung 1, Handel und Gewerbesachen 24, Arbeiterbewegung 31, verschiedene Angelegenheiten 105. Die einzelnen Berufe sind folgendermaßen beteiligt: Fabrik- und Textilarbeiter 72, Holzarbeiter 43, Bauarbeiter 26, Metallarbeiter 18, Zimmerer, Zigarrenarbeiter, Brauereiarbeiter je 8, Steinbruchsarbeiter 7, Maler, Müller, Transportarbeiter, Dachdecker je 3, Formstecher, Buchdrucker, Barbiere, Eisenbahner je 2, Gärtner, Schuhmacher, Handelsmann je 1, ländliche Dienstboten 12, Ehefrauen 24, Witwen 20, Invaliden 6. Interessieren dürfte die Entwicklung der Auskunftserteilung seit ihrem Bestehen vom Jahre 19 1 an. Diese Statistik zeigt folgende Zahlen von 1901—1914: 88, 91, 114, 187, 157, 187, 207, 330, 312, 297, 313, 344, 314, 430 Auskunftserteilungen. Genosse Wiewald ersuchte die Vertreter der Gewerkschaften, ihre Mitglieder zu ersuchen, daß bei Angabe der Sache durch den Auskunftsuchenden streng bei der Wahrheit geblieben wird und der Verteilende nicht versucht, seine Sache zu beschönigen. Dadurch wird sehr oft das Gegenteil erreicht und dem Auskunftserteiler die Arbeit erschwert.

Als Lokal für das in diesem Jahre stattfindende Gewerkschaftsfest wurde einstimmig das Gartenlokal zur Taube bestimmt. Der Vorsitzende ersucht hierer die einzelnen Gewerkschaftsvorstände, ihm ständig das Material über Arbeitslosigkeit, ausgezahlte Unterstützungen usw. zuzustellen, um durch Zusammenstellung des Materials die Kommune auf ihre sozialen Pflichten aufmerksam zu machen.

Mansfeld. Aerztliche Beratungsstellen für Lungenkranke. Der Kreisausschuß des Mansfelder Gebirgskreises erläßt folgende Bekanntmachung: Am 1. Februar d. J. wurden an fünf Stellen des Kreises ärztliche Beratungsstellen für Lungenkranke eingerichtet. Es steht jedem Einwohner der unten bezeichneten Ortschaften frei, in den bestimmten Stunden sich über seine Lungenerkrankung oder die Gefahr des Eintritts einer solchen unentgeltlich Rat zu holen und sich eingehend untersuchen zu lassen. Besonders ist denjenigen Personen die Untersuchung der Brustorgane zu empfehlen, welche sich in unmittelbarer Umgebung von Lungenkranken befinden, damit einer schweren Erkrankung der Lunge vorgebeugt wird. Die Beratungsstellen sind eingerichtet: 1. Alterode für Alterode, Harterode, Ulzigerode, Stangerode, Braunrode, Friedrichsrode, Willerode und Sylda. Sprechstunden jeden Montag 8—9 Uhr. Dr. Schulze, Alterode. 2. Hergisdorf für Hergisdorf, Kreisfeld, Ahlsdorf und Ziegelrode. Sprechstunde jeden Montag 809 Uhr. Dr. Ruffing, Hergisdorf. 3. Klostermansfeld für Klostermansfeld. Sprechstunde Dienstag 8—9 Uhr. Dr. Fichtner, Klostermansfeld. 4. Mansfeld für Mansfeld und Leimbach. Sprechstunde Montag 8—9 Uhr. Kreisarzt Dr. Lewinsky, Mansfeld. 5. Siersleben für Siersleben und Benndorf. Sprechstunde 8—9 Uhr. Dr. Lang-Heinrich, Siersleben.

6954

Zur **Konfirmation** schwarze weiße farbige **Kleiderstoffe** zu außergewöhnlich billigen Preisen. 5% in Marken. **M. Schneider**

Leipzigerstraße 94.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140211-17/fragment/page=0007

Sangerhausen. Von der „Jugendwehr". Die Bürger unseres Städtchens haben jetzt recht oft das zweifelhafte Vergnügen, mißtönende Trompetensignale der „Jugendwehr" hören zu müssen. Gutem Vernehmen nach behagt diese Blaserei selbst sonst strammen Patrioten nicht, da sie dadurch in ihrem Mittagsschläfchen gestört werden. Dem werktätigen Bürger wird diese Soldatenspielerei höchstens ein Kopfschütteln entlocken oder gar ein mitleidiges Lächeln, während die Väter den schmuckbedeckt heimkehrenden Sprößling, selbst wenn er die Tressen hat — wohl manchmal mit einem zünftigen Donnerwetter empfangen dürften. Die „Chargierten" — und es gibt deren nicht wenige — bilden sich aber auch nicht wenig ein auf ihre Würde. So kann man ein erwachsenes Mitglied der Wehr, anscheinend Paukmann und Trompeter in einer Person, recht oft in Litewka mit Epauletten und Schleppsäbel herumlaufen sehen, sogar auf der Eisbahn. Auch Kavallerie ist vorhanden, und zwar unterscheidet sich dieselbe von der Infanterie, die nur mit Gewehren ausgerüstet ist, durch das Tragen von bunten Fähnchen. Und so manövrieren dann die Jungen auf den Feldern umher, in echter Texas-Jack-Manier hinter jedem Baum spähend, um den „Feind" zu entdecken. Es ist infolgedessen auch kein Wunder, daß Indianer- und andere Schmöker hier reißenden Absatz finden und dieses Gift von den Jungen begierig verschlungen wird. Und der Zweck des Ganzen? Die Sozialdemokratie soll damit bekämpft werden, der Seele des Knaben will man schon den Hurra-Patriotismus einimpfen. Ein zweckloses Bemühen. Wenn der in der Jugendwehr gedrillte Junge in späteren Jahren in der Fremde sich den Wind um die Nase wehen läßt und der kapitalistischen Ausbeutung verfällt, wird er endgültig das Widersinnige der Kriegsspielerei einsehen und den Hurrapatrioten Valet sagen. Der einzige Vorteil für die Jungen bei der ganzen Spielerei ist die Bewegung in frischer Luft. Diese kann ihnen aber auch verschafft werden durch andere, nützlichere Spiele oder durch Ausflüge mit Vorträgen, die die Freude an der Natur erwecken. Vielleicht denkt man dann, daß die freie Jugendbewegung eine solche nützliche Jugendpflege schon lange treibt.

Annaburg. Am Sonntag wurde in Becks Gesellschaftshaus eine Protestversammlung der Annaburger Arbeiterschaft abgehalten mit der Tagesordnung: Die Vorgänge in Hadern und die Beschränkung des Koalitionsrechts. Das Referat hatte Genosse Kürbs-Halle übernommen. Redner verstand es, den Anwesenden vor Augen zu führen, wie das Unternehmertum dabei ist, den Arbeitern das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht räuflich zu rauben. Eine Resolution fand einstimmige Annahme, worauf die von 120 Personen besuchte Versammlung geschlossen wurde.

Bochwitz. Todauf den Schienen. Vor dem Bahnübergang am Dolithbadaer Kohlenwerk wurde am Sonnabend früh der zur Schicht fahrende 25jährige Arbeiter Bahrens aus Frauendorf von einer herankommenden Lokomotive erfaßt und überfahren. Dem Mann wurde ein Bein vollständig abgefahren und auch der Kopf zeigte ein großes Loch. Der Tod trat sofort ein. Das Unglück ist dadurch geschehen, daß die Schranken am Bahnübergang nicht geschlossen waren und der Verunglückte das Nahen der Lokomotive nicht eher bemerken konnte, als bis es zu spät war.

Mühlberg. Gewerkschaftskartell. In der am Sonntag stattgefundenen Kartellsitzung wurde beschlossen, von dem vom Verlag des Volksblattes geplanten Versammlungsanzeiger Gebrauch zu machen und ein Abonnement aufzunehmen. Aus den Jahresberichten der Gewerkschaften ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl der Fabrikarbeiter von 136 auf 149 gestiegen ist; 9 Mitglieder mußten infolge des Schifferstreiks ausgeschlossen werden. Die Einnahmen betrugen 3124,66 Mk., die Ausgaben 1859,75 Mk. Die Lokalkasse vereinnahmte 677,42 Mk., nach Ausgabe von 528,44 Mk. blieb ein Bestand von 148 98 Mark. Die Bauarbeiter steigerten ihre Mitgliederzahl von 142 auf 148. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 1057,80 Mk., die Ausgabe 698,65 Mk. Es bleibt ein Bestand von 359,15 Mk. Zwei Mitglieder wurden im Jahre gemaßregelt. Die Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse belaufen sich auf 595,66 Mark. Die Zimmerer und Tabakarbeiter berichteten, daß ihre Mitgliederzahlen und Einnahmen unverändert geblieben sind. Die Glasmacher und Schiffer konnten noch keinen Bericht geben. Der Kartellkassierer berichtete über eine Einnahme von 119,46 Mk. und eine Ausgabe von 74,97 Mk. Es bleibt ein Bestand von 44,49 Mk. Am 1. Osterfeiertage hält der Bildungsausschuß einen wissenschaftlichen Lichtbildervortrag ab. Am Nachmittag ist eine Kindervorstellung geplant. Um eine bessere Regelung zu treffen, ersucht der Bildungsausschuß, daß alle Veranstaltungen von den Arbeitervereinen schnellstens beim Ausschuß gemeldet werden sollen. Zum Ausdruck kam, daß die einzelnen Gewerkschaftsvergnügen als Veranstaltungen des Bildungsausschusses zersplitternd wirkten, und daß im Interesse der Bildung der Arbeiter eine Einschränkung derselben sehr belebend wäre. Auch wurde gewünscht, daß der Ausschuß die Vorarbeiten zu einer Schulentlassungsfeier treffen möge.

Allerlei.

Seine Majestät der Streikbrecher.

Beim Pinselmacherstreik in Nürnberg beschimpfte der Arbeitswillige Peter Feyer die Streikenden. Als diese sich das verbaten, zog der Feyer den Revolver und schoß blindlings auf die Streikenden los. Es war ein Wunder zu nennen, daß niemand bei der Schießerei ernstlich verletzt wurde. Die Schießerei, die sich im Schrammschen Fabrikhof abspielte, hatte eine große Menschenmenge herbeigelockt und einem jungen Arbeiter gelang es, dem Arbeitswilligen das Schießzeug zu entreißen, worauf dem wütenden Revolverhelden eine ordentliche Tracht Prügel verabfolgt wurde. Dem Revolverhelden geschah weiter nichts, wohl aber wurde gegen fünf Streikende Anklage wegen Körperverletzung erhoben. In der Zeugenvernehmung vor dem Schöffengericht sagten aber selbst die von der Staatsanwaltschaft geladenen Zeugen so günstig für die Angeklagten aus, daß der Amtsanwalt die Anklage fallen lassen mußte. Die fünf Streikenden wurden freigesprochen.

Ich kann mich nicht bestrafen lassen!

Mit welcher Selbstverständlichkeit die Angehörigen der herrschenden Klassen glauben, daß man sie vor Gericht anders zu behandeln habe als den „gemeinen Mann", zeigt das Auftreten eines Rechtsanwalts Dr. Spillmann in Mysłowitz. Dieser hatte einen Redakteur wegen Beleidigung verklagt, war aber selber wieder verklagt worden. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht führte der Rechtsanwalt nun aus:

Er stehe hier nicht als Schuster oder Schneider, sondern er stehe als Akademiker und Rechtsanwalt im öffentlichen Leben, sei katholischer Stadtverordneter und könne deshalb sich ohne weiteres nicht bestrafen lassen.

Das war selbst dem vorsitzenden Amtsrichter zu stark. Er belehrte den selbstgefälligen Rechtsanwalt darüber, daß es ihm als Richter völlig gleichgültig sei, ob er einen Rechtsanwalt oder einen Schuster als Prozeßpartei vor sich habe. Typisch für die Ueberhebung zahlloser Akademiker bleibt die Sache trotzdem.

Aus der Welt der Flieger.

Vertreter der Aeronautischen Gesellschaften von Dänemark, Norwegen, Schweden und Deutschland versammelten sich heute in Kopenhagen, um nähere Bestimmungen über den für nächsten Sommer in Aussicht genommenen Nordischen Meeresflug zu treffen. Von Dänemark, Norwegen und Deutschland sind bis jetzt 65 000 Frank für Prämien garantiert. Schweden hat unter Vorbehalt 10 000 Frank in Aussicht gestellt. Der Start wird am 22. August in Warnemünde erfolgen. Die Ankunft in Kopenhagen findet noch am selben Tage statt. Am 23. August wird der Flug nach Aarhaus fortgesetzt und von dort über Aalborg, Skagen und eventl. Gotenburg nach Christiania, wo die Flieger spätestens am 30. August eintreffen müssen. Es wurde beschlossen, eine internationale Kommission zu wählen, die die Oberleitung des Fluges haben soll. Die am Fluge teilnehmenden Flieger müssen einen Passagier mitführen.

Drei Offiziere der Freiburger Fliegertruppe unternahmen Montag mit drei Aviatik-Doppeldeckern einen Geschwaderflug nach dem Schwarzwald und landeten auf dem 800 Meter hoch gelegenen zugefrorenen Titisee. Hin- und Rückflug verliefen glatt.

In Döberitz stieg Montag vormittag 9.28 Uhr Leutnant Fürstenau mit einem Militär-Albatros-Doppeldecker zu einem Fernflug nach Hamburg auf. Beobachter war Leutnant Heisler. Die Militärflieger trafen um 12 Uhr auf dem Hamburger Flugplatz ein. Sie wollten nachmittags nach Neumünster weiterfliegen und von dort Dienstag nach Döberitz zurückkehren.

Strafantrag wegen Beleidigung zweier Offiziere.

Gegen den bekannten Karikaturenzeichner Jean Jaques Waltz, genannt Hansi, in Kolmar ist Strafantrag wegen Beleidigung zweier Offiziere gestellt worden. Waltz hatte in einem Restaurant, nachdem zwei Offiziere vorgegangen waren, mit aufgegossenem brennenden Branntwein die Stühle, auf denen die Offiziere gesessen hatten desinfiziert, weil — wie er sehr vernehmlich erklärte — auf ihnen Schweine gesessen. Von dem Inhaber des Lokals, der erst nachträglich von dieser „Desinfektion" Kenntnis erhielt, wurde Herrn Waltz das fernere Betreten des Lokals verboten.

Eine ganze Familie zum Tode verurteilt.

Das Schwurgericht von Pontevedra in Spanien verurteilte gestern nach längerer Verhandlung eine ganze Familie, Mutter und zwei Söhne, zum Tode. Die Frau hatte mit Unterstützung ihrer Söhne ihren Gatten im Schlaf ermordet; das Gericht kam zu der Erkenntnis, daß alle drei Personen sich des Mordes schuldig gemacht haben und erkannte demgemäß auf die Todesstrafe.

Gnadengesuch des Giftmörders Hopf.

Der zum Tode verurteilte Giftmörder Hopf hat ein Gnadengesuch eingereicht, indem er in erster Linie um Wiederaufnahme des Verfahrens bittet. Hopf behauptet, daß er zur Zeit des Todes seiner ersten Frau noch keine Bazillen besessen hatte.

Eifersuchts-Drama.

In der Herrentoilette des zu den Prachtsälen des Nordens in Berlin gehörenden Nachts-Cafés gerieten der 34 Jahre alte Arbeiter Theodor Schmidt mit dem Arbeiter Bruno Rothbeuler, wegen eines Mädchens in Streit. Plötzlich zog Schmidt einen Revolver aus der Tasche und feuerte auf seinen Nebenbuhler einen Schuß ab. Die Kugel drang Rothbeuler in die Stirn und tötete ihn auf der Stelle. Während man die Leiche dem Schauhause übergab, wurde der Täter festgenommen.

Der Raubmord von Braunlage abgeurteilt.

Der 24 Jahre alte, aus Peine gebürtige Diener Adolf Ploy, angeklagt des Raubmordes, den er in Gemeinschaft mit dem im Revolverkampfe von seinen Verfolgern getöteten 19 Jahre alten Kellner Fritz Hannemann in der Nacht zum 11. September v. J. an dem Gastwirt und Fleischermeister Ludwig Schröder in Braunlage verübte, wurde wegen Mordes und schweren Raubes zum Tode, wegen schweren Diebstahls zu einer Gesamtstrafe von 11½ Jahren Zuchthaus verurteilt.

Beim Eislauf ertrunken.

Auf dem Eise des Frischen Haffs brachen am Sonntag beim Schlittschuhlaufen zwei Söhne eines Fischers aus Camstigall im Alter von 13 und 10 Jahren ein. Beide ertranken.

Auf dem Wallgraben bei Königsberg brachen Sonntag zwei junge Leute im Alter von 15 und 18 Jahren ein. Der jüngere ertrank.

Grubenunglück.

In der konsolidierten Wenzeslausgrube in Moelke in Schlesien fand gestern eine Dynamitexplosion statt. Ein Bergmann wurde getötet, fünf verletzt.

Vergiftung bei einem Leichenschmaus.

Die Ortschaft Munshausen in Luxemburg ist durch einen Vergiftungsfall in große Aufregung versetzt. Am Donnerstag war die Frau eines Bauern zu Grabe getragen worden. Nach der Leichenfeier fand wie üblich ein großes Essen im Hause des Bauern statt. Abends und Tags darauf wurden viele Teilnehmer von heftigen Schmerzen befallen, und am Sonnabend starb die Tochter des Bauern unter großen Qualen. Drei andere Personen schweben in Lebensgefahr; weitere sind schwer erkrankt. Die Aerzte haben einstimmig Vergiftung festgestellt.

Blatternepidemie in Budapest.

In Budapest ist die Schafblatternkrankheit (Blatternrose) epidemisch aufgetreten. Auch der Ackerbauminister und fünf Abgeordnete sind schon von der Krankheit ergriffen worden.

Die Pest in Rußland.

In der Stadt Orenburg in Südrußland trat die exotische Pest auf. Unter den Arbeitern der Lederfabriken kommen täglich Erkrankungen vor. Die schreckliche Epidemie kann sich ungehindert ausbreiten, da eine Sanitätsaufsicht völlig fehlt und die Kranken nur in einem Ambulatorium behandelt werden können. Man fürchtet, daß das Personal der Teischkenter Bahn infiziert wird und die Epidemie weit und breit verschleppt.

Ein neuer Panamaskandal?

Der Direktor der Verpflegungsabteilung für die Panama-Kanalarbeiten ist vom Kriegsminister, Obersten Goethals, entlassen worden. Der Direktor soll während seiner Amtsdauer 78 000 Dollar aufgehäuft und Grundbesitz im Werte von 59 000 Dollar erworben haben. Die gerichtliche Verfolgung ist eingeleitet worden.

Die Eisenbahnkatastrophe im Combre-Tunnel.

Nähere Nachrichten über das Eisenbahnunglück in dem Combre-Tunnel (Mexiko) lassen erkennen, daß es tatsächlich dem Bandenführer Castilla zuzuschreiben ist, der einen Güterzug in den Tunnel schieben ließ, dort anzündete und dann von einem benachbarten Beobachtungsposten zusah, wie der Passagierzug in den Tunnel fuhr. Die Rettungsmannschaften haben nur bis zur Lokomotive vordringen können und dort verkohlte Ueberreste mehrerer Menschen gefunden. Mithin scheint festzustehen, daß 50 bis 60 Personen umgekommen sind, darunter 15 Amerikaner.

Verhaftung eines Posener Arztes.

Die Posener Polizei ist einer peinlichen Sitten-Affäre auf die Spur gekommen. Dort wurde der praktische Arzt Dr. Bröserer unter dem Verdachte der Abtreibung verhaftet. Die Affäre zieht weitere Kreise; es sind auch bereits vier Hebammen wegen Beihilfe verhaftet worden. Die für die Freilassung Dr. Bröserers angebotene Kaution von 20 000 Mark wurde abgelehnt.

Ein Zusammenstoß in der Luft

Dienstag morgen 8¾ Uhr stieß auf dem Flugplatz Johannisthal ein Luftverkehrs-Doppeldecker mit dem Flieger Gerhard Sedlmyr als Führer und Oberleutnant Leonhardy als Begleiter mit einer Eindeckerdecker des Flugschülers Degner zusammen, der die ersten selbständigen Flüge machte. Der Zusammenstoß erfolgte in 80 Meter Höhe. Beide Flugzeuge wurden stark beschädigt. Degner war sofort tot. Sedlmyr und Leonhardy wurden schwer verletzt unter den Trümmern der Apparate hervorgezogen und in das Kreiskrankenhaus zu Britz gebracht.

Seine Familie ermordet.

Eine schwere Bluttat hat sich gestern mittag in Saarunion zugetragen. Der Schreiber Weiß, der in einer hiesigen Kanzlei beschäftigt war, erschoß in der Wohnung seiner Schwiegermutter seine Frau, sein dreijähriges Kind, seine Schwiegermutter und hierauf sich selbst. Der Grund zur Tat dürfte in Familienzwistigkeiten zu suchen sein. Die beiden Eheleute lagen in Scheidungsklage.

Drei Kinder von Windmühlenflügeln erfaßt.

In Horst im Kreise Neustadt am Rübenberg wurden drei Kinder beim Spielen von einem Flügel einer Windmühle erfaßt. Sie wurden mit schweren Schädelbrüchen dem städtischen Krankenhaus zugeführt. Das jüngste drei Jahre alte Kind ist inzwischen seinen schweren Verletzungen erlegen. Der Zustand seiner beiden Geschwister ist sehr bedenklich.

Eine unentgeltliche Mitteilung von unschätzbarem Werte.

Klingt seltsam, ist aber wahr.

Wie doch die Unterhaltungen, die man bisweilen im öffentlichen Verkehre hört, interessant sind! Das folgende Gespräch entspann sich zwischen zwei Arbeitern in einer Straßenbahn in München: Ich habe Heinrich wieder zur Arbeit gehen sehen. Das ist unmöglich, da ich ihn erst Sonnabend besuchte, als seine Schmerzen geradezu furchtbar waren. Die Aerzte sagen, er hat Ischias oder Rheumatismus oder etwas ähnliches, und zwar in der schlimmsten Form. Möglicherweise muß er wochenlang das Bett hüten. Dann haben sich die Aerzte geirrt, denn als ich von der Arbeit kam, habe ich ihn gesehen und er sagte mir, daß er sich niemals zuvor besser gefühlt hätte. Sehen ist gleuben, aber ich kann es nicht eher glauben, bis ich ihn selbst gesehen habe. Was hat er denn getan? Er sagte mir, daß ihm ein Mittel geholfen hätte, von dem er in einer Zeitung gelesen habe, und da auch meine Frau an Rheumatismus leidet, fragte ich ihn nach dem Mittel. Es sind Kephaldol-Tabletten, welche zu einem niedrigen Preise in jeder Apotheke erhältlich sind. Man nimmt am besten zwei auf einmal und alsdann eine weitere stündlich, bis die Schmerzen verschwunden sind. Er sagt, daß ihn dieses Mittel geheilt hätte, und wenn es meiner Frau nicht hilft, meinte er, wird er mich Sonnabend freihalten. *3175

Preise für „Kleine Anzeigen".
Zeile 20 oder jedes Wort 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10, 2 Zeilen hoch 20 Pf., Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleiner Anzeiger.

Abonnenten erhalten gegen Vorzeigung der Quittung auf Kleine Anzeigen bis zu 6 Zeilen 50% Rabatt. — Bei Anzeigen mit Wiederholung Rabatt nach Uebereinkunft.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen"
Expedition Volksblatt, Harz 42/44,

Zigarrenhandlung v. A. Albrecht, Lindenstraße 54
„ „ E. Bendlin, Torstraße 43
„ „ J. Schneider Nachf., Beetzenstr. 23
„ „ J. Sanow Nachf., Geisstraße 5
„ „ P. Leuschner, Mittelwache 9
„ „ P. Jungmann, Pfännerhöhe 33
Materialwarenhdl. v. G. Gerig, Triftstraße 28.
Ebenso nehmen die Volksblatt-Austräger Anzeigen entgegen.

Geschäfts-Anzeigen.

Zigarren, Zigaretten in allen Preislagen empfiehlt **A. M. Albrecht,** Lindenstr. 53. [5695

Volkspark, Burgstr. 27. Unsere neu-erbauten **Kegelbahnen** stehen noch einige Abende zur gütigen Benutzung frei. [6844

Das Kartell-Zimmer ist für Sonnabend den 28. Februar noch frei.

Empf. m. Zigarren-Spezial-Gesch. 6745] Otto Haring, Triftstraße 5.

Verkäufe.

Hühner 13er Frühbrut, gute Eierleg., Farbe n. Wunsch, u. Gar. leb. Ank., tierärztl. unterl., m. schön. gr. Hahn, 12 Stck. 27 Mk., 8 Stck. 18 M. A. Mandel, Berlin-Hohenschönhausen, Strandamm 63. [*3170

Kanarien-Hähne u. g. Zuchtweibchen, f. Stamm, z. verk. [*3158 K. Böschel, Krausenstr. 10, III.

Unsortierte Kartoffeln zu Speise-, Futter- und Fabrikzwecken, mehrere 1000 Zentner, in Waggonladungen, Fuhren u. einzeln ab Lager und frei Gelaß. [*3128 **Paul Otto,** Kartoffel- u. Fourage-Geschäft, Königstraße 71. Tel. 3329.

Grammophon (17 Platt.), f. 22 M. z. verk. Gr. Wallstr. 11, II. [6884

Jetzt schon legende 1913er **Hühner,** ital. Rasse, garant. leb. Ankunft, 6 Stck. m. Hahn bahnfrei 14 M. Gebirgs-Kuhbutter, 6 Pfd.-K. postfr. 5.60 M. M. J. Schwarz, Buczacz 68.

Chaiselongue sofort btl. z. verk. 6896] Gr. Brunnenstr. 52, B. prt.

Ein guterhaltener **Sportwagen** zu verkaufen [6950 Belfortstraße 7.

Nur 16 Mk. Oberbett, Unterbett u. Kissen, rot. Inlett, z. vrk. Albrechtstr. 16, I. l. [6941

Vermietungen.

Einzelne Stube z. verm. [6944 Saalberg 27.

Eine anständige Schlafstelle mit Familien-Anschluß für ein junges Mädchen, ist zu vermieten [6940 2. Vereinsstraße 3, part.

Frdl. Wohnungen per sofort od. später zu vermieten [*3166 Lochau, neb. d. Konf.-Filiale.

Stube u. K. 1. 4. od. 1. 7. z. vrm. *3180] Wörmlitz, Hauptstr. 28.

Stube, K., K. u. Zubehör zu verm. Dieskau Nr. 68. [*3177

Kaufgesuche.

Lumpen jeder Art kauft stets bei hohen Preisen **A. Samuel,** Alter Markt 7.

Arbeitsmarkt.

Damen- u. Kinder-Garderobe wird billigst angefertigt. 6939] Reilstr. 102, I. rechts.

Zu verleihen.

Masken zu verleihen u. zu verkaufen. [6938 Frau Semmler, Gr. Gosenstr. 13. 6936]

Eleg. seid. Damen-Maske b. z. verl. 6945] L. Wuchererstr. 71, IV.

Verschiedenes.

Englischer Hof, 6349 Großer Berlin, empfiehlt seinen kleinen Saal sowie seine schönen Vereinszimmer zur Abhaltung von Versammlungen u. Festlichkeiten aller Art. Reelle Küche. Billige Logis.

Sie speisen gut und billig im **Gasthof „Drei Könige",** Kl. Klausstraße 7. Altrenomm., urstbel. Verkehrslokal.

Zigarren, Zigaretten empfiehlt P. Jungmann, Pfännerhöhe 33. 6338

Zigarren, Zigaretten empfiehlt Aug. Lehndardt, Völbergerweg 6 u. Delitzscherstr. 6.

Akkumulatoren werden billig geladen Wormlitzerstraße 100.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191402 11-17/fragment/page=0008

Halle, 11. Februar

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 35 — 1914.

Was dein Inneres beschäftigt, das beschäftigt auch deinen Verstand, das nimmst du auch in ihn auf als ein Objekt deiner Betrachtung, von dem du nicht lassen kannst. Ludwig Feuerbach.

Theophrastus und das Mädchen.

Von Eugen Heltai.

Meister Theophrastus näherte sich seinem fünfzigsten Lebensjahre, als er zum erstenmal darüber nachdachte, daß seine große Einsamkeit keinen Sinn habe, — die Einsamkeit, in der er bisher lebte, inmitten mächtiger Folianten, inmitten seines großen Bibliothekzimmers, unter Büchern aller Art. Von den staubigen Sellagen blickten sie still und doch so beredt auf ihn herab, die zahllosen Bücher, diese gefräßigen Tiere, die mit der Zeit sein ganzes Vermögen aufgezehrt hatten. So, wie sie hier beisammen waren, bedeuteten diese alten, schimmligen Bände das Aequivalent eines großen Besitzes vieler, vieler Goldstücke, die Meister Theophrastus für sie hingegeben hatte. Und während der Gedehrte jetzt mit seinen Blicken über diese Schätze schweifte — es geschah zum erstenmal jetzt, an der Schwelle seines fünfzigsten Lebensjahres — wurde sein Glaube an die Bücher zum erstenmal erschüttert. Bisher bedeuteten die Bücher für ihn die ganze Welt, das Leben, das Glück. Jetzt aber dachte er zum erstenmal daran, daß es vielleicht auch dort, wo seine Bücherkästen aufhörten, noch etwas gäbe, was kein Buch ist, aber dennoch lieb und lohbar.

All dies fühlte Meister Theophrastus, feitdem er im Stiegenhause die Tochter der Hausmeisterin erblickt hatte. Seit fünfzehn Jahren wohnte er in diesem finsteren und traurigen Hause, und bisher hatte er es noch niemals bemerkt, daß die Hausmeisterin eine schöne, große Tochter hatte. Ganz dunkel erinnerte er sich bloß daran, daß vor Jahren ein barfüßiges kleines Kind, ein zerzaustes und schmutziges Ding, im Hofe umherlief. Doch daß dies die Hausmeisterstochter war, die heute, so blond und hübsch, sich hinaussehnte aus der düsteren Hausmeisterwohnung nach lichteren und heiteren Regionen, das fiel ihm keinen Augenblick ein. Das große Mädel war plötzlich da, es kam geradezu hereingeschneit in das graue Haus und in das Leben des grauen Bücherwurms. Am Nachmittag öffnete Meister Theophrastus gewöhnlich die Fenster, angeblich, um frische Luft einströmen zu lassen, in Wirklichkeit aber, um das silberhelle Lachen und die munteren Lieder von des Hausmeisters Töchterlein zu hören. Denn das Mädchen bereitete sich — ganz wie die meisten Hausmeisterstöchter — für die Bühne vor, und dies bildete die Basis ihres vielen Lachens und Singens.

Den alten Bücherwurm durchzogen zu solcher Zeit ganz eigenartige Gedanken. Er dachte daran, wie viel anmutiger es wäre, wenn statt des Schweigens der alten Folianten der Lärm dieses jungen Mädchens sein Zimmer erfüllen würde. Wie viel erstrebenswerter es wäre, wenn er statt der öden Pergamente und Schweinsledereinbände der Bücher die frische, weiße Haut des jungen Mädchens streicheln könnte. Doch so oft ihn auch derlei profane Gefühle beschlichen, überkam ihn stets bald darauf tiefe Scham, und errötend barg er sein Antlitz in der riesigen Menge der Bücherkataloge, die er tagtäglich mit der Post aus allen Gegenden der Welt zugeschickt erhielt.

Die Hausmeisterstochter wäre aber keine Hausmeisterstochter gewesen und hätte sich nicht für die Bühnenlaufbahn vorbereiten müssen, um nicht das Interesse des Meisters Theophrastus wahrzunehmen. Dieser ernste, geheimnisvolle Herr, den sie in ihren Kinderjahren fürchtete, später aber verspottete, begann für sie jetzt der Gegenstand ganz anderen Interesses zu werden. Das Hausmeisterstöchterlein vermochte ohne jede Bewegung oder Entrüstung daran zu denken, daß dieser Alte da, der so sehnlich nach ihren Blicken, nach ihrem Lächeln schaute, ihr bedeutende materielle Güter zukommen lassen und sie gar zu seiner Universalerbin machen könnte. Denn sie war fest davon überzeugt — wie übrigens jeder im Hause —, daß Meister Theophrastus außerordentlich reich sei. Wie wäre er auch nicht reich, hatte er doch so viele Bücher! Wer für derlei unnützes Zeug Geld hat, ist bestimmt ein Millionär. Und das Hausmeisterstöchterlein dachte mit Recht und ganz klug daran, daß diese Millionen nicht aus dem Hause gelassen werden dürften. Wenn sie also Meister Theophrastus begegnete, blickte sie gar kokett und herausfordernd in sein Antlitz, so sehr, daß der arme Bücherwurm den Blick senkte und über die eigenen Füße stolperte.

So dachte mein Herz nur einmal, sagte er sich eines Abends, damals, als es mir gelungen war, die aus dem Jahre 1603 stammende venezianische Ausgabe des Ars Amandi für acht Groschen zu kaufen.

Doch erfüllten ihn schon Besorgnisse. Er hatte Zweifel. Er grübelte darüber nach, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn er damals für diese acht Groschen lieber Veilchen gekauft und sie einem jungen, hübschen Frauenzimmer geschenkt hätte. Ueberhaupt tat es ihm leid um die vielen dumpfen Jahre, die er in nach Schimmel duftenden Antiquariaden und auf staubigen Bücherstellagen verbracht hatte. Und es tat ihm auch leid um das viele schöne Geld, mit dem er die Geldbeutel der Buchhändler hatte gefüllt.

Der Steinwender in Leipzig, so klagte er sich selbst an, wurde allein durch mich ein reicher Mann, und den Facoutt in Brüssel rettete ich allein vor dem sicheren Untergang durch eine Bestellung im Werte von 60 000 Gulden. Diese Schurken tranken Champagner, hielten sich Weiber und foupierten in den feinsten Restaurants für mein Geld, während ich, statt süße Frauenlippen zu küssen, diese trockenen, staubigen Bücher fraß. Ja, ich war ein Ochs, ein großer, furchtbar blöder Ochs.

Zuweilen aber fand er auch an seinen Büchern noch Vergnügen. Wenn er daran dachte, daß dort unten im Kasten Nr. 3 unter den „Curiosa" sub C. 62 das so wertvolle, „Omnipotentia Diaboli" bezeichnete Manuskript des geheimnisvollen und berühmten unbekannten Meisters D. R. P. F. liege, das niemals und nirgends in Druck erschienen war und nicht erscheinen würde — dann verzieh er dem Steinwender aus Leipzig und Facoutt aus Brüssel gar manches. Doch da ertönte das Lachen des Hausmeisterstöchterleins, und dies Lachen klang so herausfordernd durch das Fenster herein, daß Meister Theophrastus am liebst alle Türen geöffnet und das Mädchen erwartet hätte.

Ja, wenn er wirklich so reich gewesen wäre, wie man im Hause glaubte! Dann hätte er seinen Augenblick gezaudert, all sein Geld vor die blaubestrümpften Füße der Hausmeisterstochter zu legen. Denn Meister Theophrastus hatte bemerkt, daß das Mädchen blaue Strümpfe trage; ja, er bemerkte sogar, daß auf diesen blauen Strümpfen ein roigesticker Pfeil sich hinaufzog.

Aber Theophrastus war gar nicht reich. Einst besaß er wohl ein Vermögen, doch jetzt hatte er gar kein Geld mehr, denn die Bücher hatten alles aufgezehrt. Er lebte von irgend einer Art Gnadengehalt von achtzig, neunzig Gulden, die er am Ersten eines jeden Monats erhob. Auch davon verbrauchte er nur einen Teil für seinen Unterhalt, während das übrige Geld wieder nur auf Bücher draufging.

Einmal nachts erschien ihm der Satan im Traume. Ganz so sah er aus, wie er von obengenanntem Meister D. R. P. F. in dem Manuskripte „Omnipotentia Diaboli" beschrieben war. Er setzte sich auf die Brust des Theophrastus und sprach allwie folgt: „Du König alles Rindviehs, du trauriger Esel, du Kamel der Kamele! Was zögerst du noch? Du vergeßt ja vor Sehnsucht nach dieser kleinen Unverschämten, nach ihren blaubestrümpften Füßchen. Du brauchst Geld? Also verschaffe dir Geld! Da ist die große dumme Bibliothek, in die du Tausende, ja Hunderttausende hineingesteckt hast. Verkaufe die Bücher, diesen vielen unnützen Kram. Möge sich jetzt ein anderer ihrer erfreuen, du bist ihrer doch schon müde. Für die schimmligen Papiere bekommst du wieder Geld, klingendes Gold, das du dafür geopfert hast; dann bist du reich und kannst dir alle Vergnügungen schaffen."

Also sprach der Satan, und Theophrastus erwachte. Er setzte sich in seinem Bette auf, zündete die Kerze an und suchte den Satan. Doch der Satan war nirgends. Nur die vielen Bücher waren da, rechts und links, unten und oben, selbst unter dem Bette. Und sie sollte er jetzt verkaufen? Die alten, die treuen Freunde, die Unsia verschleudern? Ihr ersten Augenblick dünkte ihm die Sache unmöglich. Doch bis zum Morgen befreundete er sich bereits mit dem Gedanken.

Der Satan hat recht, sagte sich Meister Theophrastus, und wie recht hat er! Wenn ich nur Dreißigtausend für diese Bücher bekomme, so vermag ich und mein junges Weib bequem davon zu leben. Mit diesen Gedanken rannte er vom Hause weg. Im Stiegenhause begegnete er wieder dem Hausmeisterstöchterlein. „Heute mittag . . . heute mittag . . ." sagte Theophrastus verwirrt, aber glücklich. — „Mittag? — was wird Mittag sein?" fragte das Mädchen neugierig und schmiegte sich wie zufällig, aber absichtlich an ihn. Theophrastus antwortete nicht, sondern stürmte davon, schnurstracks zum Doktor Viper, dem berühmten Bücherwurmfresser, der sich schon lange auf die Bibliothek des Meisters Theophrastus spitzte. Der Doktor Viper wollte es anfangs gar nicht glauben, daß die Sache ernst sei. Meister Theophrastus und seine Bibliothek verkaufen — unmöglich! Und mit sorgenvoller Teilnahme beobachtete er die Gesichtszüge des Meisters Theophrastus, um zu erforschen, ob der bedauernswerte alte Bücherwurm nicht den Verstand verloren habe. Doch Theophrastus beharrte dabei, daß er seine Bücher verkaufen wolle. Und Doktor Viper begann nun ernst und blutig mit ihm zu feilschen. Die beiden alten Männer schrien, jammerten, klagten, beschworen einander und zerrten einander. Schließlich einigten sie sich auf 32 000 Gulden, die Doktor Viper sofortigleich auszahlte, damit Meister Theophrastus seinen leichtsinnigen Entschluß nicht noch bereue.

O, er bereute ihn nicht, keineswegs bereute er ihn! Glücklich eilte er mit dem vielen Gelde nach Hause. Nur für einen Augenblick, für eine Sekunde blieb er vor dem Laden des Juden Elias stehen. Der Jude Elias war ein aus Holland eingewanderter Antiquar, der Theophrastus schon gar manch wertvolles Buch verkauft hatte.

„Na, Elias," sagte Theophrastus gut gelaunt, „wissen Sie, was es neues gibt? Ich habe meine Bibliothek verkauft!" — Elias schlug die Hände zusammen und begann in hebräischer Sprache zu wehklagen. „Entsetzlich, entsetzlich!" sagte er dann. „Diese herrliche, schöne Bibliothek zu verkaufen! Und gerade jetzt verkaufen Sie, jetzt, wo es mir endlich gelungen ist, das einzige Exemplar von Mascarion zu beschaffen. Das einzige Exemplar der Welt!"

Theophrastus erbleichte. „Sie haben den Mascarion beschafft?" fragte er mit unsicherer Stimme. — „Und ob! Den Mascarion, dem Sie seit zwanzig Jahren vergebens nachjagen. Jetzt haben wir ihn. Und jetzt werde ich ihn dem Britischen Museum verkaufen." — Theophrastus lachte auf. Ironisch und strenge. „Dem Britischen Museum? So lange ich lebe — niemals! Was kostet das Buch?" — „Was es kostet? Was soll es kosten? Fünfunddreißigtausend Gulden . . ." — Meister Theophrastus warf das schöne, warme Geld, das er soeben von Doktor Viper erhalten hatte, auf den Tisch. — „Da haben Sie," sagte er stolz, „da sind zweiunddreißig Tausender. Den Rest werde ich Ihnen in Monatsraten abzahlen." — Damit ergriff er glücklich und stolz das einzige Exemplar des Mascarion und taumelte mit freudetrahlendem Gesicht, das Werk unter dem Arme, wonnetrunken nach Hause . . .

9]

Die Götter dürften.

[Nachdr. verb.

Roman aus der französischen Revolution von Anatole France.

„Ein Adliger! Ein Emigrant!" wiederholte Gamelin. Sie hütete sich wohl, ihn von dieser Spur abzubringen, denn sie hatte nie gewünscht, daß er die volle Wahrheit erführe. „Und er hat dich schmählich verlassen?"

Sie nickte.

Er preßte sie an sein Herz.

„Holdes Opfer der monarchischen Sinnesverderbnis, meine Liebe wird dich an diesem Ruchlosen rächen. Möge der Himmel ihn auf meinen Weg führen! Ich werde ihn schon erkennen!"

Sie wandte den Kopf ab, errötete und lächelnd zugleich, und entzückt. Sie hatte gewünscht, daß er in der Liebe mehr Einsicht besäße, daß er natürlicher und brutaler wäre. Sie fühlte wohl, daß er ihr nur deshalb so rasch verzieh, weil seine Phantasie tätig war, weil ihr Geständnis seines jener Bilder in ihm erweckt hatte, welche die Wollüstigen peinigen, und schließlich auch, weil er in dieser Verführung nur eine moralisch-soziale Tatsache sah.

Sie waren aufgestanden und schlenderten die grünen Baumgänge entlang. Er sagte, weil er um sie gelitten hätte, schätzte er sie um so mehr. Elodie verlangte gar nicht so viel; aber so, wie er war, liebte sie ihn und bewunderte den Künstlergeist, den sie in ihm glänzen sah.

Als sie den Luxembourggarten verließen, sahen sie Aufläufe in der Rue de l'Egalité und um das Nationaltheater herum, was sie jedoch nicht überraschte. Seit mehreren Tagen herrschte große Erregung in den patriotischen Stadtteilen; man denunzierte die orleanistische Partei und die Anhänger Brissots wegen angeblicher Verschwörung zum Untergang von Paris und zur Ermordung der Republikaner. Gamelin selbst hatte ja vor kurzem die Petition der Kommune mit unterzeichnet, die Einundzwanzig zu ächten.

Als sie in die Arkade einbiegen wollten, die das Theater mit dem Nebenhause verband, mußten sie durch eine Gruppe von Bürgern in Karmagnolen. Ein junger Soldat, der einen mit Pantherfell besetzten Helm trug, schön wie der Amor des Praxiteles, hielt diesen Leuten von einer Galerie herab eine Ansprache. Der schmucke Kriegsmann beschuldigte den Volksfreund der Lässigkeit.

„Du schläfst, Marat," so rief er, und die Föderalisten schmiedeten uns Ketten!"

Kaum hatte Elodie ihn erblickt, so sagte sie rasch:

„Komm, Evariste!"

Die Volksmenge flößte ihr angeblich Angst ein und sie fürchtete, in diesem Gedränge ohnmächtig zu werden.

Auf der Place de la Nation trennten sie sich und schworen sich ewige Liebe.

Am selben Morgen hatte der Bürger Brotteaux der Bürgerin Gamelin einen prächtigen Kapaun zum Geschenk gemacht. Es wäre unklug gewesen, hätte er die Herkunft dieser Gabe verraten. Er hatte ihn nämlich von einem Markweib aus der Halle bekommen, für das er manchmal Briefe schrieb; und die „Damen der Halle" galten für royalistisch und standen im Einvernehmen mit den Emigranten. Die Bürgerin Gamelin hatte den Kapaun dankbaren Herzens angenommen. Solches Geflügel war damals eine Rarität; die Lebensmittel wurden immer teurer. Das Volk befürchtete eine Hungersnot; die Aristokraten, so hieß es, wünschten sie, und die Kornwucherer führten sie herbei.

Sie lud den Bürger Brotteaux ein, den Kapaun mit ihr zu verspeisen. Er nahm diese Einladung an und beglückwünschte seine Wirtin zu dem holden Küchenduft, den man bei ihr atmete. In der Tat duftete das Moleratelier nach kräftiger Fleischbrühe.

„Sie sind sehr liebenswürdig, mein Herr," sagte die gute Frau. „Um den Magen auf Ihren Kapaun vorzubereiten, hab' ich eine Suppe mit Kräutern gekocht, mit einer Speckschwarte drin und einem dicken Rindsknochen. Nichts gibt der Suppe mehr Wohlgeruch, als ein Marktknochen."

„Ein köstlicher Grundsatz, Bürgerin," erwiderte der alte Brotteaux. „Und wenn Sie klug sind, tun Sie diesen kostbaren Knochen morgen, übermorgen und die ganze Woche lang in den Suppentopf; er wird der Suppe stets Wohlgeschmack geben. Die Sibylle von Panzoust machte es ebenso. Sie kochte eine grüne Kohlsuppe mit einer gelben Speckschwarte und einem alten Savoardos. So nämlich heißt in ihrer und meiner Heimat der schmackhafte und saftige Rückenknochen."

„War die Dame, von der Sie reden, mein Herr," fragte die Bürgerin Gamelin, „nicht vielleicht zu sparsam, da sie denselben Knochen so oft auskochte?"

„Ja, es ging ihr nicht gut," antwortete Brotteaux. „Sie war arm, obwohl eine Prophetin."

In diesem Moment trat Gamelin ein, tief erregt von der vernommenen Beichte und entschlossen, Elodies Verführer auszumitteln, um die Republik wie seine Liebe an ihm zu rächen.

Nach den üblichen Höflichkeitsphrasen nahm der Bürger Brotteaux den Faden seines Gespräches wieder auf.

„Die heraufmäßigen Wahrsagen gelangen selten zu Wohlstand. Man kommt nur zu bald hinter ihre Schliche. Ihre Betrügereien erwecken Haß. Aber man müßte sie noch viel mehr verabscheuen, wenn sie wirklich die Zukunft prophezeiten. Denn das Menschenleben wäre nicht zu ertragen, wenn man wüßte, was einem noch zustoßen kann. Man würde an dem zukünftigen Elend schon jetzt leiden und das Gute der Gegenwart nicht genießen, weil man dessen Ende voraussähe. Die Unwissenheit ist die Grundbedingung des irdischen Glücks, und diese erfüllen die Menschen, wie man zugeben muß, fast immer. Von uns selber wissen wir fast nichts, von den anderen gar nichts. Die Unwissenheit gibt uns Ruhe, die Lüge Glück."

Die Bürgerin Gamelin füllte die Suppe auf, sprach das Tischgebet, lud die beiden Männer ein, Platz zu nehmen, und begann selbst im Stehen zu essen. Sie lehnte es ab, sich neben den Bürger Brotteaux zu setzen; sie wußte wohl, sagte sie, was die Höflichkeit gebietet.

Sechstes Kapitel.

Zehn Uhr morgens. Kein Lüftchen regt sich. Es war im Juli und heißer denn je. In der engen Rue Jérusalem standen gegen hundert Bürger des Bezirks einer hinter dem andern vor einem Bäckerladen, beaufsichtigt von vier Nationalgardisten, die Gewehr bei Fuß ihre Pfeife rauchten.

Der Konvent hatte einen Höchstpreis bestimmt, und sofort waren Korn und Mehl verschwunden. Wie das Volk Israel in der Wüste, so standen die Pariser vor Tagesanbruch auf, wenn sie etwas essen wollten. Dicht gedrängt, standen alle Männer, Weiber und Kinder in der verzehrenden Glut, die auf den Pflästern der Gossen brüteten und die Ausdünstungen von Schweiß und Schmutz widerlich erhöhte. Sie schupften sich, riefen sich an und betrachteten sich mit allen Gesichten, die Menschen für einander hegen: Abneigung, Ekel, Eigennutz, Begierde und Gleichgültigkeit. Durch eine trübe Erfahrung hatte man gelernt, daß das Brot nicht für alle Erdenkinder ausreicht, und so suchten die letzten sich vorzudrängen; die Zurückgedrängten schimpften und pochten vergebens auf ihr mißachtetes Recht. Die Weiber arbeiteten wütend mit Hüften und Ellbogen, um ihren Platz zu behaupten oder einen besseren zu kriegen. Wurde das Gedränge zu arg, so erschollen Rufe: „Nicht drängen!" Ein jeder protestierte dann und behauptete, er würde gedrängt.

Um diese täglichen Auftritte abzustellen, waren die Kommissare des Bezirks auf den Einfall gekommen, vor der Tür des Bäckerladens eine Leine zu spannen, die jeden in Reih und Glied zwang. Aber die Hände, die sich an der Leine drängten, gerieten in Streit. Wer sie einmal verließ, erhaschte sie nicht wieder. Unzufriedene oder Spaßvögel schnitten sie durch, und so mußte man die Sache ganz aufgeben.

In dieser langen Reihe erstickte man, wollte sterben, riß Witze und Zoten und flüchte auf die Aristokraten und Föderalisten, die Urheber alles Unglücks. Kam ein Hund vorbei, so nannten die Spaßvögel ihn Pitt. Bisweilen klatschte die saftige Ohrfeige einer Bürgerin auf die Backe eines Unverschämten, während eine junge Dienstmagd, an die ihr Nachbar sich drängte, mit halbgeschlossenen Augen und offenen Munde prolig seufzte. Bei jedem Wort, jeder Gebärde, die zu Zahlungsgeleiten Anlaß gab, stimmte ein Schwarm junger liederlicher Burschen das „Ça ira" an, trotzdem ein alter Jakobiner entrüstet dagegen protestierte, daß ein Lied des republikanischen Glaubens an eine gerechte und glückliche Zukunft durch schmutzige Zoten entweiht würde.

Ein Plakatankleber erschien mit seiner Leiter und schlug gegenüber vom Bäckerladen eine Preisbestimmung der Kommune für Schlächterwaren an. Passanten blieben stehen und lasen den noch klebrigen Zettel. Eine Kohlverkäuferin kam mit ihrer Kiepe auf dem Rücken vorbei und sagte mit ihrer groben, brüchigen Stimme:

„Das schöne Ochsenfleisch ist futsch! Wir müssen die Kaldaunen schlucken."

Plötzlich stieg eine Wolke glühenden Gestanks aus einem Wasserablauf empor, so daß mehreren übel wurde. Eine Frau fiel in Ohnmacht und wurde von einigen Gardisten nach der nächsten Pumpe getragen. Man hielt sich die Nase zu; dumpfes Murren erscholl; Worte flogen hin und her, voller Angst und Schrecken. Man fragte sich, ob da unten irgendein Aas läge, ob jemand aus Bosheit Gift gestreut hätte, oder ob einer von den Septembermorden, ein Pfaff oder Junker, in einem Keller verfaulte.

„Hat man denn welche hineingeschmissen?"

„Überall hin!"

„Das muß einer vom Châtelet sein. Am zweiten sah ich einen Haufen von zweihundert auf dem Pont de Change."

Die Pariser fürchteten die Rache dieser Ermordeten, deren Leichen sie vergifteten.

Evarist Gamelin trat als letzter in die Reihe. Er wollte es seiner alten Mutter ersparen, so lange zu stehen. Sein Hausgenosse Brotteaux begleitete ihn still lächelnd, seinen Lukrez in der weit offenen Tasche seines klobbraunen Rocks. Der gute Alte rühmte diese Szene als ein grotesques Gemälde, des Pinsels eines modernen Teniers würdig.

„Diese Lastträger und Klatschweiber," sagte er, „sind amüsanter als die Griechen und Römer, für die unsere Malen heute schwärmen. Ich für mein Teil mochte die Hamische Schule stets gern."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191402 11-17/fragment/page=0009

Kleines Feuilleton.

Ein Gesellenkampf aus dem Jahre 1790.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat aus einer Anzahl verstaubter Akten des Preußischen Staatsarchivs ein sehr lehrreiches und ergötzliches Geschichtchen von anno dazumal herausgeklaubt, das er uns in Form einer kleinen, amüsant geschriebenen Broschüre vorlegt.*) Manch einer, der da glaubt, daß erst in neuerer Zeit die Arbeiter unter dem „verhetzenden" Einfluß von Partei und Gewerkschaft zu einem gewissen Selbstbewußtsein erwacht seien und der nicht genug über den Terrorismus dieser modernen Arbeiter zetern kann, wird aus dieser aktenmäßig belegten Darstellung mit Erstaunen inne werden, daß auch in jener guten alten Zeit die Gesellen sich sehr wohl der Macht bewußt waren, die ihnen ein solidarisches Zusammenhalten gegenüber dem Meister verlieh, und daß sie von dieser Macht recht ausgiebigen Gebrauch machten.

Die Geschichte, um die es sich hier handelt, begann im Oktober 1790 mit einem Streich zwischen dem Rademachermeister Christian Hornig in Braunschweig und seinem Gesellen Johann Gottlieb Held von Wernigerode. Infolgedessen der Geselle seine Stellung sofort verlassen wollte. Der Meister, der jedoch das Bedürfnis fühlte, sich als „Herr im Hause" zu erweisen, verlangte, daß der Geselle noch die in der Gildeordnung vorgeschriebenen 14 Tage bei ihm arbeite und ließ, als der lange Jobenn sich dessen weigerte, kurzerhand dessen Felleisen und Gesellenbuch vom Büttel pfänden. Damit war die Angelegenheit jedoch nicht erledigt, denn die übrigen 15 Rademachergesellen der Stadt erklärten sich mit Johann solidarisch und drohten, die Arbeit niederzulegen. Unter dem Drucke der übrigen Meister gab nun Meister Hornig klein bei, aber die ob ihres raschen Sieges übermütig gewordenen Gesellen begnügten sich nun nicht mehr damit, sondern benützten die Gelegenheit, um noch eine Reihe weiterer Wünsche durchzudrücken, die sie in bezug auf die recht strenge Gildeordnung hatten. Die Meister wären auch in diesem Falle zum Nachgeben bereit gewesen, aber die hohe Obrigkeit, die eine solche Insubordination der Gesellen nicht dulden zu können glaubte, hinderte sie daran.

So verließen denn die Rademachergesellen samt und sonders die Stadt Braunschweig, wurden aber in Hannover festgehalten und gezwungen, zurückzukehren. Freilich nicht zur Freude ihrer Meister, denn wenn sie auch fürderhin wacker agten und tranken, so verweigerten sie doch jede Arbeit und ließen sich selbst durch Haftstrafen nicht klein kriegen. So verwies man sie denn endlich der Stadt und des Landes und glaubte damit die leidige Sache endlich erledigt. Nun aber brach das Unglück erst recht über die Braunschweiger Rademachermeister herein, denn die ausgewiesenen Gesellen verhängten den „Schimpf" über das Gewerk. Das hieß aber, daß künftig kein ehrlicher Geselle mehr bei einem Braunschweiger Rademachermeister arbeiten durfe, wenn er nicht selbst für unehrlich erklärt, d. h. von allen anderen Arbeitsplätzen ausgeschlossen werden wollte. Ja, auch derjenige, der in der geschimpften Stadt ausernte, wurde an keinem anderen Orte als Geselle angenommen, es sei denn, daß er in einer ehrlichen Stadt noch einmal in die Lehre ging. Die vorliegende Geschichte ist erzählt von einem solchen Gesellen, der nirgends, nicht einmal im Auslande, Ruhe fand. Wir wollen die weiteren Phasen der interessanten Geschichte hier nicht im einzelnen erzählen; erwähnt sei nur, daß selbst der König von Preußen sich schließlich in die Affäre mischte, aber daß es keiner Gewalt gelang, den Trotz der beleidigten Gesellen und die Macht, die ihnen ihre im ganzen Reich verbreitete Organisation gab, zu brechen, so daß die Meister schließlich nach Jahren zu de- und wehmütigen Nachgeben gezwungen waren.

Die heutigen, gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wollen von solchen Kampfmethoden nichts wissen. Was sie aber aus dieser Geschichte wieder von neuem lernen können, das ist die alte, ihnen tausendmal gepredigte Wahrheit: Einigkeit macht stark!

*) „Der Braunschweiger Rademacher Schimpf von Anno 1790". Berlin 1913.

Fastnachtsumzüge in der Schweiz.

Die ungebundene Ausgelassenheit des Volkes ensteht sich in der Vergangenheit vor allem in farbenprächtigen und grotesken Umzügen, die hauptsächlich von den Zünften veranstaltet wurden. Solche Fastnachtsumzüge haben sich im Gebiete der deutschen Volkskunde wohl am reichsten noch in der Schweiz erhalten, und es ist ein vielgestaltiges, noch in die Gegenwart hineinragendes Bild uralter Fastnachtsfreude, das der vortreffliche Kenner der schweizerischen Volkskunde Professor E. Hoffmann-Krayer in seinem vor kurzem erschienenen Buche Feste und Bräuche des Schweizervolkes in der Aufzählung und Schilderung dieser Umzüge heraufbeschwört. An das strenge Zeremoniell der mittelalterlichen Zünfte gemahnen noch in Klein-Basel die eigenartigen Umzüge der sogenannten „Ehrentiere" oder „Ehrenzeichen". Hier finden sich die Vorstadt-Gesellschaften zum Rebhaus, zur Hären und zum Greifen im Januar zu einem gemeinsamen Feste zusammen, wobei die Wappenhalter, der Löwe, Wilde Mann und Greif eine besondere Rolle spielen. Der Wilde Mann, der unter Böllerschüssen und Trommelschlag den Rhein herunterfährt, wird von dem Greifen und dem Löwen, zu denen sich noch der Narr Wölf gesellt, empfangen und auf die Mitte der Rheinbrücke geleitet; hier führt dann jedes der drei „Ehrenzeichen" einen Tanz mit Trommelbegleitung auf, der nach einem ganz bestimmten Takt ausgeführt wird. Darauf folgt das Zunftmahl und gegen Abend ein Umzug der Gesellschaften. Zu den Zunftfesten gehörte auch der Luzerner „Fritschi-Umzug", der seinen Namen von einer den Winter vorstellenden Strohpuppe, dem „Fritschi" (= Fridolin) den Namen hat und ursprünglich von der Safranzunft veranstaltet wurde. Der Festzug der Basler Fastnacht zeichnet sich besonders dadurch aus, daß irgendein Lokal- oder weltgeschichtliches Ereignis dargestellt wird; hauptsächlich aber kommt es jedoch auf das Trommeln an, in dem es die verschiedenen „Cliquen" einander zuvorzutun suchen. Spielt schon bei den Trommelumzügen die möglichst laute Betätigung ihre Rolle, so waltet sie ganz vor in den sogenannten Lärmumzügen, die in der Schweizer Fastnacht sehr zahlreich sind. Da ist das „Klausen" zu Murg in St. Gallen, das „Mäggelen" und „Haferlogeln" im Kanton Glarus, das „Kehlen" im Kanton Solothurn u. a. m., wobei mit Töpfen und Kesseln und andern Werkzeugen ein ohrenbetäubender Spektakel aufgeführt wird. Der tiefere Grund solchen Gelärms ist der altheidnische Glaube, daß dadurch die Fruchtbarkeitsdämonen des Feldes aufgescheucht und günstig gestimmt werden. Abnliches Einfluß auf die Fruchtbarkeit der Natur fährt man dem feierlichen Umführen eines Pfluges, einer Egge oder eines „Trotthammes", das heißt eines Keiterhaltens um Feld oder Weinberg zu. Auch solche Umzüge werden in der Fastnachtszeit geübt, so die „Tannenfuhr" und das „Blockfest": ein mit Tannenreisern, Blütenblumen und hänfenen Girlanden behängter Wagen wird im Triumph durch das Dorf gezogen; auf der Tanne oder dem Blocke, die im Wagen liegen, sitzt der Leiter des Festes; ein Mann und ein Weib in alter Schweizertracht, mit Glocken behangen, schreiten dem Zuge voraus. —

Die gefährlichen Blondinen.

Wer hat schuld an den 110 000 Ehescheidungen, die im letzten Jahre in Amerika stattfanden? — Die Blondinen und nur die Blondinen, behauptet das American Magazine. Und es beweist diese schwere Anschuldigung, indem es Gutachten einiger bedeutender amerikanischer Juristen, die „Spezialisten in Ehescheidungssachen" sind, wiedergibt. Danach entfallen neun Zehntel aller Ehescheidungen auf Blondinen. Der Richter Giegerich vom Neuworler Gerichtshof hat in der letzten Zeit 220 Ehescheidungsprozesse entschieden, und in 210 war eine Blondine der schuldige Teil. Diese Blondinen bilden nach der Ansicht der Richter für Amerika eine viel größere Gefahr als die schwarze Gefahr. „Ich weiß nicht, woher es kommt," meint der Richter, „daß die Blondinen so gefährlich sind, aber es ist nun einmal so. Ebenso ungünstig lautet die Auskunft des Neuworker Rechtsanwalts Hermann L. Roth, der die Scheidungsprozesse verschiedener Persönlichkeiten von hoher gesellschaftlicher Stellung geführt hat. Auch er kommt auf Grund seiner Erfahrungen zu dem Ergebnis, daß in 99 Prozent der Fälle Blondinen der schuldige Teil sind. Ueberhaupt fällt er ein sehr ungünstiges Urteil über den Charakter blonder Frauen, denen er nachsagt, daß sie eitel und wankelmütig seien, den Flirt und die Koketterie lieben. Ein bedeutender Theateragent will die Erfahrung gemacht haben, daß gewöhnlich blonde Schauspielerinnen in Familiendramen die Intrigantinnen spielen, die Rollen der Frauen, die mit rüchsichtsloser Energie die andern niedertreten, während die Rollen der bedauernswerten Wesen, die durch ihr gutes Herz unterliegen, gewöhnlich von Brünetten gespielt werden. Roth führt auch viele Beispiele an, wo Männer in ihrer Ehe mit Blondinen sehr üble Erfahrungen gemacht haben. Ein ebenso hartes Urteil fällt ein anderer, in Ehescheidungssachen viel aufgesuchter Jurist, George Robinson. Er hat die Erfahrung gemacht, daß in vielen Fällen, wo die Brünette der schuldige Teil ist, sie durch ihre Herzensgüte ihren Mann wieder zu gewinnen weiß. Im übrigen sind die Brünetten mit dem Heiraten schlechter daran, da erfahrungsgemäß ein viel höherer Prozentsatz Brünetter unverheiratet bleibt. Es scheint also, daß diese teuflischen, dafür aber oft entzückenden blonden Frauen auf die Männer einen unwiderstehlichen Reiz ausüben.

Die Droschke stirbt aus.

Daß die Pferdedroschke auf den Aussterbeetat gesetzt ist, wissen wir schon lange. Daß aber auch die Zahl der Droschken überhaupt — Pferde- und Autodroschken zusammengenommen — im langsamen Abnehmen begriffen ist, daß dieses, wenn man so will, aristokratische Beförderungsmittel immer mehr durch Massentransportmittel ersetzt wird, dürfte doch manchem gab es in 51 größeren deutschen Städten, die darüber nähere Angaben machten, im Jahre 1900 15 497 öffentliche Droschken. Bis zum Jahre 1906 vermehrte sich die Zahl dieser Vehikel auf 16 166, um von da bis 1910 auf 14 528 zurückzugehen. Dabei sank die Zahl der Pferdedroschken im Laufe dieser 10 Jahre von 15 470 auf 12 044, während gleichzeitig die der Autodroschken von 27 auf 2484 in die Höhe ging.

Nahezu die Hälfte aller Motordroschken beherbergte die Reichshauptstadt, die unter 5767 Droschken überhaupt 1049 Autos zählte. Hamburg hatte im Jahre 1910 1249, Breslau 734, Dresden 565, Leipzig 545, München 480 Droschken. Daneben figurieren mit einer ganz besonders niedrigen Zahl dieser bequemen Beförderungsmittel das 294 000 Einwohner zählende Essen (63 Droschken), Erfurt 27, Augsburg 27, Duisburg und Plauen (15), Bochum und Gelsenkirchen (10). Besonders gut zu Fuß müssen die Einwohner von Mülheim a. d. Ruhr sein, das bei 112 000 Bewohnern nur 4 Droschken hat. Doch wird es noch von Hagen i. W. übertroffen, dessen 88 605 Einwohner sich mit ganzen 2 Droschken begnügen.

Humor und Satire.

In einer Universitätsstadt am Neckar ist nachts ein großer Brand entstanden. Unter den neugierigen Zuschauern befindet sich auch ein vor kurzem aus Norddeutschland zugezogener Privatdozent „Gang e bißle auf d' Seit', mer sieht jo nix," sagt einer der hinter ihm stehenden „Ureinwohner" und gibt ihm einen kleinen Stoß. Er dreht sich mit Würde um: „Wie können Sie sich erlauben, mich zu duzen?" — „Oh Herrschaft!" sagt der Zurechtgewiesene und lacht, „jetzt moint der, mer secht Sie, wann's brennt!" (Simpl.)

Genossenschaftsbewegung.

Bedenkliche Interessenverkupplung.

Die Konsumgenossenschaftliche Rundschau bespricht in ihrer Nummer 5 vom 31. Januar den Versuch der Schweizer Konsumvereine, durch Zusammenwirken mit der Aktiengesellschaft Bell die Fleischversorgung der Schweiz zu regeln. Der sehr eingehende Artikel, der vom Genossen Dr. August Müller auf Grund eigener Kenntnis des Sachverhalts und genauer Untersuchung der Vertragsbedingungen in der Schweiz selbst geschrieben ist, erkennt die großen praktischen Vorteile des abgeschlossenen Vertrages, der nahezu einstimmige Annahme durch alle Schweizer konsumgenossenschaftlichen Verbandsinstanzen gefunden hat, rückhaltlos an, macht aber eine Reihe schwerwiegender prinzipieller Bedenken geltend. Insbesondere scheint es ihm gefährlich, daß der Gewinn des Unternehmens nicht an die Konsumvereine zurückfließt, sondern nur insoweit den Genossenschaften zugute kommt, als sie am Aktienkapital der Bell-Allianz beteiligt sind. Das Gesamturteil über den abgeschlossenen Vertrag wird in die folgenden bedeutsamen Sätze zusammengefaßt:

„In Summa Summarum muß man sagen, daß das Abkommen des Verbandes schweizerischer Konsumvereine mit der Bell-Aktien-Gesellschaft total falsch bewertet wurde, wenn man mehr darin erblicken wollte, als ein aus bestimmten Verhältnissen heraus geborenes Provisorium. Wie lange dieses andauern wird, kann niemand voraussehen. Aber das Zusammenschweißen zweier so grundverschiedener Organisationen kann nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen erfolgen, und es kann auch nur für eine bestimmte Zeit ein gedeihliches Zusammenwirken beider Organisationen möglich sein. Die grundverschiedenen Prinzipien, von denen beide in dem Abkommen zusammengetriebenen Teile sich leiten lassen, müssen kann zu einer Sprengung des Bundes führen, wenn die Voraussetzungen verschwunden sind, die das zeitweilige gemeinsame Zusammenwirken beider ermöglichen. Darüber gibt sich auch niemand in der Schweiz einer Illusion hin. Die vertragschließenden Teile selbst wissen das selbstverständlich so genau, wie jeder andere Beurteiler des Paktes, weile er nun in der Schweiz oder weile er im Auslande. Vielleicht wird sich erst dann, wenn die vorübergehende Allianz ihr Ende erreicht, feststellen lassen, ob sie der Genossenschaftsbewegung zum Segen oder zum Nachteil gereichte. Möglich und denkbar ist ja, daß allmählich aus dem gemischten genossenschaftlich-kapitalistischen Betrieb ein rein genossenschaftlicher Betrieb wird, und es ist nicht ausgeschlossen, daß durch diese Entwicklung den Schweizer Konsumenten das Schaffen einer großen, leistungsfähigen Organisation zur Betriebigung des Fleischbedarfs der organisierten Konsumenten erleichtert wird. Aber das ist Zukunftsmusik. In der Gegenwart muß man sich damit begnügen, festzustellen, daß bei prinzipieller Wertung des Abkommens manches dagegen spricht, daß aber anderseits doch auch praktische Gesichtspunkte für das Abkommen ins Feld geführt werden können.

Ganz zweifellos ist, daß die Bell-Aktien-Gesellschaft das größte Unternehmen dieser Art auf dem Kontinent darstellt, dem eine bedeutsame Entwicklung beschieden sein kann, wenn alles das in Erfüllung geht, was man sich in der Kreisen schweizerischer Konsumgenossenschafter von der Vereinbarung verspricht. Fraglich ist nur, ob die erwarteten praktischen Vorteile den Nachteil aufwiegen, der dem konsumgenossenschaftlichen Prinzip durch eine derartige innige Verbindung zwischen kapitalistischem und genossenschaftlichem Wesen zugefügt werden kann. In der Ferne läßt sich das nicht gut beurteilen. Unsere schweizerischen Freunde glauben, daß der unmittelbare Vorteil, den sie durch das Abkommen den Konsumenten zuteil werden lassen können, größer sei als die Nachteile, die der Konsumgenossenschaftssache daraus erwachsen können. Sie bauen auf die Einsicht der schweizerischen Konsumgenossenschafter und auf den großen Einfluß, den der Verband schweizerischer Konsumvereine auszuüben in der Lage ist, und ob sie darin recht haben, das wird erst die Zukunft erweisen können. In der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung lassen sich Situationen, in denen das Experiment wiederholt werden könnte, nicht ausdenken. Die deutschen Konsumgenossenschafter stehen daher dem Vorgange nur als unbeteiligte, aber interessierte Beobachter gegenüber. Sie wollen nicht verhehlen, den Bedenken Ausdruck zu geben, die in theoretischer Hinsicht erhoben werden können, anderseits aber sind sie von dem Wunsche geleitet, daß die schweizerische Konsumgenossenschaftsbewegung stark genug sein möge, die Vorteile zu genießen, die ihr zweifellos aus dem Abkommen erwachsen werden, zugleich aber die schädlichen Einflüsse zu überwinden, die gleichfalls nicht außer dem Bereich aller Möglichkeiten stehen."

Genossenschaftsheime für Ledige.

Speisehaus- und Ledigenheim-Genossenschaften mit beschränkter Haftung bestehen außer in Hamburg auch in Berlin (Geschäftsstellen: Schuckardt, Charlottenburg, Goethepark 1 III, Gewerkschaftssekretär Albert Baumeister im Internationalen Sekretariat der Gewerkschaften, Berlin SO. 16, Engelufer 15 IV, Gertrud Hanna, Sekretärin im Arbeiterinnensekretariat, Berlin SO 16, Engelufer 15 IV), München (Geschäftsstelle: Prannerstraße 9) und Jena (Geschäftsstelle: Löbderstraße 4, am Holzmarkt).

Die Genossenschaften in München und Jena haben bereits Betriebe eröffnet. Der mit zunächst 6 bis 8 Ledigenwohnungen verbundene Speisehausbetrieb der Münchener Genossenschaft befindet sich Prannerstraße 9. Die Genossenschaft hat 65 Mitglieder, über 45 Mittags- und über 25 Abendgäste. Im ersten Jahre ihres Geschäftsbetriebes hat die Genossenschaft zwar mit einem Verlust von 164,58 Mk. abgeschlossen, was aber in erster Linie auf die ersten Einrichtungskosten zurückzuführen ist. Günstiger ist das Geschäftsergebnis in Jena. Dort zählt die Genossenschaft 152 Mitglieder, 60 Mittags- und etwa 25 Abendgäste. Das Speisehaus befindet sich Lobderstraße 4, am Holzmarkt. Die Genossenschaft erzielte in den sieben Monaten ihres Geschäftsbetriebes einen Reinerwinn von 500 Mk. bei ausreichenden Abschreibungen. Sie arbeitet bereits seit Ende Juni 1913 schuldenfrei und hat beim Konsumverein Jena, der mit 6 Geschäftsanteilen Mitglied der Genossenschaft ist, ein Sparguthaben von 2150 Mk. Alle Waren werden, soweit irgend möglich, durch den Konsumverein Jena bezogen. Am 1. April 1914 beabsichtigt die Genossenschaft, in größere Räume überzusiedeln und dem Speisehausbetrieb ein Ledigenheim anzugliedern. In Geschäftsbericht dieser Genossenschaft wird lebhaft bedauert, daß nicht schon in mehr Großstädten solche Genossenschaften bestehen, weil durch Wegzug viele Genossen der Bewegung verloren gehen. Sich verheiratende Genossen sind verpflichtet, Mitglied der Konsumgenossenschaft zu werden. Auch die Groß-Berliner Genossenschaft, die bisher noch keinen Betrieb eröffnen konnte, ist Mitglied der Berliner Konsumgenossenschaft und legt bei dieser ihre verfügbaren Gelder an. Sie hat jetzt erst 53 Mitglieder, hofft aber durch eine planmäßige Werbetätigkeit auf einen baldigen erheblichen Mitgliederzuwachs und dadurch auf die Möglichkeit des Uebergangs zu praktischer Tätigkeit.

Die bisherigen Erfahrungen mit der neuen Genossenschaftsart haben bewiesen, daß sie sich in Klein- oder Mittelstädten viel leichter durchsetzt als in Großstädten.

Die Genossenschaften in Berlin, München und Jena stehen miteinander in Verbindung. Ihre Zentrale befindet sich in Berlin-Tegel, Freie Schule 45.

Alles in allem kann gesagt werden, daß der Gedanke des Ledigengenossenschaftenträgt im Vormarsch begriffen ist. Es wird allerdings noch sehr vieler Arbeit bedürfen, um auch bei den unverheirateten Arbeitern und Arbeiterinnen ein regeres Interesse für ihre Genossenschaft zu wecken.

Die geeinigten Mittelständler gegen die Konsumvereine.

Jetzt soll der Kampf gegen die Konsumvereine erst richtig beginnen. Was bisher an Hetze gegen die organisierten Konsumenten zu sehen war, bedeutet nur eine geringe Leistung gegen das, was in nächster Zeit kommen soll. Nicht weniger als 22 Handlervereinigungen und Handwerkerorganisationen kamen am 21. Januar in Berlin zusammen, um über die „Aufstellung eines einheitlichen Abwehrprogramms gegen die Konsumvereinsbewegung" zu beraten. Die Rabattsparvereinler, die Leute von den zentralen Organisationen im Handel und Gewerbe, der Reichsdeutsche Mittelstandsverband, die katholischen kaufmännischen Vereinigungen, der Germaniaverband deutscher Bäckerinnungen, die Zigarrenhändler und viele, viele andere, eine ganz besonders feine Zusammenstellung aller jener Leute, die ihre Sach', das heißt ihren Profit, haben wollen, sie alle rücken gegen jene an, die den Profit aus der zu Unrecht eingenommenen Stellung im Wirtschaftsleben zu vertreiben bestrebt sind. Der ganze Landsturm der Konsumenten- und Konsumvereinshasser will sich auf die Beine bringen, um die Beute, unbelästigt durch konsumgenossenschaftliche Organisationen, wieder so zu verteilen, wie es ehedem war.

Wie die organisierten Konsumenten sehen, geben unsere Kleinhändler in ihrem Sturmlaufe gegen die Konsumvereine keine Ruhe. Von den aufgestellten „wichtigen Programmpunkten" ist bis jetzt noch nichts zu erfahren gewesen. Doch braucht die Neugierde, etwas von dem Programm zu vernehmen, nicht allzu groß zu sein. Es wird weiter nach Ausnahmegesetzen, Erdrosselungssteuern und ähnlichen Dingen gerufen werden, mit denen man den Konsumvereinen beizukommen hofft. Grund genug für die organisierten Konsumenten, auf der Hut zu sein. Da heißt es die Augen auf und das Pulver trocken. Nur die lückenlose Konsumentenorganisation gibt den sicheren Schutzwall gegen die Anmaßung des Zwischenhandels!

Finsternis im Kampfe gegen die Genossenschaft.

In der alten Reichsstadt Windsheim in Mittelfranken, die von ihrer einstigen Bedeutung zu einem elenden Spießernest herabgesunken ist, sucht man die Arbeiterbewegung mit allen Mitteln fernzuhalten. Diese Mittel muten zuweilen etwas schildbürgerlich an. So strebt die Windsheimer Arbeiterschaft schon seit Jahren u. a. auch nach einer Organisation der Konsumenten, welchem Bestreben nun der Konsumverein Rothenburg durch Errichtung einer Verkaufsstelle in Windsheim Rechnung tragen wollte. Zur Förderung der Sache sollte ein Lichtbildervortrag stattfinden, um den Einwohnern genossenschaftliche Erfolge im Bilde vorzuführen. Die „gute" Gesellschaft der alten Reichsstadt war über dieses Vorhaben ganz erschreckt und gab sich alle Mühe, es zu vereiteln; als alles nichts half, nahm man seine Zuflucht zum Stadtmagistrat, der sich auch willig zu dem guten Werke hergab, indem er die Abgabe des nötigen Stromes für den Vortrag verweigerte. Damit konnte allerdings die Vorführung der Lichtbilder verhindert werden, nicht aber die Versammlung selbst, und überdies hat das Schildbürgerstück gerade agitatorisch für die Sache gewirkt, die man damit tot zu machen glaubte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191402 11-17/fragment/page=0010